

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1,10 M. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das Russische Reich 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Portugal, Rumänien, Spanien und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (un-gebrachte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellungs- und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 15. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der preußische Staat als Arbeitgeber.

Der Betrieb der preussischen Staatseisenbahnen bildet für Preußen eine Haupteinnahmequelle. Für das Etatsjahr 1908 sind vorgesehen an Einnahmen 2 048 913 000 M., denen eine Ausgabe gegenübersteht in Höhe von 1 345 645 000 M. Das ergibt einen rechnermäßigen Ueberschuß von 703 268 000 M. Davon gehen ab zur Verzinsung der Eisenbahnkapitalschuld 87 306 000 M., so daß der Reingewinn veranschlagt ist auf 615 962 000 M. Die Staatseisenbahnschuld beläuft sich auf 9 948 654 000 M. Von dem Reinerlös der preussischen Staatseisenbahnen werden für allgemeine staatliche Zwecke 579 734 000 M. verwendet. Die Ueberschüsse aus den Eisenbahnen sind sonach ganz enorm. Für den kapitalistischen Staat ist die Eisenbahn in erster Linie eine ergiebige Geldquelle, wodurch die Interessen des Verkehrs oft recht erheblich zu leiden haben. Sehen wir nun zu, wo diese Einnahmen in der Hauptsache herkommen und zu welchen Zwecken die Gelder verwendet werden. Wir stützen uns dabei auf den Rechenschaftsbericht für 1906, weil der Bericht für 1907 noch nicht erschienen ist. Zivilpersonen wurden befördert 843 668 685, Militärpersonen 10 326 255, in Summa also 853 994 940 Personen, die zusammen 20 079 497 881 Kilometer zurückgelegt haben. Aus der Beförderung der Personen, des Reisegepäcks und der mitgeführten Hunde sind erzielt worden 509 633 330 M. Die Personenbeförderung allein hatte gebracht 493 545 753 M. Davon brachte ein die

I. Wagenklasse	18 418 024 M.
II.	100 890 651
III.	202 204 623
IV.	102 603 081

Die beiden letzten Wagenklassen brachten also 364 807 704 M., die beiden oberen Klassen nur 119 308 675 M. Am stärksten benutzt wurde die vierte Wagenklasse, deren Frequenz nach Einführung der Fahrkartensteuer noch erheblich gestiegen ist. Es haben benutzt:

I. Wagenklasse	2 466 414 Personen
II.	81 822 545
III.	378 634 564
IV.	385 745 163

Die erste Wagenklasse deckt die erforderlichen Ausgaben nicht, weshalb sie in den Personenzügen vielfach besetzt ist. Wenn sie in einer Reihe solcher Züge noch geführt wird, so nicht etwa deshalb, weil sie dort rentabel ist, sondern weil einzelne einflussreiche Leute, die an diesen Strecken wohnen, ihre Beibehaltung oder Wiedereinführung verlangt haben. Und wo wäre der preussische Minister, der einem der preussischen Granden einen solchen Wunsch abzuschlagen den Mut hätte! Am rentabelsten ist die vierte Wagenklasse, die von den Volksmassen benutzt werden muß. Die Massen müssen sonach mit dazu beitragen, daß eine relativ kleine Anzahl Leute aus den begüterten Schichten so bequem als nur möglich reisen können. Um so jammervoller ist dagegen die Art, wie die Reisenden vierter Güte befördert werden. In neuester Zeit sind zwar Wagen vierter Klasse gebaut worden, die einigermaßen den berechtigten Anforderungen Rechnung tragen, im Osten, in Schlesien, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aber sind heute noch Wagen vierter Klasse im Gebrauch, die derart vor Schmutz starren, daß ein gereinigter Viehwagen sich fast als ein Salonwagen dagegen ausnimmt. Von der üblichen Ueberfüllung der Wagen vierter Klasse wollen wir in diesem Zusammenhang gar nicht erst reden.

Bei den Ausgaben greifen wir nur die persönlichen Ausgaben heraus, um zu zeigen, wie spärlich die Gehälter an die oberen Beamten, wie färglich dagegen die Gehälter der unteren Beamten sind. Es beziehen an Gehalt die 22 Präsidenten je 11 000 M., die 420 Mitglieder des Zentralamtes und der Direktionen je 4200—7200 M., 71 dieser Herren haben noch außerdem eine Zulage von jährlich 900 M. und verschiedene sind noch anderweit nebenamtlich tätig und erhalten dafür Entschädigungen bis zu 3000 M. Die Vorstände der Betriebs-, Maschinen- und Verkehrsinspektionen erhalten 3600—6300 M., Rechnungsdirektoren 4200—6000 M., Eisenbahninspektoren 3600—5700 M., Hauptassistenten 4800—5400 M., Hauptkassierer und Betriebskontrolloren 3000—4200 M., Oberbahnhofsleiter, Obergütervorsteher und noch diverse andere „Ober“ 2400—4200 M., Eisenbahnschreiber 2100—4200 M. Die mittleren Beamten, Bahnhofsvorsteher, Bahnmeister I. Kl., Werkmeister beziehen 1800—3600 M. Gehalt. Dazu kommt dann noch entweder freie Dienstwohnung oder Wohnungsgeld, dessen Höhe sich nach den örtlichen Verhältnissen richtet.

Das eigentliche Bahnpersonal ist nicht auf Rosen gebettet. Es beziehen: Lokomotivführer 1400—2200 M., Zugführer 1400—1900 M., Wagenmeister, Schirrmeister, Fahrkartenausgeber, Beizehnen erster Klasse, Lademeister 1400 bis 1800 M., Badmeister, Stellwerksbedienten 1200—1600 M., Lokomotivbeizer 1000—1500 M., Beizehnen, Wagenwärter, Eisenbahngelieferten 900—1400 M., Stationsdiener, Portiers, Schaffner, Bremser 900—1200 M., Bahnwärter 800 bis 1000 M.

Man wird zugeben müssen, daß die Bezahlung erschreckend niedrig ist, wenn man bedenkt, daß die Sicherheit der Reisenden und die prompte Abwicklung des Verkehrs weniger von den Bureaubeamten als vielmehr vom Fahrpersonal abhängig ist. Gewiß erhält das Fahrpersonal auch noch Kilometergelder, Entfernungsgebühren, die aber meist nicht zureichen, um die vermehrten Ausgaben zu decken. Die Gehälter des Lokomotivpersonals erfahren eine geringe Aufbesserung durch die Kohlenprämie, eine Entschädigung für Kinderverbrauch an Kohlen. Diese Zuwendung ist aber sehr bedenklicher Art, denn wenn der Lokomotivführer mit den Kohlen zu sparsam umgeht, dann kann es ihm passieren, daß sein Zug nicht die vorgeschriebene Geschwindigkeit erreicht und dann setzt es Strafe. Nicht übersehen darf man, daß der Dienst des Fahrpersonals ein ungemein anstrengender ist, daß eine Menge Dienststunden in der Nachtzeit fallen und daß namentlich die Dienstzeit der Zugführer und Schaffner in den großen durchgehenden Zügen eine erschöpfend lange ist.

Arbeiter beschäftigten die Verwaltung der Staatseisenbahnen 207 600, Arbeiterinnen 3165. Davon gehörten in die Kategorie der Bahnunterhaltungsarbeiter 73 994 männliche, 937 weibliche; in die Kategorie der Werkstättenarbeiter 62 882 männliche, 15 weibliche. Die Lohnnachweisungen lassen die Löhne für die einzelnen Arbeiterschichten nicht erkennen, es muß deshalb ein Durchschnitt gezogen werden. Rechnet man die wenigen Arbeiterinnen den Arbeitern gleich, so ergibt sich für die Bahnunterhaltungsarbeiter ein durchschnittlicher Jahreslohn von 754,28 M., für die Werkstättenarbeiter von 1217,90 M. Auch diese Löhne sind äußerst niedrig, wenn man die Lebensverhältnisse in Betracht zieht, wie sie unter der Einwirkung der Wucherzollgesetzgebung sich gestaltet haben.

Daneben bestehen dann noch verschiedene Unterstützungsfonds. So sind 1906 ausgegeben worden als außerordentliche Remunerationen für Reichs-, Kreis- und Unterbeamte 1 923 328 M., für höhere Beamte 869 822 M., für Arbeiter und deren Hinterbliebene 1 222 393 M. Bei der weitaus geringeren Kopfzahl der höheren Beamten sind diese mit Zuwendungen weit reichlicher bedacht worden als die Unterbeamten oder gar die Arbeiter. Auf diese Zuwendungen besteht ein rechtlicher Anspruch nicht, es ist die Verabreichung einer solchen Zuwendung vielmehr ganz in das Belieben der Vorgesetzten gestellt, und unter solchen Umständen wird der am ehesten auf eine Zuwendung rechnen dürfen, der es versteht, den Mantel nach dem Wind zu hängen. Wir verlangen, daß die unteren Beamten und Arbeiter so bezahlt werden, daß sie nicht um Unterstützung zu bitten brauchen. Von einer staatlichen Einrichtung, die solch enorme Gewinne abwirft, wie die preussische Staatseisenbahn, muß verlangt werden, daß sie ihre Arbeiter anständig bezahlt. Die Verabreichung von Unterstützung hat stets einen bitteren Beigeschmack und dieses System ist direkt darauf zugeschnitten, Schmarotzer und Speichelleder zu züchten. Man soll aber nicht meinen, daß die Staatsbahnverwaltung kein Herz für ihre Angestellten habe, denn für Wohlfahrtszwecke werden 33 736 000 M. aufgewendet. Hierunter fallen die Wohnungen für Angestellte und Arbeiter, die Förderung von Vaugenossenschaften, Einrichtung von Badeanstalten, Belohnungen und Vergünstigungen. Wer mindestens zwanzig Jahre Dienstzeit hinter sich hat, wessen Leistungen stets zufriedenstellend waren und wer sich überdies sehr gut geführt hat, der kann — nicht etwa muß — eine Belohnung von 20 — sage und schreibe zwanzig Mark — erhalten! Diese Belohnung steigt; hat sich einer 45 Jahre geplogt, dann kann er sogar 100 M. bekommen! Solch Glückliche gab es im Jahre 1906 ganze 97. Sogar zur Förderung der Wenzucht sind 7500 M. aufgewendet worden, so daß jetzt bereits über 2000 Bedienstete Wenzucht betreiben. Wie wir über diese vielgepriesenen Wohlfahrtsanstalten denken, ist bekannt, wir wollen nicht, daß der Arbeiter auf „Böhlraten“ angewiesen ist, er soll wirtschaftlich so gestellt sein, daß er sich selbst all das bieten kann, worauf der Mensch vernünftigerweise Anspruch erheben darf.

Von dem Massenparlament ist nicht zu erwarten, daß es energisch für die Proletarier des Staates eingetreten wird. Gelegentlich einmal ein paar Worte zugunsten dieser oder jener Arbeiterkategorie, sonst aber sind die Dreiklassenmänner stets eifrig bestrebt gewesen, die Regierung in ihrer „Fürsorge“ nicht zu stören. Und im Herrenhaus? Dort hat man die Löhne der Bahnarbeiter noch zu hoch befunden. In den Jahren 1907/08 ist dort einmal von den Bahnarbeitern die Rede gewesen, nämlich am 7. Mai 1907. Damals regte der Herrnhändler v. Klipping größere Sparsamkeit an und sagte:

„Ferner kann gespart werden, wenn bei den Arbeiten der gewöhnlichen Eisenbahnarbeiter, die auf der Strecke ausgeführt werden, wo Erde geschöpft und Steine gefahrt werden und dergleichen, eine etwas strengere Aufsicht geübt und etwas mehr Arbeit pro Kopf verlangt würde. Ich glaube nicht, daß das Arbeitsquantum, das da pro Kopf geleistet wird, ein dem gezahlten Lohn entsprechendes ist.“

So sieht die Vertretung aus, mit der die Angestellten und Arbeiter des Staates bisher gestraft waren. Soll das anders werden, dann müssen Sozialdemokraten in den Landtag, die allein in der Lage sind, ohne jede Rücksicht für das Wohl der Arbeiter einzutreten!

Das neue Vereinsgesetz.

Mit dem heutigen Tage ist das Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten. Nun, so verkündet der Bloßfreisinn, werden sich in kurzer Zeit die Verbesserungen des bisherigen Rechts durch das neue Gesetz jederseits so bemerkbar machen, daß das Gesetz über seinen reaktionären Charakter bald genug verstummen wird.

Wir glauben nicht, daß es dem Freisinn mit dieser Zuvorkunft sehr ernst ist. Sie ist kaum mehr als ein Mittel, stutzig gewordene Landtagswähler zu lockern. Wie wenig wohl den Herren um Wiemer und Kopsch ist, da ihre lauten Versicherungen von der großen liberalen Erregungshaft die Probe bestehen müssen, das zeigt die Hast, mit der sie jede noch so kleine Neuerung von sozialdemokratischer Seite aufgreifen, in der von irgend einer kleinen Verbesserung gegen den bisherigen Rechtszustand die Rede ist. Die freisinnigen Organe tun so, als hätte die Sozialdemokratie alle Bestimmungen des neuen Gesetzes für schlecht und reaktionär erklärt, als hätte sie geäußert, daß darin auch nur irgend eine kleine Verbesserung enthalten sei.

Natürlich ist es der Sozialdemokratie niemals eingefallen, eine solche unsinnige Behauptung aufzustellen. Kein Sozialdemokrat hat bestritten, daß das Reichsvereinsgesetz einige Verbesserungen gegen das bisherige reaktionäre Vereinsgesetz Preußens, gegen die in den Jahren der Konterrevolution atrophierte „Verordnung über die Verhütung eines die geschliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches des Versammlungs- und Vereinigungsrechts“ bringt. Ebensovienig, daß für andere deutsche Polizeistaaten kleine Fortschritte in einigen Bestimmungen erreicht worden sind. Aber deshalb bleibt doch mit aller Bestimmtheit bestehen, daß das neue Reichsvereinsgesetz das Maß an Vereins- und Versammlungsfreiheit, das bisher schon in mehreren deutschen Bundesstaaten bestand, absolut nicht erreicht und also für diese Staaten einen erheblichen Rückschritt bedeutet, daß es eine Ausnahmebestimmung gegen fremdsprachige Nationalitäten enthält, die eine wirklich liberale Partei niemals hätte akzeptieren können, und schließlich daß es selbst für Staaten mit so rückständigen Vereinsgesetzen wie Preußen und Sachsen die Verbesserungen durch Rückschritte mehr als kompensiert!

Wohl sind die Frauen in Preußen von der Fessel des Ausnahmestandes befreit, aber dafür sind die Minderjährigen bis zu 18 Jahren entrecht, und damit ist den Gewerkschaften eine Fufangel gelegt. Wohl sind Erleichterungen in der Anmeldung der Versammlungen, in den Verpflichtungen der politischen Vereine eingetreten, aber diese Kleinigkeiten wiegen nicht auf, daß die Befugnisse der Polizei zur Ueberwachung und Auflösung der Versammlungen unverändert dieselben geblieben sind, daß die Fortdauer der Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter und das Gefinde ausdrücklich gewährleistet worden ist. Daß den Gewerkschaften in dem Sprachenparagrafen ein Knüttel zwischen die Beine geworfen ist.

Ein schlechtes Gesetz tritt heute in Kraft. Die Arbeiterschaft wird sich damit abzufinden haben. Sie wird ihr Vereins- und Versammlungsrecht zu verteidigen wissen, und was die Regierung und ihre Partei nozgedungen an kleinen Jugendsünden in das Gesetz hineinschoben mußten, das wird sie zu nutzen wissen. Dem Bloßfreisinn aber wird sein Verrat nicht vergessen werden — dafür wird sein Werk, das Reichsvereinsgesetz, selbst am besten sorgen.

Den Freisinnsdemagogen zugeeignet.

Der Vorstand des Wahlausschusses der Freisinnigen Volkspartei für den 11. Berliner Landtagswahlkreis hat in Gestalt einer Broschüre die kürzlich gehaltenen Rede des freisinnigen Kandidaten für diesen Wahlkreis verbreiten lassen. Der Verfasser dieser Rede ist der Schriftsteller Schüler, ein Herr, von dem die breite Öffentlichkeit bisher nur erfahren hatte, daß er unlängst in einer freisinnigen Versammlung einen harmlosen Zwischenrufer in echt freisinniger Hausknachtsmanier vor die Tür befördert hatte. Wir würden die langatmige Rede dieses Herrn auch nicht unter die kritische Sonde genommen haben, wenn sie nicht die betreffende freisinnige Organisation als Agitationsbroschüre verbreitet hätte. Da sich die freisinnigen Propagandarede in Wesen in der Hauptsache mit der Schülerischen Rede decken dürften, halten wir die Nachprüfung der hauptsächlichsten Behauptungen trotz der Gleichgültigkeit ihres Verfassers für geboten.

Ein gutes Drittel der Rede verteidigte die Stellung des Freisinn zum Vereinsgesetz. Da diese Ausführungen nur eine ausfärlichere Wiederholung des Inhalts eines freisinnigen Flugblattes darstellen, das sich speziell mit dem Vereinsgesetz beschäftigt, werden wir bei einer Besprechung dieses Flugblattes auch die Schülerische Redeabteilung mitwürdigen.

Eine Abfertigung an dieser Stelle verdient der Teil der freisinnigen Musterrede, der sich mit der Wahlrechtsreform und den Strahendemonstrationen befaßt. Da heißt es, daß die Sozialdemokratie die „dem Narrenhaus entflammende Alles oder Nichts-Theorie“ vertreten habe. Der Vater dieser Theorie ist aber bekanntlich der parlamentarische Senior der freisinnigen Volkspartei, der Abgeordnete Traeger, der seinerzeit ganz richtig nachwies, daß die Forderung eines ehrlichen Freisinn „Alles oder Nichts“ lauten müsse. Denn etwas sei weniger als nichts! Herr Traeger kann sich bei dem Protektor des Herrn Schüler, dem Herrn Müller-Sagan, für diese liebenswürdige Kritik bedanken!

Dreißter Schwindl ist es auch, wenn die Rede es so darstellt, als habe die Sozialdemokratie dem Freisinn zugemutet, sich an Straßendemonstrationen zu beteiligen. Die Sozialdemokratie hat vom ehrlichen Freisinn lediglich gefordert, daß er mit aller Energie den Wahlrechtskampf führe, „Hansarenblase“, was ja seinerzeit selbst Herr Raumann forderte, und einen gewaltigen Volkssturm entfachen sollte. Diese Forderung wurde aber nicht von der Sozialdemokratie allein aufgestellt. Die „Düsseldorfer Post“, das Blatt der rheinisch-westfälischen Gewerksvereiner brachte im August 1907 einen Artikel, worin sie die Entfesselung einer Massenbewegung durch den Freisinn für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts forderte. Den freisinnigen Blättern, die damals abwiegelten und an Stelle des Wahlrechtssturmes den Blockschacher empfahlen, schrieb das Hirsch-Dundersche Blatt in das Stammbuch:

„Leute, die wie die alten Weiber kennen, noch ebe der eigentliche Kampf begonnen hat, die jammernd schreien, daß das Ziel doch nicht zu erreichen wäre... solche Leute sind nicht berufen, jemals Volksmassen zu begeistern und für sich zu gewinnen. Diese satten Gesellen mögen dorthin gehen, wo sie ihrer ganzen Natur nach hingehören, zur — Reaktion.“

Der Freisinn hat das ja bezeugt. Er hat zwar keine Massenbewegung entfesselt, wohl aber ist er dahin gegangen, wohin er gehörte, zur Reaktion! Die Hirsch-Dunderschen Arbeiter können nun ihrerseits die Konsequenz ziehen und den „satten Gesellen“ bei der bevorstehenden Wahl den gebührenden Denkzettel verabfolgen!

Besonders erbauend wird es für die Arbeiter, kleinen Beamten, kleinen Handwerker und Geschäftsleute sein, durch diese freisinnige Wahlschrift zu erfahren, wie außerordentlich gut es ihnen geht! Da wird ihnen erzählt, daß die Einlagen der preussischen Sparbanken von 3,552 Millionen Mark im Jahre 1892 auf 8,204 Mill. Mark im Jahre 1906, also um 184 Proz. angewachsen seien. Da wird ihnen vorgeführt, daß im Jahre 1892 nur 29,9 Proz. ein Einkommen von mehr als 900 M. besaßen hätten, während im Jahre 1907 der Anteil dieser Kategorie 49,7 Proz. betragen habe. Dabei sei es gerade die Mittelschicht, die sich in bezug auf das Einkommen besonders entwickelt habe. Denn während die Zahl der physischen Jensten in den Einkommensgruppen von 900 bis zu 3000 M. im Jahre 1892 nur 219 000 betragen habe, sei sie auf 4 825 000 im Jahre 1907 gestiegen. Und die von diesen Jensten gezahlte Steuer summe sei von nahe an 88 Millionen Mark auf 78 1/2 Mill. M. angewachsen. Es liege also „eine ganz erhebliche Wohlhabendheitsentwicklung des ganzen Volkes“ vor.

Fausidicere Unrichtigkeiten und ärgere logische Fetzeln können es nicht gut geben. Allerdings hat die Zahl der Jensten mit einem Einkommen von mehr als 900 M. sich in dieser Weise vermehrt. Die freisinnige Wahlschrift vergißt nur hinzuzufügen, daß das Durchschnittseinkommen der 4 825 000 Jensten mit 900 bis 3000 M. Einkommen nicht mehr als 1360 M. beträgt! Das heißt, das Einkommen eines Teiles des Proletariates ist derartig gestiegen, daß die Steuergrenze von 900 Mark überschritten wurde. Als ob das innerhalb eines Zeitraums von anderthalb Jahrzehnten überhaupt anders hätte sein können! Ob dadurch die Lebenshaltung der Proletarier verbessert worden ist, ist eine ganz andere Frage. Beschloß doch am 27. November 1907 der nationalliberale Verein zu Danabrad eine Resolution, in der es hieß:

„Aufsichts der... ganz wesentlich gestiegenen Preise sämtlicher Lebensmittel dürfte heute ein Einkommen von 1200 Mark kaum mehr bedeuten, als feinerzeit ein solches von 900 Mark.“

Unter dem feinerzeit ist das Jahr 1892 verstanden! Was für das Einkommen der Proletarier gilt, gilt auch für das Einkommen des kleineren Mittelstandes. Im übrigen ist es interessant, daß diese freisinnige Wahlschrift den Mittelstand der Steuerklasse von 900 M. bis 3000 M. Einkommen zurechnet, während erst vor einigen Tagen die „Freisinnige Zeitung“ von Einkommen von 9500 M. als von Mittelstands-Einkommen redete!

Die Steuerstatistik Preußens beweist absolut nichts für die wirtschaftliche Hebung der niedrigen Einkommensstufen, umso mehr freilich für das Wachstum der großen und ganz großen Einkommen. So besaßen nach der amtlichen Einkommensteuerstatistik im Jahre 1892 9039 Jensten mit 30 500 bis 100 000 M. Einkommen ein Gesamteinkommen von 431 Millionen, im Jahre 1906 dagegen besaßen 15 760 Jensten dieser Klasse ein Gesamteinkommen von 788 Millionen. In noch rapiderem Tempo hat sich das Einkommen der Gruppe mit mehr als 100 000 M. Einkommen vermehrt, nämlich von 381 Millionen im Jahre 1892 auf rund 900 Millionen im Jahre 1907. Und wenn die freisinnige Wahlschrift sich auf das Wachstum der Sparkasseneinlagen bezieht, so haben wir demgegenüber unzahlige Male nachgewiesen, daß nur ein bescheidener Bruchteil der Einlagen der nichtbesitzenden Klasse gehört. Außerdem bedeutet das Anwachsen der Sparkasseneinlagen um 4300 Millionen binnen 13 Jahren sehr wenig, verglichen mit dem Wachstum des Vermögens der Steuerpflichtigen mit mehr als 3000 M. Einkommen, das sich in drei Jahren, vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1906, um nicht weniger als 5564 Millionen vermehrt hat! Diese und andere hochinteressanten Zahlen der Steuerstatistik den freisinnigen Wählern vorzuführen, unterläßt das freisinnige Demagogentum aber wohlweislich!

Aber eins noch sei festgenagelt. Die freisinnige Wahlschrift vergleicht auch einige Arolodistatiken über die „Zerrenung aller Lebensverhältnisse“ durch die „wahnwitzige Schutzpolitik“ des Agrarictums. Dabei unterschätzt der Freisinn bei der Landtagswahl gerade die Parteien des Hochschutzes, die konservativen und Nationalliberalen. Diese Rücksichtnahme auf die Vertreter der „wahnwitzigen Schutzpolitik“ ging so weit, daß man auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, der im September 1907 in Berlin abgehalten wurde, einen von Berlin aus gestellten Antrag, die den Brotwucher verursachenden Böden wenigstens zeitweise außer Kraft zu setzen, von der Tagesordnung absetzte. Der Nationalliberale Dr. Hugo Böttcher feierte diesen skandalösen Block-Liebesdienst des Freisinn im „Tag“ mit den Worten:

„Auch in der Auffassung agrarpolitischer Probleme scheint sich ein Umschwung anzubahnen, indem ein mächtiger (1) Schutz zugunsten des Bauernstandes auch von freisinniger Seite offiziell zugestanden werden soll.“

So sieht der Freisinn aus, der bei der Landtagswahl wiederum um die Stimmen der Ausgebeuteten und Entrechteten buhlt. Daß solches Liebeswerben Erfolg haben könnte, halten wir denn doch für ausgeschlossen, denn nur die allerärmsten Käber wählen ihre Regger selber!

Aus dem Wahlkampf.

Rabbi und Mönch im Wahlkreise Remel-Dehdekrug.
Man schreibt uns:
Die konservative „Ostpreussische Zeitung“, das Blatt der Junker, und das Schwabachische Leiborgan „Remeler

Dampfboot“ führen jetzt einen geradezu grausamen Fehdekrig gegen einander. Als Leute haben sie sich die kleinen litauischen Besitztümer und die Landarbeiter anverleihen. Beide Organe, das konservative und das nationalliberale, suchen sich gegenseitig bei diesen Wählern, auf die sie beide für ihre Parteien Anspruch erheben, soviel wie möglich zu verunglimpfen. Fast jeden Tag erscheinen Artikel, die auch in Flugblättern abgedruckt und im Kreise verbreitet werden, mit den vorzüglichsten Anzettelungen und Beschimpfungen dieser schönen Seelen.

In einem dieser Artikel vom 12. Mai behauptet nun das Junkerblatt, die Schwabachianer nähmen jetzt im „Remeler Dampfboot“ die Raumannsche „Hilfe“ zu Hilfe. Verschiedene Stellen in dem aus der „Hilfe“ abgedruckten Artikel hätten aber eine frappante Ähnlichkeit mit einem gegen die Junker gerichteten Artikel im sozialdemokratischen Kalender „Ostpr. Landbote“ 1908. Der Aufsatz in der „Hilfe“ enthält unter anderen Schmähgedichten gegen das konservative Junkertum die Sätze:

„Konserwatiz sein, heißt Achtung vor dem geborenen Herrtentum haben. Autorität und nicht Majorität! Fideikommiss! Patronatsrechte! Gutsvorsteher!“

Wutentbrannt portiert das Junkerblatt diesen Stieb mit der Erwiderung: „Dieser Satz bedürfte einer notwendigen Ergänzung nach der anderen Seite hin und müßte also fortgesetzt werden:

„Liberal sein, heißt Achtung vor dem ererbten Nannon haben. Majorität der blauen Zappen (in Remel-Dehdekrug heißt's noch besser braunen Zappen) ist Autorität! Fabrikantenringe! Börsenkonventionen! Geldschrankvorscher!“

So ist's recht. Wir Sozialdemokraten werden als lachende Dritte in diesem Kreise nicht veräumen, bei der Agitation zur Landtagswahl, der ja bald die Reichstags- Ernteharveste folgen wird, aus der „mit Gott für König und Vaterland“ geführten Polemik unserer geschworenen Gegner Kapital zu schlagen.

Ein klassisches Junkerflugblatt.

Im Landtagswahlkreise Graudenz-Rosenberg, in Westpreußen, haben die Konservativen ein Flugblatt herausgegeben mit folgendem Inhalt:

Wahlaufruf!

Wir unterzeichneten Wähler bitten unsere Freunde im Wahlkreise Graudenz-Rosenberg, für die Wiederwahl unserer bisherigen Vertreter im Abgeordnetenhaus, der Herren

Geheimer Regierungsrat v. Conrad-Graudenz

und

Freiherr v. Schönack-R. Tromnan

eintreten zu wollen. Wir halten fest an dem alten Wahlbündnis, demzufolge jeder der beiden Kreise einen Vertreter vorzuschlagen hat. Wir halten ebenso fest an unseren beiden bewährten Abgeordneten, die das besondere Vertrauen ihrer Kreise besitzen und bitten alle unsere Freunde, geschlossen und tatkraftig uns hierbei zu unterstützen.“

Dann folgen zirka 600 Namen. Kein Wort über irgend welche politische Forderungen!

Solche Massenveröffentlichungen herzlich gleichgültiger Namen machen auf urteilsfähige Menschen längst keinen Eindruck mehr. Besonders, seitdem in ähnlichen Fällen nachgewiesen werden konnte, in welcher unläuterer Weise solche Namenssammlungen oft zustande kommen. Bei den letzten Reichstagswahlen verbrachten die Konservativen im Kreise Elbing-Marienburger den selben Bauerntänzertrick. Unsere Genossen konnten damals nachweisen, daß Namen von Toten, Nichtwählberechtigten, ja sogar von Sozialdemokraten und anderen Gegnern, unter dem staatsbehaltenden „Flugblatt“ prangten. Dem konservativen Kandidaten Oldenburg ging manch geharnischter Protest zu, den er sich sicher nicht hinter dem Spiegel steckte.

Bezeichnend ist es, mit welcher Sicherheit die Junker in Ostpreußen auf das schändliche Dreiklassenwahlrecht, auf den Ordnungsterrorismus und auf den amtlichen Wahlapparat launen. Wozu den Wählern politische Programme unterbreiten. Das haben die Junker nicht nötig. Ihre Mandate sind ihnen auch so gewiß.

Noch ein paar Zitate.

Unseren gestrigen Zitat aus dem vorigen Sommer über die freisinnige Blockpolitik wollen wir heute noch ein paar hinzufügen. Herr Paasche, der nationalliberale Vizepräsident des Reichstages, hat dem Freisinn im Juli d. J. das Zeugnis ausgestellt:

„Er müßte es hoch anerkennen und tue dies ausdrücklich und aus vollster Ueberzeugung, daß gerade die Herren vom Freisinn manches Opfer ihrer Ueberzeugung gebracht und Bedenken gegen diese und jene Posten zurückgestellt hätten, nur um nicht an mehr oder minder untergeordneten Fragen die Politik des Blochs zu hindern.“

Heute schwören beinahe alle Freisinnigen Stein und Bein, daß sie niemals ein „Opfer ihrer Ueberzeugung“ gebracht hätten, dem Bloch zu Liebe. Sie mögen sich deswegen mit Herrn Paasche, ihrem hohen Gönner, auseinandersetzen.

Um dieselbe Zeit ließen sich die süddeutschen „Volksmänner“ Payer und Hausmann über die Blockpolitik vernehmen. Herr Payer warf damals die berühmte gewordene Frage auf, wer auf dem „Vox des Reichswagens“ sitzen solle, und gab dadurch seinen unerschütterlichen Willen kund, sich die Kaiserliche Wirtin des Fürsten Bülow nicht wieder nehmen zu lassen. Herr Konrad Hausmann aber sagte:

„Der Bloch habe ein Gefäß, bei dem es einzig und allein auf den Inhalt ankomme, ein Gefäß, das wert sei, zusammengefüllt zu werden, wenn es einen schlechten Inhalt bekomme. Als eine der vornehmsten Aufgaben des Blochs müßte es bezeichnet werden, dem preussischen Volke das Dreiklassenwahlrecht abzuschaffen zu helfen. Die Volkspartei werde die Probe der Blockpolitik zunächst mitmachen, schon deshalb, daß man die Volkspartei nicht als den Sündenbock hinstelle. Man werde aber nur mittan, wenn der Bloch ein Element des Fortschritts werde, andernfalls nicht.“

Da haben wir wieder einmal von einer maßgebenden freisinnigen Stelle das feierliche Versprechen, den Bloch „zusammenzufüllen“, diesmal sogar schon, wenn er nicht für Beseitigung des preussischen Dreiklassensystems Sorge. Und wo bleibt die Erfüllung? —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Mai 1908.

Keine Scherze!

Es scheint, daß die Leute, die dem Auswärtigen Amt den Empfang der Briefträger eingebrockt haben, noch immer nicht Ruhe halten wollen. Besonders die Herren, die sich zu einem Marokkoto mitgeen aufgetan haben, treiben es immer hunter. Es sind dieselben Leute, die durch den für sie so blamablen Ausgang des Flottenvereinsstreites beschäftigungslos geworden, ihre ganze Kraft auf Kolonialtreiberien konzentriert haben und an dem unglückseligen Marokkoabenteuer als chauvinistische und gewissenlose Kriegstreiber regen Anteil nehmen. Dieses Treiben, an deren Spitze die Herren Grafen Pfeil und Reventlow stehen, wäre weiter nicht beachtenswert, wenn nicht ein großer Teil der deutschen

Bürgerlichen Presse daran teilnahmte und in allen möglichen Tonarten über Frankreichs Vorgehen in Marokko loszulegen und jede Klage eines Händlers über Geschäftsförderung am liebsten als einen nationalen Trauersfall behandeln möchte. Und das sind zum Teil dieselben Organe, welche die deutschen Kolonisationsmethoden von Trotha bis Peters mit ihrem enthusiastischen Beifall begleitet haben.

Wenn man aber geglaubt hat, daß die chauvinistische Hege mit dem Empirange der beiden Marokkaner ein Ende nehmen würde, so hat man die Zubringlichkeit und die Blätzigkeit der Herren vom Marokkoto untergeschätzt. Sie wollen vielmehr die Anwesenheit der Leute aus dem Morgenlande zu einer unendlich törichtigen Demonstration ausnützen und die fremden Kostüme mit ihrem Inhalt in deutschen Städten zur Schau stellen. Wenn auch die Fremden nicht öffentlich reden können — versuchten sie es, so würde die preussische Regierung, die schon auf die Anwendung ihres neuen Ausnahmefegesetzes brennt, es ihnen sicherlich auf Grund des Sprachenparagrafen verbieten — so werden wenigstens die Einheimischen ihre Gehreden gegen Frankreich los. Es muß aber gesagt werden, daß das deutsche Volk mit Ausnahme einiger Kolonialenthusiasten aus Nartheit und aus Geschäft von diesem Nummel verschont bleiben will. In Deutschland würde ja diese Variétéveranstaltung nicht sehr ernst genommen werden, aber es ist doch wirklich nicht nötig, daß wir den deutschfeindlichen Chauvinisten des Auslandes ihre Geschäfte besorgen.

Lehrerbefolgung.

Ueber die Grundzüge des neuen von der preussischen Regierung geplanten Lehrerbefolgungsgesetzes erzählt die „Pädagogische Ztg.“, daß beabsichtigt wird, vier Gehaltsklassen zu schaffen. Zur ersten Klasse sollen die Schulverbände bis zu 5000 Einwohnern gehören, zur zweiten die mit 5001 bis 10 000, zur dritten die mit 10 001 bis 40 000 und zur vierten die mit mehr als 40 000 Einwohnern, und zwar soll die in der jedesmaligen letzten Volkszählung ermittelte Zahl der Zivilbevölkerung zugrunde gelegt werden.

Das Grundgehalt soll betragen:

	für Lehrer	für Lehrerinnen
in Klasse 1	1850 M.	1050 M.
2	1850—1400 M.	1050—1100 M.
3	1400—1450	1100—1150
4	1450—1650	1150—1350

Die Festsetzung des Grundgehalts in den ersten drei Klassen innerhalb der gesetzlichen Mindest- und Höchstgrenzen soll den Schulverbänden überlassen sein, ohne daß es einer Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde bedarf. Die Schulverbände, die zur vierten Gehaltsklasse gehören, sollen berechtigt sein, das Grundgehalt auch höher als 1650 M. festzusetzen, doch bedarf ein solcher Beschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Bei der Entscheidung dieser Instanz sollen die Leistungsfähigkeit und die besonderen Verhältnisse des Schulverbandes, weiter aber auch die allgemeinen Interessen des gesamten Volksschulwesens berücksichtigt werden. Erhöhungsbeschläüssen, durch die die Einheitslichkeit der Grundgehälter im Bezirk oder Staat in einer sachlich unbegründeten Weise gestört wird, soll die Genehmigung verweigert werden. Gegen diese Verfügung soll den Schulverbänden Beschwerde beim Provinzialrat, der Stadt Berlin Klage beim Oberverwaltungsgericht zustehen. Die Alterszulagen sollen wie bisher neunmal und alle drei Jahre gewährt werden. Sie sollen betragen:

	für Lehrer	für Lehrerinnen
in Klasse 1:	150 Mark	120 Mark
2:	150—180	120—130
3:	180—200	130—140
4:	200—250	140—160

Auch hier sollen die Festsetzungen in den Verbänden, die zur 1. bis 3. Klasse gehören, innerhalb der gesetzlichen Grenzen ohne besondere Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgen; die zur 4. Klasse gehörigen Verbände sollen über den Höchstfah von 250 M. hinausgehen können, doch ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen.

Die Mietenschiädigung soll für jede Provinz unter Zugrundelegung der für den Wohnungsgeldzuschuß der unmittelbaren Staatsbeamten maßgebenden Ortsklasseneinteilung festgelegt werden; diese Festsetzung soll nach Anhörung der Kreisaußschüsse und der Gemeindeverbände der einen Stadtkreis bildenden Gemeinden sowie der Bezirksauschüsse durch die Provinzialräte endgültig erfolgen.

Dem Ruhegehalt soll der Durchschnittslohn der Mietenschiädigung jeder Lehrerkategorie (Rektoren, Lehrer, Lehrerinnen) für sämtliche Gehaltsklassen zugrunde gelegt werden, auch für solche Lehrer, die Dienstwohnungen haben.

Der Plan zeigt deutlich die Spuren des Hölleschen Geistes. Um die ländlichen Kreise, d. h. die Taschen der Agrarier, möglichst zu schonen, wird eine unständliche Staffelung nach der Größe der Ortschaften angefertigt und die unterste Gehaltsklasse derart bemessen, daß in den kleinen Orten die Lehrer höchstensfalls ein Gehalt von 2700 M. kommen. Damit aber die größeren Städte nicht durch hohe Gehaltsgewährungen die Lehrer aus den kleinen Orten fortloden, werden einige schöne Vorentscheidungen eingelegt, durch die den großen Städten verboten wird, Gehalts erhöhungen und Alterszulagen zu beschließen, die die Einheitslichkeit der Grundgehälter im Bezirk oder Staat stören. —

Nationalliberale.

Der nationalliberale Oberbürgermeister Schmieding (Dortmund) hat es fertig gebracht, für den Kreis Dortmund beim Minister die Genehmigung nachzusuchen, bei der Landtagswahl die Terminwahl anordnen zu dürfen. Natürlich wurde die nachgesuchte Genehmigung erteilt. Dortmund hat zirka 200 000 Einwohner und wählt in 143 Wahlbezirken. In der Wirkung läuft die nationalliberale Helment darauf hinaus, Tausenden von Arbeitern das elende Wahlrecht vollständig zu nehmen!

In der am Montag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurde Schmieding wegen seines Vorgehens interpelliert; er lehnte es aber ab, Gründe anzugeben.

In evangelischen Arbeiterkreisen, in denen die Nationalliberalen doch Stimmen suchen — oder erpressen — herrscht wegen der verlegenden Form der Ablehnung einer nationalliberalen Arbeiterkandidatur ohnehin schon große Unzufriedenheit, die durch die Erschwerung der Wahl infolge der Terminwahl sicher nicht gemildert wird. Die Nationalliberalen besorgen diesmal gründlich die Geschäfte des Zentrums.

Blockbrüderliches.

Die „Hilfe“ des Herrn Raumann entwirft sich über den Sauerbranten, mit dem die konservative Presse die liberalen Blockbrüder abrisfelt. Gabe doch die „Kreuz-Zeitung“ einen Artikel Raumanns „eine der ordinärsten Veleistungen“ genannt. Die Unerschämtheit der Konservativen, wehlagt die „Hilfe“ darob, kennt keine Grenzen mehr.

Auch die konservative Wahlbrotschütze gefällt der „Hilfe“ gar nicht. Enthalte sie doch den Satz:

„Warum rufen wohl die Freisinnigen vor dem Jubentum auf dem Saug herum?“

Derartige Liebenswürdigkeiten der agrarischen Bloßdundesgenossen sind doch aber für den Freisinn nichts Neues! Zu einer Rede, die Herr Kopsch am 15. September 1907 auf der den Parteitag der Freisinnigen Volkspartei krönenden und abschließenden Zirkus Busch-Versammlung gehalten hatte, bemerkte am 16. September die „Deutsche Tages-Zeitung“:

„Mit Recht konnte am Schluß der Versammlung der Rektor Kopsch feststellen, daß es dem Freisinn gelungen sei, lockige Jünglinge mit Blut und Begeisterung für politische Ideale zu erfüllen, aber er hätte im Hinblick auf die Zweidrittelmehrheit der Anwesenden sich genauer ausgedrückt: Schwarzköpfige Jünglinge. Auch die anwesenden Damen waren wohl ziemlich zahlreich durchweg in der Gegend der Börse und der „Grand Synagoge“ nicht fremd.“

Entsprechend dieser Zusammenfassung der großen Versammlung war der Beifall mächtig und matt, so lange von den berechtigten Interessen von Handwerk und Landwirtschaft schützern die Rede war; er schwand freudig an, so oft ein glücklicherweise abwesender Antifeminist geschloßet wurde; aber er wuchs zum Orkan, als man den braven, schändlich verkannten Mannern, die sich auf der Börse schweißtreibend ihre Brotkrusten verdienen, Hilfe und Beistand versprach.“

Dieser Hohn hat der Freisinn damit beantwortet, daß er jetzt überall den konservativen Junkern Landtagsmandate erobern hilft!

Berechtigten Grund zur Klage hat freilich das Raumann-Blatt, wenn trotz alledem die konservative Wahlbrotschüre die freisinnigen Lämmlein also verächtigt:

Stellt sich der Freisinn noch so brav,
Der Wolf im Schafspelz ist kein Schaf!

Mindestens dürften diejenigen Freisinnwähler, die vom Bloßdundesfreisinn noch irgendwelche antiagrarische, anti-reaktionäre Taten erhoffen, zur Sattung der braven Volksträger zu rechnen sein! —

Eine Zurückweisung.

Die deutschen Diplomaten bringen wirklich schon gar nichts fertig! Jetzt können die Leute nicht mal mehr einen Ordensverteiler ausfindig machen, der sein Geschäft versteht. Oder leidet vielleicht die Güte der Arbeit unter der Hast und Schnelligkeit, mit der gearbeitet werden muß? Dem Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses, Dr. Weisskirchner, ist kürzlich der preussische Kronorden dritter Klasse verliehen worden. Aber der Präsident hat ihn zurückgewiesen, weil er „seinem Range nicht entsprechend“ ist. Man hat eben nicht daran gedacht, daß nur deutsche Reichspräsidenten „gelernt“ haben, in Ehrfurcht zu erstehen.“

Bei den Freisinnigen hat der Fall ungemischte Freude erweckt. Einmal weil sich freisinnige Männer immer freuen, wenn Männer stolz vor Königskrone gezeigt wird — im Auslande, wo es ungefährlich ist, sodann weil im freisinnigen Lager die sichere Erwartung herrscht, daß der zurückgeschickte Orden auf einer Freisinnkrone endlich seine Ruh' finden werde. —

§ 166.

Der Evangelische Pfarrverein für Württemberg nahm in seiner Mitgliederversammlung in Stuttgart am letzten Dienstag Stellung zu § 166 des Strafgesetzbuches, dem sogenannten „Gotteslästerungsparagrafen“. Nach einem Vortrage des Stadtpfarrers Traub-Stuttgart wurde zu Absatz 1 (Gotteslästerung) eine Resolution gefaßt, welche besagt: „Die Versammlung erklärt sich in ihrer Mehrheit gegen die gesetzliche Bestrafung der Gotteslästerung, weil eine solche mit dem Wesen des evangelischen Glaubens und des modernen Staates unvereinbar, gegen die größten Vergemisse unvollkommen und ein Zeichen des Mißtrauens ist gegen die Kraft der Wahrheit.“

Zu Absatz 2 (Beschimpfung einer der christlichen Kirchen) wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Versammlung erklärt sich für Aufhebung des § 166 Absatz 2, der den konfessionellen Frieden schädigt, in seiner Unbestimmtheit Rechtsunsicherheit erzeugt, eine unerbittliche Beschränkung des freien Wortes und berechtigter Kritik und eine Gefahr für das Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Rechtsprechung ist.“

Zum Absatz 3 (beschimpfender Unfug in der Kirche) war keine Resolution gefaßt, der Referent hatte seiner Ueberzeugung jedoch dahin Ausdruck gegeben, daß in dieser Beziehung die Bestimmungen über Hausfriedensbruch, Nötigung und groben Unfug genügende Handhabe bieten.

„Ein Dementi erbeten!“

Unter dieser Ueberschrift erzählt der „Hannov. Courier“: „Zur Gedenkfeier hat, wenn die „Pres. Ztg.“ recht berichtet ist, auf besonderen Wunsch der Pariser deutschen Wochenschrift die Pariser Presse Spezialkorrespondenten entsandt. Wenn das wahr ist, so muß nach dem Echo, das jüngst erst die allzu heftige Feierei der dreißig Pariser Studenten in Paris gehabt hat, der Wunsch der deutschen Wochenschrift — gleichviel, ob er ihrer eigenen Initiative entsprungen oder ihr von anderer Seite suggeriert worden ist — als außerordentlich unangebracht, ja, geradezu als beschämend gekennzeichnet werden. Müßten wir denn immer und immer wieder Liebenswürdigkeiten aufdrängen, die niemand wünscht? Und nun gar eine Einladung von Franzosen zu einer Erinnerungsfeier deutscher Vergangenheitsherrlichkeit gerade im Echo? Ein Dementi wird dringend erbeten.“

Wir begreifen den patriotischen entzweiten „Hannoverschen Courier“ nicht. In welchem Zweck veranlaßt man denn derartige Kostümfeste? Doch nicht zum eigenen Vergnügen, sondern damit die Welt davon spricht, wie schön, erhaben und ergreifend alles gewesen ist und wie prächtig, leutselig oder majestätisch sich die Hauptakteure dabei verhalten haben. Damit dieser Zweck erreicht wird, ist aber nötig, daß möglichst umfassend über den Festakt berichtet wird. Erst die spaltenlangen Zeitungsbereiche geben solchen Einweihungen die richtige Würze. Die Pariser deutsche Wochenschrift hat also nur psychologischen Scharfblick belundet, als sie die Pariser Presse zur Speitzour animierte. —

Das Kanzlerblatt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“, das geistlose Blatt des gestreichelnden Kanzlers, veröffentlicht an der Spitze ihrer letzten Nummer folgendes Telegramm:

London, 14. Mai. Kriegsminister Balfour hielt gestern Abend auf dem Jahresbankett des Zentralvereins der Kanzlers, an dem auch Staatssekretär Dernburg teilnahm, eine Rede, in der er seine Freude über die Anwesenheit Dernburgs ausdrückte, der nach Südafrika gehe, um britische Einrichtungen zu studieren. Dernburg sei herzlich willkommen, und die britische Regierung hoffe, mit ihren langjährigen Erfahrungen auf diesem Gebiete dem Staatssekretär eine kleine Unterstützung gewähren zu können, indem sie ihm das Material aller kolonialen Zivilisation zeige, das wert sei, gesehen zu werden.

In seiner devoten Euforie merkt das ehrsame Kanzlerblatt gar nicht, daß in den Worten Balfours eine feine hochhaffte Verspottung oder Unweise der deutschen Kolonialtätigkeit liegt, die sich zu Anleihen

bei den „langjährigen Erfahrungen“ Englands genügt sieht.

Von Stufe zu Stufe.

In einer Versammlung des Sozialliberalen Wahlausschusses für Teltow-Beeskow in Königs-Wusterhausen kritisierte Dr. Breitfeld den Rechtsabmarisch eines großen Teiles des liberalen Bürgertums, der in der Bekämpfung der Sozialdemokratie seine einzige Aufgabe erblickt. So tief, meinte er, könne und dürfe der Freisinn politisch nicht sinken, daß er sich mit dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie identifiziere. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen lebhaft zu. Wie groß aber war ihr Erstaunen, als sich in der Diskussion Herr Justizrat Slobnik, Königs-Wusterhausen, der völksparteiliche Vertrauensmann, der auch eine Zeitlang als Landtagskandidat für Teltow-Beeskow genannt worden ist, als Mitglied des Reichsverbandes bekannte und seine Zugehörigkeit zu dieser Organisation mit den revolutionären und antimonarchischen Ideen der Sozialdemokraten zu rechtfertigen suchte. Haben denn die Volksparteiler schon alles Gefühl für ihre Würde verloren, müssen sie schon bei Leuten Unterschluß suchen, die Feinde jeder Demokratie, nicht nur der Sozialdemokratie, sind? Und das wollen Wahlrechtskämpfer sein! —

Vom guten Ragen der Kirche.

Kürzlich wurde von liberalen Blättern gegen das Trappisten-Kloster Döhlenberg im Oberlahf der Vorwurf erhoben, es habe beim Tode der ehemaligen Eigentümerin weder Erbschaftsteuer noch Plutationsgebühren bezahlt. Die kirchliche Presse nannte die Behauptung eine „wissentlich Verleumdung“. Nun hat sich, wie einem Strahburger Blatt mitgeteilt wird, der Landesauswahlschöffe für Mülhausen, Klüber, mit der Bitte um Aufklärung an die zuständige Behörde gewandt, worauf der betreffende Ministerialrat ungefähre folgendes erklärt haben soll: Es ist wahr, daß sich das Döhlenberger Kloster um die Erbschaftsteuer zu drücken wußte. Noch nie hat es diejenige bezahlt, zu der es damals verpflichtet war. Nach der später erfolgten Regelung zahlt es heute statt der 9 Prozent betragenden Erbschaftsteuer nur 1/2 Prozent Gesellschaftsteuer. —

In leicht befunden. In der württembergischen Zweiten Kammer wurde heute die Wahl des Abgeordneten Andre (Zentrum), Oberamtsbezirk Oberndorf, mit 54 gegen 30 Stimmen für ungültig erklärt.

Pater peccavi.

Zwischen dem Abg. Brust und dem Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter war es wegen Stellungnahme des ersteren zum Knappenschloßgesetz zu tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten gekommen, bei welcher Gelegenheit der Abg. Brust, wie auch früher schon einmal, mit Enthüllungen drohte. Die Zentrumsfraktion hatte alles Interesse daran, den unbehaglichen Droher zum Schweigen zu bringen. Und der Maulkorb ist nun auch — vor der Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl — glänzlich angelegt worden.

Der „Vergnappung“ veröffentlicht die nachstehende Erklärung: „Ohne auf das Sachliche der Differenzen zwischen dem Gewerksverein und mir einzugehen, erkläre ich hierdurch, daß ich durch Informationen, denen glauben zu schenken ich berechtigten Anlaß zu haben glaube, veranlaßt, dem Vorstande und einzelnen Führern des Gewerksvereins und der Redaktion des „Vergnappens“ Vorwürfe gemacht habe, die ich dem Inhalte und der Form nach nicht aufrechterhalten kann und bedaure. Insbesondere bezieht meine Behauptung, daß ich noch mehr Angriffsmaterial gegen den Gewerksverein beibringen könne, auf Irrtum, und ich erlaube an, daß sich Vorstand und Führer des Vereins und die Redaktion des „Vergnappens“ stets von tatsächlichen Beweggründen haben leiten lassen. Dorsten, 8. Mai 1908. Aug. Brust.“ Die Aufstellung Brusts wird nun nicht mehr lange auf sich warten lassen! —

Ein gräßlicher Soldatenschinder.

Der Leutnant Graf Schweinitz vom Legnitzer Grenadierregiment 7 hatte sich am 11. Mai vor dem Kriegsgericht der 9. Division in Wloga wegen wiederholter Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Schon mehrfach hatte der adlige Herr seinen Vorgesetzten den Grenadier Scholz mit Ohrfeigen traktiert und zwar wegen der geringsten kleinen Versehen. Das härteste Stück aber legerte dieser hochgeborene Leutnant am Morgen des 24. April. An diesem Tage sollte der Kurische den Herrn Grafen um 5/4 Uhr werden. Doch da der Herr Graf nicht aufstehen geruhte, mußte ihn der Kurische noch zweimal wecken. Als nun der Leutnant sah, daß es die höchste Zeit sei zum Dienst zu gehen, geriet er über seine eigene Schuld in furchtbare Wut. Diese ließ er nun an seinem wehrlosen Vorgesetzten aus. Er verfechtete ihm mehrere Schläge mit der geballten Faust ins Gesicht, so daß die Lippe aufsprang. Alsdann traktierte er ihn noch mit einigen Stößen in den Unterleib.

Als Scholz nun mit blutendem Gesicht zum Dienst kam, fragte ihn der diensthabende Oberleutnant nach der Ursache seiner Verletzungen. Dadurch kam die Rohheit des gräßlichen Soldatenschinders heraus. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen Mißhandlung zu — 21 Tagen Gefängnis.

Was wäre wohl geschehen, wenn umgekehrt der Kurische dem Herrn Grafen ein paar Maulschellen appliziert hätte! —

England.

Die Lage in Afghanistan.

London, 14. Mai. Unterhaus. Lord Lonsdale fragt, ob der Emir von Afghanistan auf die Vorstellungen der indischen Regierung bezüglich der Beteiligung von Afghanen an den letzten Grenzverletzungen geantwortet habe und ob über die feindliche Androhung in Kabul Aufklärung erfolgt sei. Der Parlamentssekretär im Indischen Amt Buchanan erwiderte, die indische Regierung habe vom Emir in der gedachten Angelegenheit eine Erklärung erhalten, und der Emir habe ferner befriedigende Versicherungen gegeben über die von ihm ergriffenen Maßnahmen, um die Afghanen vom Zusammengehen mit den Banden in Nordindien zurückzuhalten. Näheres über die betreffende Korrespondenz mitzutellen, verbiete sich jedoch im öffentlichen Interesse.

Italien.

Ein neuer Agrarstreit.

Rom, 14. Mai. Ein Agrarstreit, ähnlich dem in der Provinz Parma, ist nunmehr auch in der Provinz Vercelli ausgebrochen. Die Zahl der Anstößigen, von denen die meisten Tagelöhner sind, beläuft sich auf 20 000. Sie verlangen Lohnaufbesserung.

Rußland.

Blutige Statistik.

Die angesehene juristische Wochenschrift „Pravo“ behandelt in einem längeren Artikel die Ergebnisse der Tätigkeit der Kriegsfeldgerichte und den Charakter der Verbrechen, die während dieses Zeitraums mit dem Tode bestraft wurden. Seit der Herausgabe des „Gesetzes“ über die Kriegsfeldgerichte — so schreibt das Blatt — wurden bis zum jetzigen Moment, d. h. im Verlauf von weniger als 20 Monaten, etwa 1650—1700 Personen, oder 80 Personen im Monat oder drei pro Tag hingerichtet.

So ging es tageln tagaus im Verlauf von 20 Monaten! Besonders energisch „arbeitete“ die Kriegsfeldjustiz während der Herbstmonate 1908, gleich nach Einführung des Gesetzes vom 2. September und dem bekannten Geheimzirkular an die Generalgouverneure, laut welchem es diesen unterlag, um die Milderung der Strafe für die zum Tode Verurteilten zu petitionieren. Während der Wahlen zur zweiten Duma und noch mehr während der Dumasessionen sank die Zahl der Hinrichtungen bis auf 64 im Verlauf von drei Monaten. Da kam die Ausführung der zweiten Duma. An Stelle der Kriegsfeldgerichte traten die einfachen Kriegs- und Kreisinstanzgerichte in Aktion, und die eingetretene politische Konjunktur kam sofort in der ungeheuren Zunahme der Todesurteile und Hinrichtungen zum Ausdruck. Im Verlauf der drei Herbstmonate (1907) fällten die Gerichte 456 Todesurteile; hingerichtet wurden 176 Personen oder 50 im Monat. Während der ersten drei Monate (1908) stieg die Zahl der Todesurteile bis auf 776 und die der Hinrichtungen — bis auf 207. Die Tätigkeit der dritten Duma verstärkte im Gegensatz zur zweiten Duma die Exekutionstätigkeit der Kriegsfeldgerichte um 70 Prozent und die Zahl der Hinrichtungen um 35 Prozent! —

Die die statistischen Daten weiter zeigen, werden jetzt auf Grund der „Ausnahmegeetze“ selbst in solchen Fällen Todesurteile gefällt, die früher auf gewöhnlichem Wege abgeurteilt wurden und nicht mit Verbrechen gemeinsam haben, die laut Gesetz eine verstärkte Strafe erfordern. —

„Blühende“ Zustände in den Ostseeprovinzen.

Der baltische Adel gibt sich alle Mühe zu beweisen, daß die Revolution in den Ostseeprovinzen nicht aus ökonomischen Gründen entstanden sei; denn die Verhältnisse der Bauern und der Landarbeiter seien glänzend. Nun veröffentlichen die Zeitungen folgende Nachrichten:

In Estland hat eine einzige Gemeindeverwaltung im Kirchspiel Klein-Marien für 200 Familien Auswanderungspapiere ausgestellt. Die ganze Gemeinde wandert also aus. Schon vor zwei Jahren wanderten die ersten Emigranten von dort nach San Francisco. Im vorigen Jahre ging der Weg nach Wologda, im nördlichen Gouvernement Rußlands. Gegenwärtig geht der Zug nach Sibirien gehen. — Aus Livland wandern estnische Bauern des Werseleser Kreises aus. Aus dem Gebiete Neuhäusen, welches als Majoratsbesitz des Herrn v. Liphart als eine sehr fruchtbare Gegend bekannt ist, wandern 800 Personen aus, wohl zu beachten: aus einer einzigen Gemeinde! Die „Nordlivländische Zeitung“ in Dorpat, ein Junkerblatt, knüpft daran die Bemerkung, daß es doch sonderbar sei, daß die Gegend, welche Verbrechen als Anziehungsorte angewiesen werden, die ebe und unfruchtbar sind, auf die estnischen Bauern und Landarbeiter solche Anziehung auszuüben vermögen, indem sie ihre alte Heimat, die jedem Arbeitswilligen bisher noch immer Brot gegeben hat, leichtfertig (1) verlassen. . . .

Leichtfertig verlassen die Armen ihre Heimat nicht. Sie flüchten vor der grenzenlosen Unterdrückung des Adels, besonders jetzt, wo sie sehen, daß die Reaktion den Junkern eine unbegrenzte Gewalt in die Hand gegeben hat. Aber trotzdem werden die Junker fortfahren zu behaupten, daß die Bauern und Landarbeiter es sehr gut haben im Lande des baltischen Adels.

Indien.

Gegen die Unabhängigkeitspartei.

Bombay, 14. Mai. Der Herausgeber einer indischen Wochenschrift der indischen Unabhängigkeitspartei, Rongro-wala, ist gestern unter der Anschuldigung der Aufwiegelung verhaftet worden.

Japan.

Rein Zugeländnis an China.

Beijing, 13. Mai. (Wiedergabe des „Deutschen Bureaus“.) Japan lehnte es ab, Chinas Vorschläge betreffend eine Verringerung in der abnehmender Haltung Japans gegenüber dem Bau der Eisenbahn von Hsin-min-tun nach Fa-tu-wan in Erdröckung zu ziehen. Die Ablehnung bezieht sich insbesondere auf den Vorschlag, eine Entfernungs festsetzung, außerhalb deren der Bau einer Parallellinie zur südmandschurischen Eisenbahn gestattet sein sollte.

Marokko.

Ein Scharmügel zwischen französischen und spanischen Soldaten.

Madrid, 14. Mai. Eine Note des Ministers des Auswärtigen besagt, der spanische Gesandte in Tanger habe telegraphisch gemeldet, daß in Casablanca ein Zusammenstoß zwischen spanischen Tirailleurs und französischen Gnauben, die Wache an einem Stadttore hatten, stattgefunden habe. Es seien Schüsse gewechselt und dabei ein Mann getötet, drei verwundet worden.

Casablanca, 12. Mai. Die „Ag. Havas“ meldet über den Zusammenstoß: Die Spanier schossen zuerst auf französische Gnauben, die das Feuer erwiderten. Ein Spanier wurde getötet, ein Spanier und zwei Franzosen verwundet. Infolge dieses Zwischenfalles ergriff der französische Oberst Desmonstiers Besitz von der Polizeigewalt, auch in dem den Spaniern vorbehaltenen Teile des Gebiets.

Paris, 14. Mai. General d'Amade telegraphiert über den Zwischenfall in Casablanca: Am 12. Mai entstand ein Streit zwischen spanischen Soldaten, und zwar eingeborenen Offizieren, die mit Gewehren bewaffnet waren, und einem algerischen Schützen, der keine Waffe trug. Dieser wurde niedergeschlagen. Ein Juwelierergast, der Befehlshaber des in der Nähe befindlichen Postens, der herbeigerufen wurde, kam allein ohne Waffen, um den Streit zu schlichten. Die Ruffeute wichen zurück, legten sich hinter eine Mauer in den Hinterhalt und schossen. Sie trafen einen spanischen Korporal und einen französischen Schützen. Ein Korporal und vier Gnauben, die zu Hilfe eilten, empfangen ebenfalls das Feuer der Ruffeute. Der Korporal und zwei Gnauben erwiderten dasselbe und töteten einen der Ruffeute.

Madrid, 14. Mai. Kriegsminister Ribera erklärte, der Vorfall in Casablanca sei ohne Bedeutung, er glaube, es handele sich um einen Streit zwischen wahrscheinlich betrunkenen Gneuern.

Vor Saffi.

Paris, 14. Mai. Admiral Philibert telegraphiert, daß die Anhänger Mulay Hafid, die sich zusammengetan hatten, um gegen Saffi zu marschieren, infolge ungünstiger aus dem Süden kommender Nachrichten über Mulay Hafid sich wieder zerstreut haben.

Gewerkschaftliches.

Auch eine „Wohlfahrts“-Einrichtung.

In der Porzellanfabrik Kahla (Sachsen-Altenburg), die ihren Aktionären gewöhnlich Dividenden von 25 bis 40 Proz. zahlt, hat die Direktion folgende Bekanntmachung anhängen lassen:

Seit längerer Zeit machen wir die Beobachtung, daß der Rückgang unserer Kontinentalwirtschaft zurückgeht und in Verbindung hiermit die Ueberweisung des Ueberschusses an unsere Witwen- und Waisenklasse ganz rapid abnimmt. Der Grund hierfür ist einzig und allein darin zu suchen, daß zuviel hier von anderer Seite als durch die Kontinente in die Fabrikräume geleitet werden. Im Interesse des Fortbestehens unserer Witwen- und Waisenklasse sind wir darum gezwungen, von heute ab in unseren sämtlichen Betrieben nur noch Bier zu gestatten.

das aus unserer Kantine entnommen ist und unterlagen wir deshalb hiermit das Einbringen jedes fremden Bieres in unsere Fabrikräume.

Zum Fortschaffen, der noch in den Betrieben herumliegenden fremden Bierflaschen sehen wir eine Frist von fünf Tagen, und werden wir nach Ablauf dieses Zeitpunktes fremden Ursprungs, die sich noch vorfinden sollten, aus den Räumen entfernen und vernichten lassen.

Man sollte eigentlich annehmen, daß ein diesbezügliches Verbot unsererseits nicht notwendig gewesen wäre, da ja der Ueberfluß der Kantine nur der Witwen- und Waisenkasse unserer Arbeiter zugute kommt und doch jeder einzelne ein Interesse daran haben müßte und dafür sorgen sollte, daß nur Bier aus der Kantine in die Fabrikräume gelangt. Dem ist aber nicht so, wie wir leider feststellen mußten, und sehen wir uns im Interesse unserer Witwen- und Waisenkasse zu vorstehender Maßnahme veranlaßt.

Wir haben unserem gesamten Vorarbeiterpersonal Weisung gegeben, mit darauf zu achten, daß in den Betrieben nur Bier getrunken wird, welches aus unserer Kantine bezogen ist, und wir werden jeden zur Rechenschaft ziehen, der unsere heutige Verfügung mißachtet sollte.

Zu vorstehender Maßnahme glauben wir uns um so eher entschließen zu können, als wir die feste Ueberzeugung haben, daß das in unserer Kantine zum Ausschank gelangende Bier mindestens von derselben Güte ist, wie das bisher von auswärts in die Betriebe hineingebracht. Diese Tatsache schließt natürlich nicht aus, daß auch einmal die Qualität des Bieres aus der Kantine in Frage kommen könnte, und wir richten darum bei dieser Gelegenheit an unsere sämtlichen Arbeiter das Ersuchen, eventuelle Beschwerden über die Qualität des aus der Kantine entnommenen Bieres, oder über den Betrieb der Kantine selbst, bei uns sofort persönlich anzubringen, und werden wir für sofortige Abhilfe Sorge tragen.

Im übrigen aber ersuchen wir unsere sämtlichen in den verschiedenen Betrieben beschäftigten Arbeiter, nochmals unsere heutige Verordnung (1) zu beachten.

Die Direktion.

Mit dieser Verordnung soll in erster Linie der Konsumverein getroffen werden. Eine Anzahl Arbeiter sind aber auch Abstinente, die doch nicht zum Biertrinken gezwungen werden dürfen. Was die Witwen- und Waisenkasse der Firma anbetrifft, so gehören dieser noch lange nicht die Hälfte der beschäftigten Arbeiter an. Wohl hätte mancher gern seinen Beitritt vollzogen, doch er kann nicht, weil er nicht mehr zugelassen wird. Die Kasse ist eine Art „Böhsfahrts-einrichtung“, die einen Stamm Arbeiter an die Scholle fesseln soll. Die Arbeiter wünschen darum, daß die Ueberflüsse der Krankenkasse überwiesen werden, in der alle Beschäftigten versichert sind. Im andern Falle müßte jeder Arbeiter des Betriebes in die Witwen- und Waisenkasse aufgenommen werden. Die sehr rentable Aktiengesellschaft könnte sogar die Beiträge dafür allein aus der Betriebskasse zahlen. Ferner wird in diesen Betrieben immer noch 11 Stunden gearbeitet. Die kleinsten Firmen des Thüringer Waldes haben längst den Zehnstundentag. Manchmal wird sogar um 5 Uhr angefangen und bis 8 und 9 Uhr gearbeitet, namentlich die Sieberinnen bringen das häufig fertig. Sie erhalten weniger Lohn für die Artikel als die Männer und müßten ebenso viel verdienen, ohne zu bedenken, daß sie ihren Körper dadurch mehr schädigen. Die Arbeiter haben die Assistentin des Fabrikinspektors darauf hingewiesen, den Betrieb mehr als bisher im Auge zu behalten.

Berlin und Umgegend.

Die Wälsfabrik H. A. Braun in Sangerhausen läßt ihre Agenten unangesehnt in Berlin arbeiten, um Streikbrecher anzuwerben. Im Augenblick unterziehen sich der Prokurist der Firma namens Sieghart und ein arbeitswilliger Tischler namens Kühr, der leicht kenntlich ist an seinen langen Haaren und an seiner aus Dänische gemahnenden Aussprache, dieser Aufgabe. Ihr Domizil haben sie im Hotel Rig in der Klosterstraße aufgeschlagen, von wo aus sie die Verbindung mit den Vermittlungsstellen suchen bzw. unterhalten. In der Restauration von Thiele in der Mantelstraße ist ihnen durch die Veröffentlichung des „Vorwärts“ das Handwerk gelegt worden. Am 9. Mai war es ihnen dagegen gelungen, im Arbeitsnachweis des Deutschen Handwerker-Schutzverbandes in der Chausseestraße 9 unter der Vorspiegelung, daß bei der Firma keine Differenzen beständen, sechs arbeitslose im Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein organisierte Tischler anzuwerben. Diesen Gang schafften sie auf dem schnellsten Wege nach Sangerhausen, mußten aber die betrübende Erfahrung machen, daß er ihnen sofort nach Ankunft dort wieder entwich. Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma zeigen eben niemand, die Schmach des Streikbruchs auf sich zu laden. — Alle Tischler, Polierer, Stuhl- und Gefäßbauer sowie Maschinenarbeiter werden weiter dringend ersucht, den Werbungen der Agenten der Firma H. A. Braun keinen Glauben zu schenken und den Zuzug nach Sangerhausen streng fernzuhalten.

Zum Streik bei der Bauholzhandlung Herrn Franke, Groß-Lichterfelde, wo die Lagerarbeiter wegen ganz erheblicher Lohnabzüge in den Abwehrstreik eingetreten sind, ist zu berichten, daß die dort beschäftigten Zimmerleute, welchen zugemutet wurde, Streitarbeit zu verrichten, ebenfalls die Arbeit niedergelegt haben. Der auf seinem Herrenstandpunkte beharrliche Inhaber der Firma hat nach bekannter Art, von seiner in der Nähe von Lehmin gelegenen Schneidmühle, arbeitswillige Elemente unter der üblichen polizeilichen Bewachung nach hier transportieren lassen. Damit nun eine Verständigung mit diesen Leuten unmöglich ist, hat man auf dem Dolaplatz gleichzeitig Lagerstätten für die Betroffenen eingerichtet, wo sie mit Matten und sonstigem Ungezieser zusammen kampieren müssen. Die Firma bezeichnet es als Gemeinheit, daß man den Arbeitswilligen die Situation harzsumachen versucht. Die Verfüzung des Lohnes um 15 Pf. pro Stunde sieht Herr Franke offenbar als einen Ausfluß von Edelstein an. Die durch Unternehmermilitär zum Kampf gezwungenen Streikenden appellieren an die Solidarität der übrigen Arbeiter und ersuchen, jeden Zuzug fern zu halten.

Die Tarifverhandlungen im Glasergewerbe beginnen vor dem Berliner Gewerbegericht am Sonnabendabend 6 Uhr auf Antrag der Unternehmer.

Deutsches Reich.

Eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt fand in Quedlinburg statt. Diese Kartelle haben seit dem 1. Oktober v. J. als ersten beratigen Gewerkschaftsbeamten in Deutschland einen Bezirkssekretär angestellt, dessen Aufgaben außerordentlich vielseitig sind. Das ging aus dem Bericht des Bezirkssekretärs, Genossen K u d e n t j a - M a g d e - b u r g, hervor. Die Tätigkeit des Sekretärs erstreckte sich u. a. auf mündliche und schriftliche Auskunftserteilung über das gesamte Gebiet der Arbeiterversicherung, Hilfeleistung bei Wahlen zu Krankenkassen und Schiedsgerichten, Anfertigung von Statistiken, Einrichtung gewerkschaftlicher Auskunftsstellen, Vornahme von Arbeitslosen-Zählungen, Regelung von Grenzstreitigkeiten, Unterstützung der gewerkschaftlichen Agitation und vor allem Agitation unter den Landarbeitern. Trotz der Kürze der Berichtszeit konnten erfreuliche Erfolge konstatiert werden. So wurde beispielsweise der sogenannte ortsbildliche Tagelohn in zehn Orten infolge der Tätigkeit des Bezirkssekretärs erhöht. Die Konferenz

Beschloß, den Beitrag zur Unterhaltung des Sekretariats von drei auf fünf Pfennig jährlich pro Mitglied der den Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften zu erhöhen. Von den zahlreichen Anträgen, die zur Annahme gelangten, sei erwähnt, daß die Konferenz beschloß, den nächsten Gewerkschaftstages eine endgültige Regelung der Grenzstreitigkeiten unter den Gewerkschaften und um Vereinstellung von Mitteln zu einer intensiven Agitation unter den Land- und Forstarbeitern zu erwirken. Ein Antrag, von der Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation Abstand zu nehmen, wurde abgelehnt. Als Sitz des Bezirkssekretariats wurde wiederum Magdeburg bestimmt.

Ein für die Scharfmacher unerwartetes Ende

nahm die Malasperrung, die sich der Wälsfabrikant Thiemeke in Staßfurt geleistet hatte. Die ausgesperrten Tischler parierten den Hieb und stellten ihrerseits Forderungen. Es kam zu Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts, die damit endeten, daß die wöchentliche Arbeitszeit von 59 auf 58 Stunden vermindert und die Allortlöhne um durchschnittlich 6 Proz. erhöht wurden. Die Arbeit wurde gleich anderen Tagen wieder aufgenommen.

Erfolgreicher Streik. Der Streik bei dem Bau des Rangierbahnhofs in Magdeburg-Neuhäuser ist nach neuntägiger Dauer beigelegt worden. Die 250 Streikenden, die in ihrer großen Mehrzahl unorganisiert waren, hatten sich an die Gewerkschaftsleitungen gewandt und um Anbahnung von Verhandlungen gebeten. Das Ergebnis der Verhandlungen war eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 bis 5 Pfennige. Sämtliche Streikenden sollen bis Ende dieser Woche wieder eingestellt werden. Wie das nicht anders zu erwarten war, hat die Polizei, die u. a. auch die Organisationsvertreter hinderte, den Streikenden Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen zu machen, zu wiederholten Malen Streikposten siliert.

Der Streik der Bauarbeiter bei dem Bau des neuen Wasserwerks in Magdeburg ist beendet. Die Firma, die den Bau ausführt, entsprach dem Verlangen der Streikenden, die im Orlstarif vorgesehenen Bestimmungen über Lohn- und Arbeitszeit innezuhalten.

Handlungsgehilfen und Sozialdemokratie.

In Breslau haben die Handlungsgehilfen wieder einmal angefaßt der Haltung der bürgerlichen Stadtverordneten aller Richtung zu dem vom Magistrat vorgelegten Ortsstatut über die Neuregelung der Sonntagsruhe Gelegenheit gehabt, sich die Frage vorzulegen, ob der Klassenkampfstandpunkt der modernen Arbeiterbewegung nicht auch für sie der richtige sei. Und da ist für die Fortschritte in der Erkenntnis vom Klassenkampf der Verlauf einer großen Protestversammlung bezeichnend, die von den bürgerlichen Handlungsgehilfen-Organisationen veranstaltet worden war. Nicht nur daß ein Handlungsgehilfe, der sich ausdrücklich als Nichtsozialdemokrat bezeichnete, unter Zustimmung eines sehr großen Teils der stark besuchten Versammlung erklären konnte, durch das ablehnende Verhalten der bürgerlichen Parteien würden die Handlungsgehilfen mit Notwendigkeit zur Sozialdemokratie gedrängt, ein Organisationsführer, der Vorsitzende des Leipziger Verbandes mußte sogar erklären: die Handlungsgehilfen hätten mit ihren Forderungen in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung einzig und allein die Unterstützung der Sozialdemokraten gefunden und dafür müsse man diesen dankbar sein. Die liberalen Stadtverordneten, auch die Mitglieder der Sozialen Reform hatten die liberalen Handlungsgehilfen im Stich gelassen und die Befürworter eines friedlichen Vorgehens der Handlungsgehilfen würden in Zukunft doch wohl zu anderen Mitteln greifen müssen. Man werde auch die Frage selbständiger Stadtverordnetenmandaturen für Handlungsgehilfen ernsthaft in Erwägung ziehen müssen, unter allen Umständen aber bei den nächsten Wahlen sich die Herren Stadtväter auf ihr Verhalten zu den berechtigten Forderungen der Handlungsgehilfen genau ansehen. Auch Broccati, der Führer der Hirsch-Dunderschen Handlungsgehilfen, ließ sich mit einer ähnlich scharfen Abfrage an die bürgerlichen Parteien vernehmen. Unser Genosse Stadtverordneter Schütz erntete mit seiner Feststellung, daß die Handlungsgehilfen nationale Phrasen nicht mehr ziehen, sondern daß Interessen regieren, ebenso lebhaft Zustimmung wie Genosse Löbe, als er erklärte, er sehe die Handlungsgehilfenschaft bereits auf dem Schmarke ins Lager der Klassenkämpfer und der Sozialdemokratie.

Den Schiedspruch im Baugewerbe haben die Breslauer Maurer nunmehr doch noch mit überwiegender Mehrheit angenommen. Die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter dagegen haben ihn in stürmisch verlaufenen Versammlungen abermals abgelehnt. Trotz des ablehnenden Verhaltens der Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ist der Berliner Schiedspruch am Mittwoch von den Vertretern aller Organisationen unterzeichnet worden. Die Verbandsvertreter stehen auf dem Standpunkte, daß nach demokratischem Prinzip die geringe Zahl der Breslauer Zimmerer und Bauhilfsarbeiter sich der Majorität ihrer Kollegen im ganzen Reich untergeordnet haben.

Die Lohnbewegung der Leipziger Steinseher und Hammer ist nun doch noch zu einem friedlichen Abschluß gelangt. Nachdem der Arbeitgeberverband, entgegen einem früher gefaßten Beschluß, sich bereit erklärte, die Verhandlungen unter Hinzuziehung des Verbandsvorsitzenden Knoll nochmals aufzunehmen, haben diese Unterhandlungen doch noch zu einem positiven und befriedigenden Ergebnis geführt, und hat eine am 13. Mai stattgefundene Versammlung die getroffenen Vereinbarungen gegen wenige Stimmen akzeptiert.

Die wichtigsten Positionen des Tarifes sind folgende: Erhöhung des Stundenlohnes für Steinseher um 4—5 Pf., für Hammer um 3 Pf.; im Jahre 1910 tritt eine abermalige Erhöhung um 2—3 beziehungsweise 4 Pf. ein. Bei auswärtiger Arbeit wird das Fahrgehalt erhöht und außerdem, wo übermietet werden muß, pro Tag 1,50 M. Auslösung. Bei länger dauernder, allgemeiner Arbeitslosigkeit soll nach vorausgegangenem Vereinbarung die Arbeitszeit generell verkürzt werden können. Söcherbezahlung für Ueberzeitarbeit. Am Pfingstfestabend eine Stunde früher Feierabend, ohne Lohnabzug, vom Jahre 1910 ab auch am Osterfestabend. Auch erklärten sich die Unternehmer bereit, die vor 14 Tagen zurückgezogene Lohnzulage wieder nachzugeben. Außerdem noch eine Anzahl kleinerer Verbesserungen.

Angeichts der allgemeinen Situation auf dem Wirtschaftsmarkte haben die Leipziger Steinseher einen guten Erfolg davongetragen.

Ausland.

Die Verschmelzung der schweizerischen Textilarbeiterverbände zum einheitlichen schweizerischen Textilarbeiterverband, der 10 000 Mitglieder zählt, ist nun vollzogen und sind auch die zwei Sekretäre von Branchenverbänden in seinen Dienst getreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Am Vorabend der „Jugendlichen“-Entretung.

Nach der stark besuchten Versammlung, die gestern Abend in Kellers Festhale, Koppensstraße, stattfand und in der Genosse Rebebour — am Vorabend der Entretung der „Jugendlichen“ — zu Tausenden von jungen Arbeitern

und Arbeiterinnen sprach, strebten die Teilnehmer in kleinen Trupps ihren Wohnungen zu. Am Landsberger Tor trat ein Schuhmann an einen dieser kleinen Trupps heran, zog plötzlich, ohne zum Auseinandergehen aufzufordern, den Säbel und schlug um sich. Die Angegriffenen stoben auseinander. In demselben Augenblick kamen aus dem Friedrichshain 4 bis 5 Schulkinder angerannt, zogen im Laufenden blank und liefen den Folgenden nach. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Einem der Verhafteten, einem 16- bis 17-jährigen Jüngling, wurden Knebel angelegt, daß jener sich vor Schmerz krümmte.

In der Tat: eine würdige Oubertüre zur Jugendentretung, die vom heutigen Tage datiert.

Maler und Tapezierer.

Frankfurt a. M., 14. Mai. (B. G.) Nachdem die Verhandlungen wegen Beilegung der örtlichen Differenzen im Malergewerbe zu einer Einigung geführt haben, wird nächsten Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Der Tapeziererstreik geht Montag zu Ende, da ein neuer Tarif vereinbart worden ist.

Arbeiterentlassungen.

Paris, 14. Mai. (B. G.) In den phyrotechnischen Werkstätten, welche für Rechnung des Staates arbeiten, wurden 430 Arbeiter mit einmonatlicher Kündigung verabschiedet. Ebenso ist in der staatlichen Geschützfabrik 200 Arbeitern zum 15. Juni gekündigt worden. Infolge dieser Entlassungen herrscht unter dem Arbeiterpersonal große Erregung und man befürchtet Zwischenfälle.

Bergarbeiterstreik.

Evansville (Indiana), 14. Mai. (B. L. B.) 16 000 in den Steinkohlenbergwerken von Indiana beschäftigte Arbeiter sind in den Ausstand getreten.

Beendeter Ausstand.

Tiflis, 14. Mai. (B. L. B.) Nach dreimonatlichem Streik nahmen heute über 10 000 Arbeiter der Naphthawerke Gebrüder Mikojan zu Balachna die Arbeit unter den früheren Bedingungen wieder auf. Die Arbeiter erhielten keinerlei Vergünstigungen.

Die Götlicher Todesopfer.

Dresden, 14. Mai. (B. L. B.) Als heute nachmittags 3 Uhr auf dem St. Paulikirchhofe die Beerdigung der drei bei dem Einmarsch der Götlicher Musikhülle verunglückten Staufleute erfolgen sollte, stürzte das Grab auf einer Seite ein. Die Feierlichkeiten mußten abgebrochen und die Särge in die Halle zurückgebracht werden. Die Beerdigung wurde auf morgen verschoben.

Schring aus der Haft entlassen.

Börlig, 14. Mai. (B. L. B.) Baumeister Schring ist heute Abend 7 1/2 Uhr gegen Hinterlegung einer Kaution von 80 000 M. aus der Haft entlassen worden.

Was der Vizepräsident der deutschen Reichsduma in der russischen Duma zu hören bekam.

Petersburg, 14. Mai. (B. L. B.) Die Duma setzte in ihrer heutigen Sitzung, welcher der Vizepräsident des deutschen Reichstages, Geheimrat Paasche, nach Besichtigung des Laurischen Palais beiwohnte, die Verhandlungen über den Etat des Ministeriums des Innern fort. Der Gehilfe des Ministeriums des Innern, Malatoff, erwiderte auf Anfragen von Rednern, die Regierung sei vollkommen bereit, das Selbstbestimmungsrecht der Gesellschaft anzuerkennen, jedoch könne er nicht umhin, die Duma daran zu erinnern, daß die Ausübung dieses Rechtes von 1906 ab als revolutionäre Organisation in die Erscheinung getreten sei; auch heute dauerten die revolutionären Exzesse fort, daher sei die Beibehaltung des Kriegszustandes fortgesetzt notwendig, um so mehr, als die vorzeitige Aufhebung der Ausnahmezustände in einigen Fällen die Erneuerung zahlloser Kord- und Raubanfälle nach sich gezogen habe; die Aufhebung der Ausnahmezustände könne nur allmählich mit großer Vorsicht vorgenommen werden. Zum Schluß betonte der Gehilfe des Ministers, die Regierung werde auch in Zukunft alle Kräfte einsetzen, um Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen. Hierauf wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Rot und Glend.

Wien, 14. Mai. (B. G.) Wegen seiner bitteren Rottage verfuhr der Schneidergewerkschaftler Hittinger sich und seine drei Kinder im Alter von 4 bis 10 Jahren zu erschlagen. Alle vier sind tödlich verwundet.

Wirbelsturm.

New York, 14. Mai. (B. G.) Der Tornado in den Südstaaten hat annähernd 100 Tote gefordert. Die Stadt Bilva (Louisiana) ist vollständig zerstört. In Crandall (Texas) wurden 50 Häuser demoliert.

Heuschrecken.

Rom, 14. Mai. (B. G.) Große Heuschreckenschwärme richten in mehreren Provinzen Süditaliens bedeutenden Schaden an, besonders in der Nähe von Brindisi haben die Schwärme große Strecken Acker- und Gartenland vollkommen verwüstet. Die Behörden trafen energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Plage.

Gewitter.

London, 14. Mai. (B. G.) Ueber Mittelengland sind gestern mehrere starke Gewitter niedergegangen und haben großen Schaden angerichtet. Mehrere Personen wurden vom Blitz getötet.

Explosion.

London, 14. Mai. (B. G.) Bei einer Benzolexplosion auf einem Farm wurden gestern drei Arbeiter tödlich verletzt.

Feuerbrände.

Jandbrud, 14. Mai. (B. L. B.) In Oberndorf bei Wörgl brach heute früh ein unbekannter Ursache Feuer aus, daß bei dem herrschenden starken Wind rasche Verbreitung fand. Bis Mittag waren die Kirche und sechs Häuser niedergebrannt.

Paris, 14. Mai. (B. G.) Eine große Feuerbrunst zerstörte heute das Magazin der Allgemeinen Droschkengesellschaft. Der Schaden ist zwar bisher nicht festgestellt, dürfte aber bedeutend sein.

Linz, 14. Mai. (B. G.) Die Drifthaft Rest ist teilweise niedergebrannt, ein Bauer ist in den Flammen umgekommen.

Agram, 14. Mai. (B. G.) In der Drifthaft Drleg brach Großfeuer aus, welches sich infolge des herrschenden Sturmes mit der größten Schwelligkeit ausbreitete. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Ob Verluste an Menschenleben zu beklagen sind, steht noch nicht fest, da weitere Einzelheiten fehlen.

Das erste Torpedoboot in Rom.

Rom, 14. Mai. (B. G.) Einem italienischen Torpedoboot ist es gestern zum ersten Male gelungen, den Tiber bis nach Rom hinauf zu fahren. Dieses Ereignis, dessen Ausführung mit großen Schwierigkeiten verknüpft war, wird viel besprochen.

Aus der Partei.

Gemeindegewahlerfolge.

Auch in Pommern geht es vorwärts! Einen erfreulichen Erfolg erzielten unsere Genossen bei den Gemeinderatswahlen in dem kleinen Dörfchen Säftow bei Stettin, indem unser Kandidat in der 3. Abteilung fast einstimmig, der in der 2. Abteilung mit knapper Mehrheit gewählt wurde. Nur die erste Abteilung verblieb den betrübten Bürgerlichen.

Gegen das Raiffeisen-Abkommen. Das Zentralkomitee der Sozialdemokratie Sachsens macht bekannt:

„Die sozialdemokratischen Agitationskomitees Sachsens haben zu dem Vorschlag des Parteivorstandes und der General-Kommission zur Raiffeisen-Stellung genommen.

Die Komitees erklären in der Abweisung der Verantwortung für die international beschlossene Raiffeisen auf die lokalen Instanzen eine Verleugnung des zentralistischen Prinzips. Sie sehen in dieser Abmachung den Versuch, auf die Gewerkschaften einzuwirken, daß die Verchlsse der einzelnen Gewerkschaften für die Unterstützung der Raiffausgeperrten aufgehoben werden, um im Zusammenhang mit der Einführung der Maxenzzeit für die Unterstützung der Raiffausgeperrten die Arbeitsruhe am 1. Mai zu beschränken bzw. zu beschränken.

Sie bedauern, daß der Parteivorstand nicht, wie die General-Kommission es getan hat, den Bezirksorganisationen Gelegenheit gegeben, sich vor Faung des Beschlusses zu der Frage zu äußern, und erwarten, daß in künftigen Fällen bei ähnlichen wichtigen Fragen die Parteiorganisationen vorher gehört werden.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Nachspiel zu den Affären Hohenau und Lhmar. Vor der Strafkammer zu Leipzig hatte sich am Donnerstag Genosse Keimling von der „Leipziger Volkszeitung“ zu verantworten. In einem Artikel, der die Kriegsgerichtsverurteilung gegen Hohenau und Lhmar kritisierte, soll er das Kriegsgericht der I. Gardebataillon beleidigt haben. Genosse Keimling bemerkte, daß er den Artikel auch heute noch in der Faung aufnehmen würde. Man müsse bei der Kritik des Urteils den Umstand in Betracht ziehen, daß Offiziere als Richter über Generale zu urteilen hatten, von denen sie annahmen, daß sie solcher Handlungen, deren sie angeklagt waren, nicht fähig seien. Der Vorsitzende wie der Staatsanwalt wollten von dieser Auffassung nichts wissen, sondern erklärten, es sei dem Kriegsgericht wissenschaftliche Rechtsbeugung vorgeworfen. Das Urteil gegen den Genossen Keimling lautete auf sechs Wochen Gefängnis.

Eine zweite Beleidigungsklage war wegen einer Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ gegen Genossen Keimling angestrengt worden, in der eine Arbeitsordnung der sächsischen Forstverwaltung kritisiert wurde. In dieser Arbeitsordnung wird von den Waldarbeitern — nicht etwa von Beamten — verlangt, „daß sie sich von ordnungsfndlichen Bestimmungen und Verordnungen fernhalten. Ferner werden sie zur Vaterlandstreue und Gesinnungstchtigkeit ermahnt und bei den Wählen aufgefodert, ihre Pflicht zu erfüllen. Daß eine solche Arbeitsordnung Arbeitern zugemutet wird, fordere schon die schärfste Kritik heraus. Noch schlimmer aber stand es mit der Handhabung. Jedes — die Beweisangebote über die Handhabung dieser trefflichen Arbeitsordnung wurden abgelehnt, weil es sich „nur“ darum handele, festzustellen, ob durch die Kritik der Verfasser der Arbeitsordnung beleidigt worden sei“. Das Urteil lautete auf 75 Mark Geldstrafe.

Der schwarze Fuchs im Eisen.

Mitte März dieses Jahres sog ein badischer Zentrums-Blatt, der in Ettlingen erscheinende „Badische Landmann“, die Lüge aus den Fingern, unser Genosse Rsch, der Landtagsabgeordnete der Stadt Lörrach, habe in seiner Kammerrede zum Etat der badischen Fremdenlegation gesagt: Der badische Staat möge den Aufwand für die unheilbar gewordenen Irren sinnigen sparen und diese Kranken nicht weiter am Leben erhalten. In zwei Nummern wurde nun über die sozialistische Verengerstocher hergezogen, obgleich dem vor den Toren des Parlamentes erscheinenden Blatte sofort die Nase auf den stenographischen Bericht der offiziellen „Karlsruh. Ztg.“ gestoßen wurde. Genosse Rsch strengte die Klage an, da nichts anderes verlangt wolle. Endlich, nach etwa zwei Monaten, veröffentlicht der Redakteur des „Badischen Landmann“ zu Ettlingen

eine Erklärung, in welcher er die Aufnahme der beiden Gegenseiten bedauert und die darin enthaltenen beleidigenden Angaben unwahr nennt. Unterdeen war aber die Verleumdung schon durch die ganze Zentrumspresse gegangen. Sollte der Schwindel irgendwo bei den prhischen Landtagswahlen aufgewärmt werden, so mögen sich unsere Genossen die reumrtige Erklärung des Herrn Zentrumsredakteurs Alfred Graf in Ettlingen merken. Ihr wird sich demnächst eine solche des Chefredakteurs des führenden Zentrumsorgans „Badischer Beobachter“ anschließen, welcher in einem verlogenen Artikel den Genossen Abgeordneten Sedl schmhte. Der leitende Redakteur, ein katholischer Geistlicher, hat den gerichtlichen Termin verlegen lassen und verzichtet auf jeden Versuch, die Vorwürfe ehrverletzender Art mit einem Beweise zu unterstützen.

Stadtverordneten-Versammlung.

21. Sitzung, vom Donnerstag, den 14. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michaelis eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr vor ziemlich leeren Bänken.

Auf der Tagesordnung stehen heute zunächst nicht weniger als sieben Ausschuhberichte.

Nach der Fertigstellung und Ingebrauchnahme des zweiten Rathauses werden sich immer noch zahlreiche Verwaltungsbureaus der Stadt in Mietstrumen befinden. Dieser Umstand, und die Rücksicht auf das stete Wachsen des Umfangs der Verwaltungsgeschäfte, hat den Ausschuh, der sich mit dem Verzeichnis der zurzeit mietweise untergebrachten Bureaus beschäftigte, zu dem einstimmig angenommenen Antrag geführt, den Magistrat zu ersuchen,

1. baldmöglichst Schritte einzuleiten zur Errichtung eines dritten Verwaltungsgebäudes, und der Versammlung eine entsprechende Vorlage zu machen,

2. zur Verfügung der Stadtverordneten, außer den jetzt besetzten Räumen noch 100 Quadratmeter zu einem Vor- und Wartezimmer und zu einem Sprechzimmer zu stellen.

Stadtv. Deutsch (soz.-forsch.) befürwortet eine Erweiterung des Antrages sub 2, um der Versammlung ausfmlichere Räume für die Beratungen der Fraktionen usw. zu verschaffen.

Ohne weitere Debatte nimmt das Plenum die Ausschuhantrge mit dem Antrag Deutsch an.

Am 1. Juni soll die städtische Abdeckerlei (offiziell „Fleischvernichtungs- und Verwertungsanstalt“ in Rd-nig) eröffnet werden. Von diesem Termin ab soll die Beseitigung von Tierleichen, von zur Vernichtung bestimmten verdorbenen Waren usw., als Gemeindefast übernommen werden; auch die Fortschaffung verunglückter Tiere soll von da ab ausschließlich durch die Gemeinde erfolgen. Der Magistrat legt das Ortsstatut und die mit dem Polizeipräsidenten vereinbarte Polizeiverordnung nebst Entschdigungstarif und Gebührenordnung zur Beschlußfassung, die Polizeiverordnung zur Kennzeichnung vor.

Die Versammlung nimmt sämtliche Vorlagen ohne Diskussion an.

Für den Entwurf eines revidierten Sparkassenstatuts war schon am 2. Januar d. J. ein Ausschuh niedergesetzt worden. Derselbe acht Sitzungen abgehalten, und am 6. Mai seine Beratungen zum Abschluß gebracht. Aus dem umfassenden Bericht (Referent Stadtv. Rosenow (R. L.)) ergibt sich, daß in § 1, entsprechend dem Magistratsvorschlag, die Maximaleinlage von 1000 auf 3000, der höchste Betrag, der innerhalb eines Monats eingelegt werden kann, von 300 auf 500 M. erhöht werden soll. Dagegen hat der Ausschuh den bisherigen Preis von 10 Pf. für das Sparbuch belassen und die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung auf 20 Pf. abgelehnt. Nach § 4 verbleibt es bei dem Zinssatz von 3 Prozent; die Vorfrist, daß der Einzahlungssatz, wie der Abhebungsmonat außer Betracht bleiben, soll dadurch eine Milderung erfahren, daß Einzahlungen in den ersten drei Tagen des Monats voll für den Monat verzinst werden (letzterer Vorschlag geht dem Ausschuh aus). § 2 hat, in Gemhheit der beschäftigten Einrichtung von acht Hauptklassen der Sparkasse, im Entwurf eine entsprechende Wnderung erfahren. Nach § 9 des Entwurfes sollte der hchstetrag der Rückzahlung binnen vier Wochen ohne Kündigung von 100 auf 200 M. heraufgesetzt werden. Der Ausschuh hatte in erster Lesung diesen Betrag noch weiter, auf 300 M. erhöht; da indessen § 10, der dem Kuratorium in Fällen von Notfnden, Krisen oder höherer Gewalt das Recht geben wlte, die gegen

Kündigung rückzahlbaren Beträge bis zur Hälfte herabzusetzen und die Kündigungsfristen zu verdoppeln, gestrichen worden ist, hat man in zweiter Lesung jenen höchstbetrag von 300 M. auf 150 M. ermngelt. § 14 des Entwurfes sah für das Kuratorium die Zusammenfassung aus dem Stmmerei und 2 Stadträten, sowie 6 von der Versammlung zu whlenden Mitgliedern vor, von denen 4 Stadtverordnete sein müssen. Der Ausschuh hat die Zahl der Stadtverordneten auf 6 erhöht, so daß von der Versammlung 8 Personen zu wählen wären. Endlich ist von wichtigen Wnderungen noch zu erwähnen, daß in § 21 die Bestimmung, wonach Darlehen an öffentlich-rechtliche Verbände 50 Prozent, solche an die Stadt Berlin 35 Prozent des Gesamtbestandes nicht berschreiten dürfen, so umgestaltet worden ist, daß statt „50 Prozent“ gesetzt werden soll „35 Prozent“ und statt „35 Prozent“ „50 Prozent“.

Stadtv. Dr. Weal (Soz.): Wir werden die Satzungen in der Form annehmen, wie sie aus dem Ausschuh herausgekommen sind. Wir können nur dringend wünschen, daß die Verwaltung auch mit der Einrichtung weiterer Zweigstellen, wie sie es ja beabsichtigt, sich recht schnell zu befassen möge. Die vielfachen Klagen über die Schwierigkeiten der Abfertigung, und auch über die unfreundliche Behandlung der Sparer, werden dann hoffentlich in Zukunft nicht mehr laut werden. Hoffentlich ziehen übrigens bald wirtschaftlich günstigere Zeiten herauf, die es den armen Leuten ermöglichen, ihre sauer erworbenen Groschen auf die Sparkasse zu tragen.

Stadtv. Kesse bedauert, daß es nicht hat gelingen wollen, das Maximum der Einlage über 3000 M. zu erhöhen. Spandau nehme bis zu 10 000 M., und Weifensee habe jüngst sogar erklärt, jeden Betrag anzunehmen.

§ 1 wird darauf angenommen.

Zu § 2 befürwortet Stadtv. Solmih (Fr. Fr.) einen Antrag, an gewissen Tagen, mindestens an einem Tage in der Woche, auch des Nachmittags von 4 bis 7 Uhr die Sparkassen offen zu halten, um den ärmeren Leuten und solchen, die nicht zu den Annahmestellen gehen mögen, mehr entgegenzukommen. Am Kostenpunkt dürfe diese Forderung nicht scheitern.

Kmmerei Dr. Steiniger: Wir werden den Vorschlag natürlich sorgfältig erwägen. Frühere Versuche in der Richtung sind fehlgeschlagen.

Stadtv. Deutsch hält den Vorschlag einerseits für berschlssig, andererseits für nicht weitgehend genug.

§ 2 wird unbedingte angenommen, der Antrag Solmih abgelehnt.

Zu § 4 bemerkt der Referent, Stadtv. Rosenow, daß tatsächlich aus Versehen der vom Kollegen Weal erwähnte Passus hier fortgelassen ist, wonach der Magistrat berechtigt sein soll, hinsichtlich der Verzinsung Anordnungen zu treffen, die den Sparern günstiger sind.

§ 4 wird mit dieser Richtigstellung angenommen, ferner auf Antrag Lademig (R. L.) en bloc die §§ 5 bis 20 nach den Ausschuhantrgen, ebenso nach unerheblicher Debatte der Rest der Vorlage und schließlich das Statut im ganzen. Nur im § 21 wird nach einem Antrag Solmih abweichend von der Vorlage und dem Ausschuhantrag beschlossen, daß Darlehen an öffentlich-rechtliche Verbände einschließlich der Stadt Berlin 50 Proz. des Gesamtbestandes nicht berschreiten dürfen.

Stadtv. Liebenow (R. L.) erlässt Bericht über die Vorlage wegen Wnderung der bestehenden Ortsstatute über die Anstellung der Kommunalbeamten sowie über die Hinterbliebenenversorgung der Kommunalbeamten und Lehrer.

Alle drei Statutenentwrfe sind vom Ausschuh mit gänzlich unerheblichen Wnderungen einstimmig angenommen worden; die Versammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne.

Der Antrag Kraus (Soz.), den Magistrat aufzufordern, schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die zurzeit in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu lindern, war in der Sitzung vom 2. April dem Ausschuh zur nodmaligen Beratung zurückgegeben worden. Dort ist der Antrag auf städtische Subvention für die Arbeiterberufshilfe bezüglich der Arbeitslosenunterstützung mit allen gegen eine Stimme abgelehnt worden; auch die Anträge wegen Aufnahme einer fortlaufenden Statistik über die Lage des Berliner Arbeitsmarktes sowie über Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch städtische Winterarbeiten haben keine Mehrheit gefunden. Vorgeschlagen wird, den Magistrat zu ersuchen:

1. mit der Versammlung in gemischter Deputation über die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung für Berlin in Beratung treten zu wollen,

Kleines feuilleton.

Vom Dalai-Lama und seinen Priestern. Die Welt wird durch die aus London kommende Nachricht berascht, daß der Dalai-Lama von Tibet die Absicht hat, einen Besuch in Peking zu machen, und daß von China die Annahmestellung Tibets vorbereitet wird. Damit wäre ein neuer Schritt gemacht in dem allmählichen Aufgeben der strengen Abgeschlossenheit, in der sich dieses Land so lange erhalten hatte. Die englische Expedition des Obersten Younghusband von 1904 hatte zum erstenmal Licht verbreitet über die Geheimnisse Tibets. Weder Rußland noch England haben in diesem Lande festen Fuß faen können, da die Herrschaft der religiösen Führer unbezwingbar ist. Tibet ist nämlich ganz in den Händen der buddhistischen Mönche oder Lamas, deren Zahl nicht weniger als 500 000 beträgt. Sie leben gemeinsam in ungeheuren Klöstern, die sich wie starke Festungen an die Abhänge der Berge anlehnen, und um diese Klöster herum besitzen die Lamas weite Strecken Landes, deren Bewirtschaftung hrige Pächter besorgen. Die Erträgnisse aus diesen gewaltigen Landbesitz und die Schge, die seit Jahrhunderten in den Klöstern aufgehäuft werden, haben den Priestern einen ungeheuren Reichtum und Macht in die Hand gegeben. Auch üben sie ein Handelsmonopol aus, das alle durch das Land gehenden Waren für sie nutzbar macht. Die Lamas sind in mehrere Orden und Klassen eingeteilt, die ihre besondere Ordensregel und ihre besondere Nachstellung haben. Die geistige Leitung eines jeden Ordens übt ein lebender Buddha aus, d. h. ein Priester, in dem die Seele eines heiligen oder Buddha wieder Mensch geworden ist. Einer der wichtigsten dieser Orden ist der der Ge-Lug-Wa, der 1400 begründet wurde und dessen Mitglieder um der Farbe ihrer Hte willen gelbe Lamas genannt werden; die Frommen anderer Orden werden aus dem gleichen Grunde rote Lamas genannt. Aus dem Orden der Ge-Lug-Wa ist nun der Dalai-Lama oder richtiger Dab-Lama hervorgegangen, der im Jahre 1642 von dem chinesischen Kaiser mit seiner geistigen und weltlichen Macht besetzt wurde. Seine Nachkommen haben nun bis zum heutigen Tage den Thron des Priestersfrsten inne. Der Dalai-Lama hat aber einen Nebenbuhler in dem Tashi-Lama, dem Abt des Klosters von Tashilumpo bei Shiga-T; der erste Tashi-Lama war der Lehrer jenes Dalai-Lama, der 1642 zum Priestersfrsten erhoben wurde, und er hatte von seinem getreuen Schüler große Macht und Ansehen erhalten. Der Tashi-Lama spielte eine wichtige Rolle während der englischen Expedition, als der Dalai-Lama aus dem heiligen Stammsitz Lhasa floh, wohin er bis heute noch nicht zurückgekehrt ist. Er wurde der Vertrauensmann der Engländer. In China aber wird der Dalai-Lama, in dessen Person sich noch immer die höchste geistige und weltliche Macht vereinigt, als die maßgebende Persönlichkeit angesehen. Der Tashi-Lama hat sich modernen Einrichtungen zugänglicher gezeigt, nahm den Reisenden Sven Hedin bei sich auf, ließ sich photographieren

und trat sogar dem Plan einer telegraphischen Verbindung mit Indien näher. Die Religion der Tibetener ist ein primitiver Buddhismus, der durch Aufnahme vieler Hindumythen und eine Vermischung mit der alten Religion des Landes zur Volkreligion geworden ist. Das Streben der Lamas ist darauf gerichtet, durch allerlei Praktiken die bösen Gottheiten günstig zu stimmen und den guten zu schmeicheln. Daher kommen die unaussprechlichen Gebete und Gebetsmhlen, durch die man den Grimm der Götter abzuwehren sucht, all die Zeremonien und Formeln. Dabei tragen sie Amulette, lassen Gebetsbnder im Winde hin und her flattern, um nach ihrer Richtung den Willen der Leberichigen zu erkennen, daher errichten sie Gebetssteine, auf denen fromme Legenden eingeschrieben sind, die der Vorübergehende am Wege lesen muß, daher veranstalten sie feierliche Prozessionen durch ihre weiten Tempel, in denen Tausende von Statuen stehen.

Der Föhn an der Arbeit. Der „Frank. Ztg.“ wird aus der Schweiz geschrieben: Der Föhn ist im Land! Der „Schneefresser“ ist wieder an der Arbeit in den Bergen; er räumt auf an den Gängen, pflast die Schneehalden rein und treibt über Nacht den Winter aus den Alpen. Die Bergler wissen es längst, daß der Föhn in 24 Stunden mehr Schnee wegwhmt als die Sonne in vierzehn Tagen; er ist der Herold des Frühlings und der Lerner sagt, daß ohne den Föhn der Herrgott über den Winter niemals Meister würde. Die höheren Bergstationen melden der schweizerischen meteorologischen Zentralanstalt seit einigen Tagen ungewöhnlich hohe Temperaturen, so am 9. Mai morgens Nigilsum 12 Grad, Pilatus 9 Grad, Säntis 8 Grad; auf dem Säntis (2500 Meter) ist die Temperatur vom 8. auf den 9. Mai um volle acht Grad gestiegen. Die Schneeschmelze hat unter dem Fhneinfluh seit ein paar Tagen in der Höhe von 2000 bis 2500 Meter rasche Fortschritte gemacht. Das Gotthardhpfz hatte Ende April noch eine Schneehöhe von 210 Zentimeter; in zwei Tagen ist diese hbliche Schneehöhe um 80 Zentimeter zurückgegangen, trotzdem am 6. Mai noch 18 Zentimeter Residuane dazu gekommen sind. Und auch auf dem Säntis hat der „Schneefresser“ nchtig gearbeitet; es liegen dort oben „nur noch“ drei Meter Schnee, und doch sind letzte Woche während zwei Gewittertagen 65 Zentimeter Residuane auf die alte Winterdecke gefallen. Ohne die wohlthätige, robuste Tätigkeit des Fhns wäre manches Hochtal unbewohnbar und manche schöne Alp würde auch im Hochsommer nie schneefrei. Der Alpenbewohner betrachtet deshalb den wilden Gesellen nicht als seinen Feind und der Grndelwldner nennt ihn den „besten Doktor“.

Humor und Satire.

Die Blodfrucht.

Geht fällt die reife Frucht vom Baum, Erfüllt wird, was vor Jahrzehnten In ihrem deutschen Einzelstra Die Väter freudig schon ersehnten.

Und nach Jahrzehnten preiset dies Am heut'gen Tag noch der Gelehrte, Daß ein Föhn, der Nilow hoch, Das Reichsvereinsgesetz besetzte. Ihm dankt das Volk die große Tat, Daß jene trübe Zeit verschwand, Wo noch jedweder Einzelstaat Nach seinem Recht das Volk geschand. Jetzt darf, der Fortschritt ist enorm, Bewegt wird ihn der Deutsche spüren, Jetzt darf im Reich uniform Die Polizei und Schikanieren. Gewiß, die Frucht vom Einheitsbaum Ist angefaul und voller Waben, Doch dieser Fehler wird ihr kaum Nach liberalem Gusto schaden. Sie findet doch den Weg ins Maul, Es poht mal zum Geschmad der Leute Die Blodfrucht: ist doch oberfaul Die ganze Herrlichkeit von heute. Fridolin.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Schiller-Theater Charlottenburg ist für Sonntag nachmittag 3 Uhr eine Aufführung von Schillers „Jungfrau von Orleans“ angelegt. — Das Goethe-Theater in Lauchstädt, das wiederhergestellt wurde, soll am 12. Juni eingeweiht werden. — Was Zugusblumen kosten. Auf einer Orkideenauktion, die vor kurzem in London stattfand, wurden sehr hohe Preise für seltene Exemplare gezahlt. Die gewöhnlichen Orkideenarten sind freilich stark im Preise gesunken, aber für seltene Varietäten finden sich noch immer Liebhaber und die Preise für solche neuen Varietäten sind beständig im Steigen. Besonders hoch im Preise waren Cypripediumarten; so wurden für ein Cypripedium Germaine Opois, Varietät von Westfield, 5100 M. gezahlt; für ein C. Asson giganteum 4000 M. und für C. Francis Wellesley 2100 M. — Der Alkohol und die Lebensversicherungen. Die letzten Jahresberichte verschiedener englischer Lebensversicherungen zeigen immer deutlicher, welchen lebenserhaltenden Einfluß die Enthaltsamkeit von allen alkoholischen Getränken hat. So hatte die „Sceptro life association“ im vergangenen Jahre in der allgemeinen Abteilung (mhig Alkohol Genieende) auf Grund der genauesten Sterblichkeitsstabellen 142 Todesfälle erwartet, von denen 128, also 90,14 Proz., auch eingetreten waren. In der Abteilung der enthalten lebenden Versicherten wurden 125 Todesfälle erwartet, aber nur 58, also 46,40 Proz., waren erfolgt. In diese Abteilung waren 1007 405 neue Versicherte aufgenommen worden, von denen nicht weniger als 325 bereits seit der Geburt Abhängigen waren, die natürlich dazu beitragen, die Ergebnisse der Versicherungsgesellschaft immer günstiger zu gestalten.

2. ihr recht bald Mitteilung machen zu wollen über die Dauer der täglichen Arbeitszeit in den verschiedenen städtischen Betrieben.

Referent ist der Stadtd. Reittig (A. L.).
Ohne Debatte gelangen die Ausschuhträge zur Annahme. Die Fortsetzung der Speisung bedürftiger Schüler und der städtischen Kosten auch im Sommersemester bezweckt ein am 23. April berater Antrag Radner u. Gen. (Soz.). Der Antrag ist von dem schon im Dezember v. J. für den entsprechenden Antrag Arons niedergelegten Ausschuh vorbereiten worden. Auf Grund der vom Magistrat mitgeteilten Riffern hat die Mehrheit bis zu einem gewissen Grade auch für die Sommerpeisung ein Bedürfnis anerkannt. Die Ausschuhträge lauten dahin:
den Magistrat zu ersuchen,

1. die ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen zwecks Speisung bedürftiger Schulkinder für die Sommermonate 1908 zu ergreifen (für diesen Zweck sollen zunächst 15 000 M. aus dem Dispositionsfonds bewilligt werden);

2. den Stadtschulrat Dr. Fischer zwecks Kenntnisnahme der in Wien, München und anderen deutschen Städten für die Speisung bedürftiger Kinder bestehenden Einrichtungen zu einem Besuch dieser Städte zu veranlassen.

Stadtd. Borgmann (Soz.): Der Ausschuh hat den Ihnen vorliegenden Vorschlag einstimmig angenommen. Er war einhellig der Meinung, daß der Magistrat nicht richtig gehandelt hat, indem er die Speisung Ende März einstellte, obwohl ein großes Bedürfnis weiter bestand. Das von dem Magistrat uns unterbreitete Zahlenmaterial beweist das ja. Der Ausschuh durfte voraussetzen, daß der Magistrat, angeführt dieser Einkommensliste, sofort alle Hebel in Bewegung setzen werde, die unterbrochene Speisung wieder aufzunehmen. Alle Fraktionen haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Fortsetzung der Speisung notwendig ist, leider aber hat der Magistrat, wie man hört, sich der Tendenz des Ausschusses nicht angeschlossen; er will vielmehr erst die Ergebnisse der angeordneten Nachkontrolle durch die Organe der Armenverwaltung abwarten. Er scheint zu fürchten, daß die betreffenden Schulrektoren bei der Abgabe der Speisemarken zu wohlwollend verfahren sind; aber aus dem uns zugänglich gemachten Zahlenmaterial kann diese Befürchtung nicht abgeleitet werden. Mit Rücksicht auf den großen Notstand und darauf, daß man doch die Kinder nicht hungern auf der Schulbank sitzen lassen kann, sollten doch sofort die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Gewiß ist Vorsicht geboten, um das Pflichtgefühl der Eltern nicht etwa abzuschwächen; die Fälle, die hierher gehören, sind doch aber verhältnismäßig sehr gering an Zahl. Wir haben 228 000 Volksschulkinder; im Laufe des Winters sind im ganzen durch den Verein und mit Hilfe der Stadt 94 287 Portionen abgegeben worden. Davon müssen die gegen Entgelt abgegebenen Portionen abgezogen werden. Die auf Kosten des Magistrats gespeisten sind nur 2 Prozent der Gesamtzahl, und diese können die hier angeordnete Gefahr doch keineswegs darstellen. Zudem wird ja dieser Prozentsatz, infolge der Abnahme der Arbeitslosigkeit im Sommer, auch noch weiter heruntersinken, und damit fällt jene Befürchtung, daß das moralische Pflichtgefühl der Eltern ins Wanken gebracht werden könnte, noch mehr in sich zusammen.

Im Ausschuh selbst und auch früher im Plenum ist nun doch auch ausdrücklich betont worden, daß dieser Unterstützungsfonds mit der Armenverwaltung nicht in Verbindung gesetzt werden solle. Jetzt geschieht das zwar zu unserem lebhaftesten Bedauern doch. Jedenfalls sollte und der Magistrat schon heute sagen, welche Stellung er zu der Angelegenheit nehmen will. Darauf kann es doch nicht ankommen, daß in einem oder dem anderen Schultreise hier und da ein Kind die Unterstützung zu Unrecht erhalten hat.

Es ist festgestellt, daß 4388 Kinder weder mittags noch abends warm gespeist werden.

Ich hoffe, daß das Plenum heute den Ausschuh nicht im Stich lassen und daß der Magistrat unseren Wünschen nachkommen wird.

Stadtd. Gassel (A. L.): Es geht hier, daß auch im Sommer Kinder vorhanden sind, die der nötigen Speisung entbehren. Wie groß dieses Bedürfnis ist, kann ich aber nicht beurteilen; denn die bisherigen statistischen Materialien reichen dazu nicht aus; ich kann auch dem Magistrat nicht verargen, wenn er sich genauere Informationen verschafft und sehr auch in der Heranziehung der Organe der Armenverwaltung seinen Schaden. Es muß doch dagegen Stellung genommen werden, daß Eltern diese Einrichtung benutzen, ihre Kinder auf Kosten der Stadt speisen zu lassen, während sie dies sehr wohl aus eigener Kraft tun könnten. Nicht die Summe von 15 000 M. nicht aus, dann wird der Magistrat mit einer Nachbewilligung bei uns keine Schwierigkeiten haben. Wichtig ist, daß der Ausschuh einstimmig das Bedürfnis anerkennt und schnelle Maßnahmen seitens des Magistrats erwartet.

Der Ausschuhtrag gelangt darauf in seinen beiden Teilen zur Annahme.

Die Bedingungen der Vermietung eines Teils des städtischen Friedhofes an der Gerichtsstraße an den Verein für Feuerbestattung e. G. auf die Dauer von 50 Jahren zum Zweck der Errichtung eines Urnenhallengebäudes und eines Urnenhains hat der eingesezte Ausschuh noch weiter zugunsten des Vereins genehmigt. Statt 500 M. soll der jährliche Mietzins nur 100 M. betragen, und es soll für die Beisehung der Asche von einer feuerbeständigen Person nur eine Grundgebühr von 10 M. an die Stadt entrichtet werden. (Nach dem Entwurfe sollte diese Grundgebühr nach 2 Jahren abwärts zu zahlen sein; außerdem waren noch prozentuale Gebührentanteile zu dem von dem Verein pro Sichtenstelle erhobenen Tarif in dem Vertragsentwurf vorgesehen.)

Nach dem Referat des Stadtd. Radner (A. L.) werden die Ausschuhvorschläge en bloc ohne Diskussion angenommen.

Einem städtischen Steuererheber sind im Jahre 1899 circa 4700 M. Steuergelder durch Einbruch gestohlen worden. Von dem Betrage waren 2800 M. städtische Steuern. Da auf dem Rechenwege von dem Betreffenden nichts zu erlangen ist, soll jetzt der Defekt aus dem Dispositionsfonds gedeckt werden.

Stadtd. Ledewig beantragt, den Magistrat zu ersuchen, sofort eine Verfügung zu erlassen, wonach den Steuererhebern aufgegeben werden soll, jeden Nachmittag ihre Gelder einer ihnen zu beziehenden Bankstelle einzuliefern.

Der Magistratsantrag wird mit dem Antrag Ledewig angenommen.

Der Magistrat hat eine Revision der für die städtische Bauverwaltung bestehenden Instruktionen vorgenommen und legt die neuen „Geschäftsverordnungen der Hochbaudeputation und der Tiefbaudeputation“, die „Geschäftsverordnungen für die Vorsteher der Hochbauämter und Tiefbauämter“ sowie die „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ und die „Vielzahlbedingungen“ vor.

Stadtd. Stapf (A. L.) beantragt Ueberweisung der Geschäftsverordnungen an einen besonderen Ausschuh, wuß dagegen die „Bedingungen“ dem Ausschuh überweisen wissen, der seinerzeit für den Antrag Arons wegen Revision des Submissionswesens niedergelegt ist.

Stadtd. Spannsch (Soz.) hält es für gleichgültig, ob die Voten von dem schon bestehenden Ausschuh oder von einem neuen beraten werden, bittet aber, sie sämtlich einem und demselben Ausschuh zu überweisen, da sie untrennbar zusammengehören.

Stadtd. Herzberg (Fr. Fr.) vertritt dieselbe Auffassung und empfiehlt die Einsetzung eines neuen Ausschusses.

Stadtd. Stapf erklärt sich damit einverstanden, worauf nach dem Antrage Herzberg beschlossen wird.

Zum Empfang des 12. Internationalen Presse-Kongresses, der vom 20. bis 26. September in Berlin tagen wird, soll im Rathaus eine festliche Veranstaltung stattfinden, wofür 10 000 M. bewilligt werden.

Am 100. Geburtstag Friedrich Reuters, 7. November 1910, soll in seiner Vaterstadt Frivshagen ein Denkmal enthüllt werden. Die Stadt Berlin ist von dem Denkmalsausschuh um eine Spende angegangen worden; der Magistrat will 1000 M. stiften. Die Veranlassung stimmt dazu.

Die Stadtd. Reife u. Gen. (A. L. und Fr. Fr.) beantragen, den stenographischen Bericht über die geheime Sitzung vom 9. April (Terrananiauf in Heiligensee) nunmehr drucken und verkaufen zu lassen.

Stadtd. Dr. Wehl (Soz.): Wir sind selbstverständlich für den Antrag Reife, schon deswegen, weil wir damals den Ausschuh der Öffentlichkeit gar nicht für nötig gehalten haben. Die Veröffentlichung des stenographischen Berichtes hat aber nicht den mindesten Sinn, wenn es nicht gelingt, die Ausführungen des Stadtvorordneten Herzberg, die größtenteils nicht stenographisch aufgenommen worden sind, nach den Aufzeichnungen des Redners zu ergänzen und hinzuzufügen. Wir beantragen dies. Erst dadurch wird der Bucher, der von den Spekulantentrieben worden ist, ebenso wie die geschäftliche Unfähigkeit, die der Magistrat dabei entwickelte, in das richtige Licht gerückt. Wir haben ferner dem nächst eine Vorlage wegen Anlage eines Wasserwerkes in der Wuhlheide zu verabschieden. In jener geheimen Verhandlung ist im Einlaug mit unserer stets vertretenen Ueberzeugung festgelegt worden, daß wir durchweg das Oberflächengewässer durch Grundwasser ersetzen müssen und daß ausreichend und nach der geologischen Seite hin befriedigend nur im Osten Berlins, in der Wuhlheide und in Heiligensee, Grundwasser für Berlin erhöht werden kann. Auch in dieser Beziehung sind die Ausführungen des Kollegen Herzberg wie die des Oberbürgermeisters und des Stadtrats Maragrat so wichtig, daß diese Veröffentlichung erfolgen muß.

Der Vorsteher rügt den vom Redner mit Beziehung auf den Magistrat gebrauchten Ausdruck „geschäftliche Unfähigkeit“.

Auch Bürgermeister Dr. Reide legt namens des Magistrats dagegen Protest ein.

Stadtd. Dr. Wehl (Soz.): Es ist doch einem Ausschuh möglich gewesen, was dem Magistrat nicht möglich gewesen ist: die ungeheuerliche Forderung der Spekulantent nicht weniger als 800 000 M. herunterzubringen. Deshalb glaubte ich mir den Ausdruck gestatten zu dürfen, daß in dieser Frage der Magistrat keine besondere Geschäftlichkeit oder Gewandtheit bewährt habe. (Weiterlekt.)

Stadtd. Reife erklärt sich mit dem Unterantrag Wehl einverstanden.

Beide Anträge werden darauf angenommen.

Die Freie Fraktion (Stadtd. Lindau u. Gen.) haben schon früher (5. März) den Magistrat wegen der Spielautomaten interpelliert und Gegenmaßnahmen verlangt. Heute ist der Magistrat zur Beantwortung bereit.

Stadtd. Dr. Ritter (Fr. Fr.) führt in Vertretung des Interpellanten aus, daß in dem letzten Jahre die Spielautomaten wie die Wäse auf der Erde geschossen seien. Es kämen Sebel-, Schlag- und Schießautomaten in Frage. Man könne sie nur als Apparate für professionelles Glücksspiel ansehen, doch hätten die Gerichte zum Teil anders entschieden. Das Publikum der Automaten sehe sich aus Lehrlingen, Kaufjungen, Schülern und Fabrikmädchen zusammen, denen durch diesen Unfug die Groschen aus den Taschen gezogen würden.

Stadtd. Fischer legt dar, daß die Stadt als solche keine Möglichkeit des Einschreitens habe, weil die Polizei nicht in ihren Händen sei. Sie habe sich indessen an den Polizeipräsidenten mit einer Vorstellung gewandt und die Antwort erhalten, daß dieser völlig auf dem Boden der Interpellanten stehe, daß bezüglich der Sebelautomaten schon Strafanträge wegen verbotenen Glücksspiels gestellt seien, daß auch in bezug auf die Schlagautomaten ein Verfahren durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet sei, in welchem demnächst Termin anstehe. Eine allgemeine Maßregel habe noch nicht angeordnet werden können. Gehe es mit den Strafanträgen nicht, so bleibe nichts übrig, als an die Gesetzgebung mit Petitionen heranzutreten.

Ein Antrag des Stadtd. Ewald (Soz.) auf Besprechung wird nicht genügend unterstützt; der Gegenstand ist damit erledigt.

Schluß gegen 1/2 Uhr.

Hehler und Rechtsanwälte.

Gestern hing im Anwaltszimmer des Landgerichts Berlin I der Weisheit aus, den der Präsident des Landgerichts, Fabricius, auf die Beschwerde gegen die Landgerichtsrate Hehler und Kämpfe dem Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn erteilt hat. Das Schreiben lautet:

„Euer Hochwohlgeboren Darstellung der Vorgänge während der Verhandlung der Strafsache wider Fleischmann J. 7 1023 07 vom 29. April 1908 hat durch die von mir bereits am 2. Mai 1908 angestellten eingehenden Ermittlungen dahin ihre Bestätigung gefunden, daß der Landgerichtsrat Hehler auf Ihre bald nach Beginn der Verteidigungsrede gefallene Äußerung: „Die Kriminalpolizei liege in einem steten Kampfe mit den Hehlern“, zu dem neben ihm stehenden Landgerichtsrat Wölter leise geäußert hat: „und mit den Rechtsanwälten“, und daß später, nachdem Sie die Verteidigung niedergelegt hatten, der Landgerichtsrat Kämpfe die Äußerung getan hat, die ihrer Auffassung nach gelautet hat: „Das ist schön“.

Was zunächst die Äußerung des Landgerichtsrats Hehler betrifft, so hat dieser nach seiner dienstlichen Erklärung weder die Anwaltschaft im ganzen, noch Sie, Herr Rechtsanwalt, beleidigen, sondern lediglich der schon mehrfach und auch an jenem Tage gemachten Wahrnehmung, daß Beamte der Kriminalpolizei von Verteidigern scharf angegriffen werden, in vertraulicher, für die Öffentlichkeit schlechterdings nicht bestimmter Weise Ausdruck geben wollen. Es hat ihm, wie er versichert, durchaus ferngelegen, durch diese Äußerung das pflichtmäßige Verhalten irgendeines Verteidigers in Frage stellen oder gar das Auftreten von Rechtsanwälten als Verteidiger zu den Mitgliedschaften der Hehler in irgendeiner Beziehung bringen zu wollen. Ich habe keine Veranlassung, in diese Erklärung Zweifel zu setzen, vermag aber die Äußerung trotzdem durchaus nicht zu billigen, denn ich muß Ihnen darin beifügen, daß sie geeignet ist, in einem für die Rechtsanwaltschaft tränkenden Sinne verstanden zu werden. Der Landgerichtsrat Hehler hat dies auch anerkannt und gegenüber dem Vorstände der hiesigen Anwaltskammer sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen, die Äußerung getan zu haben.

Der Wortlaut der Äußerung des Landgerichtsrats Kämpfe hat sich nicht mit voller Sicherheit feststellen lassen. Die Ermittlungen haben aber ergeben, daß der Landgerichtsrat Kämpfe im unmittelbaren Anschuh an die Worte, die nach den Erklärungen der gehörten Auskunftspersonen auch gelautet haben können: „es ist schön“, oder „na schön“ zu dem neben ihm stehenden protokollierenden Referendar gesagt hat: „Protokollieren Sie das“, das heißt Ihre Erklärung, daß Sie die Verteidigung niedergelegt.

Nach diesem Zusammenhange hat der Landgerichtsrat Kämpfe Sie keineswegs beleidigen, insbesondere nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß er die Niederlegung der Verteidigung für erksichtlich halte. Er hat vielmehr, wie er auch selbst versichert, mit seinen Worten nur ausdrücken wollen, daß er die Erörterung der Sache als abgeschlossen ansehe. Trotzdem kann ich diese Äußerung nicht billigen, weil sie gleichfalls geeignet war, das in der Tat bei Ihnen entstandene Mißverständnis hervorzurufen.

Bei dieser Sachlage habe ich Veranlassung genommen, sowohl gegen den Landgerichtsrat Hehler als auch gegen den Landgerichtsrat Kämpfe wegen der erörterten Äußerungen im Dienstausschuhwege einzuschreiten.

Wenngleich die Auffassung nicht recht verständlich ist, daß die beiden Landgerichtsräte durch ihre Äußerungen weder die Anwaltschaft im allgemeinen noch den Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn haben beleidigen wollen, so ist doch die Mißbilligung und das weitere Vorgehen des Landgerichtspräsidenten eine erkennbare Abweichung von der sonst in Preußen recht stark vertretenen Meinung, Aus-

sprechungen der Bureaukratie zu beschönigen. Bereits bei der ersten Mitteilung des Vorfalls haben wir als das Signifikante des Auftretens der Richter hervor, daß die richterlichen Äußerungen die Auffassung des Berichtes über die Aufgabe der Richter wahrheitsgemäß widerspiegeln und deshalb trefflich illustrieren, weshalb es auch in unpolitischen Prozessen an Vertrauen zu der Fähigkeit gelehrter Richter mangeln muß. Dies Urteil trifft in verstärktem Maße zu, wenn, wie die Herren Kämpfe und Hehler, wie ja nach ihren Ausführungen anzunehmen ist, sich des ehrenkränkenden Charakters ihrer Äußerungen nicht bewußt waren. Der Widerwille gegen einen Schutz des Angeklagten ist eben manchem Richter so tief in Fleisch und Blut übergegangen, daß er sich gar nicht mehr dessen bewußt ist, wie stark ihm die Verurteilung, die Belastung des Angeklagten am Herzen liegt, und wie leicht für ihn die Entlastung, die Verteidigung der Rechte des auf der Anklagebank Sitzenden wiegt.

Der zehnte Verbandstag des Hafenarbeiterverbandes.

Hamburg, 14. Mai.

Vierter Verhandlungstag.

Es wird fortgesetzt in der Debatte über den Zusammenschuh aller im Transportgewerbe domizilierenden Organisationen.

Mehrere Redner bringen Beschwerden vor über Grenzverletzungen, die angeblich mit Zustimmung der leitenden Personen des Transportarbeiterverbandes geschehen seien.

Dr. Heber (Vertreter der Transportarbeiter) tritt diesen Ausführungen entgegen, betonend, daß es auch auf der Angebotsseite sehr getiffene Geschäftsführer gebe. Nach erfolgtem Zusammenschuh werde man sich schon vertragen und, wenn erforderlich, auch mal gegenseitig ausprechen. Die Hauptsache sei doch, daß das gemeinsame Ziel, der erfolgreiche Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, erreicht werde. Alle Redner erklären sich für den Zusammenschuh.

Zur Diskussion stehen diese Resolutionen:
Der zehnte Verbandstag erachtet es als im Interesse aller im Transportgewerbe domizilierenden Organisationen liegend, wenn der Zusammenschuh derselben zu einer Einheitsorganisation vollzogen wird. Die auf der Vorstandskonferenz vom September 1908 geschaffene Grundlage dürfte für den Zusammenschuh genügen.

Der Vorstand wird deshalb beauftragt, mit den Vorständen der in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten, die Bedingungen für den Zusammenschuh zu stipulieren und den Zusammenschuh unter Wahrung der Interessen unseres Berufes zu vollziehen.

Der Verbandstag erklärt: Der Inhalt der §§ 3 und 6 des Kartellvertrages ist nicht anders auszulegen, als es durch den Vorstand des Hafenarbeiterverbandes geschehen und von der Konferenz der Vorstände der kartellierten Verbände sanktioniert ist. Der Verbandstag erwartet von dem Vorstand des Transportarbeiterverbandes, daß er sich den Beschlüssen der Konferenz fügt und an seine Verbandsfunktionäre eine entsprechende Anweisung ergehen läßt, damit die mit soviel unangenehmen Erscheinungen verknüpften Grenzstreitigkeiten beseitigt werden.

Schumann, Vorsitzender des Transportarbeiterverbandes, weist die Grundlosigkeit der Befürchtung statistisch nach, daß durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Schlagfertigkeit der Organisations irgendwie gelähmt werden könnte. Im Gegenteil. Wenn man sich einigen wolle, dürfe man den in Betracht kommenden Kontrahenten nicht herunterziehen. Bei einigem guten Willen ließen sich die Differenzpunkte zur Zufriedenheit beider Kontrahenten leicht beseitigen.

Paul Müller, Vertreter des Seemannsverbandes, tritt für die Annahme der den Zusammenschuh behandelnden Resolution ein und polemisiert gegen die Auslegung des Kartellvertrages seitens Schumanns, weiter warnt er vor übertriebenen Hoffnungen hinsichtlich der Stochkraft der Einheitsorganisation.

Cohen, Vertreter der Generalcommission, führt aus, es wäre richtiger, bei diesen Fusionsverhandlungen die einigenden Momente hervorzuheben als die trennenden in den Vordergrund zu schieben.

Doering (Schlußwort) erwidert, es sei vorteilhafter, vorhandene Differenzen vor Schaffung der Einheitsorganisation auszutragen, zumal da es sich bezüglich des Kartellvertrages um Wahrung eines Rechtsstandpunktes handle. Verständigung müsse erzielt werden, deshalb fort mit Sophistereien! Ein Differenzpunkt werde nicht aus der Welt geschafft, wenn man ihn aus dem Wege gehe, wie das von seiten der Transportarbeiter geschehen sei. Bei lokaler Auslegung des Kartellvertrages brauche man nicht auf kritischem Boden zu agitieren.

Hamburg, 14. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Verbandstag hat den Antrag auf den Zusammenschuh aller im Transportgewerbe tätigen Organisationen einstimmig angenommen, ebenso den ersten Teil der Resolution bezüglich des Kartellvertrages.

Soziales.

Walдарbeitermangel und Löhne.

In dem „Fortwärtigen“ Centralblatt“ veröffentlicht der hiesige Reichs-Oberförster Sieber-Grübe einen Artikel „Walдарbeitermangel und Löhne“, in welcher er die Vorschläge unserer Agrarier zur Beschäftigung der Land- und Walдарbeiter einer abspredenden Kritik unterzieht. Nicht etwa die Vergünstigung usw. treibt die Landarbeiter in die Städte und in die Fabriken, sondern die elenden niedrigen Löhne, welche unsere Agrarier zahlen. Auch die Behauptung, daß die Land- und Forstwirtschaft nicht solche hohe Löhne als die Industrie zahlen können, läßt der Verfasser nicht gelten. Er sagt:

„Die Ansicht, daß die Forstwirtschaft nicht die Löhne zahlen könne wie die Industrie, ist durchaus nicht richtig. . . . Die Forstwirtschaft muß und kann ebenso hohe und selbst höhere Löhne zahlen als die Industrie. . . . weil die Holzpreise sich schon seit langer Zeit in steigender Richtung entwickeln und weil der größte Teil der gezahlten Löhne Erntekosten sind, deswegen sind sie auch durchaus rentabel. Der Forstwirt muß dafür sorgen, stets ausreichende Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Mangel an Arbeitern führt gewöhnlich zur Einschränkung der Zwischenverarbeitungs- und schädigt damit unmittelbar und mittelbar die Ertragskraft des Waldes. . . . Auch wo aber die Arbeiter einen auskömmlichen Verdienst haben, soll man sich nicht abhalten lassen, ihre finanzielle Lage zu verbessern. Denn man muß immer vorausbedenken dafür sorgen, daß niemals und die Verlegenheit erwacht, den Betrieb aus Mangel an Arbeitskräften auch nur teilweise ruhen lassen zu müssen.“

Der Verfasser führt dann weiter aus, daß man den Walдарbeiter als qualifizierten Arbeiter einschätzen muß, etwa wie einen gelehrten Zimmermann. Auch der Walдарbeiter einen nicht unbedeutenden Aufwand für Arbeitsgeräte selbst zu tragen.

Der Arbeitsdienst ist auch kein regelmäßiger, wie unsere Agrarier immer behaupten. Hierzu sagt Sieber:

„Der Walдарbeiter muß unter ungünstigen Umständen arbeiten, er muß bisweilen die Arbeit wegen ungünstigen Wetters unterbrechen.“

Von unseren Agrariern wird immer wieder behauptet, daß die Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft die gesündeste Beschäftigung sei. Auch dies läßt Herr Sieber nicht gelten:

„Die Arbeit ist anstrengend und erfordert einen kräftig gebauten und geschärften Körper. Es ist auch nicht richtig,

das sie sehr gesund ist, denn alte Waldarbeiter sind meistens in ihrer Gesundheit recht geschädigt. Besonders Berufsleiden sind Rheumatismus und Leistenbrüche, die nur in den seltensten Fällen als Unfälle entschädigt werden. Auch beweist die Unfallstatistik, daß die Waldarbeiter sehr vielen Unfällen ausgesetzt sind.

Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß die Forstwirtschaft eben höhere Löhne zahlen muß, dann werden die Klagen über Waldarbeitermangel aufhören. Ein weißer Nadel!

Schadenersatz für Schäden durch eine Dynamitexplosion.

Auf dem Rechenplatz der Rehe „Gneisenau“ der Garpener Bergbau-Aktiengesellschaft in Dortmund erfolgte am 11. Dezember 1902 eine gewaltige Explosion von Dynamit. Letzteres war dorthin gefahren worden, um im Wagen der Grube umgeladen zu werden. Die Ursache der Explosion soll nach dem Gutachten des vernommenen Sachverständigen auf den gestörten Zustand des Dynamits, sowie nach einer Befundung eines Zeugen auf die Unvorsichtigkeit der Arbeiter, welche die Dynamitlasten häufig in den Förderwagen hineingesetzt haben, zurückzuführen sein. Durch die Explosion wurden zwei Häuser der Witwe B. in Kirchderne beschädigt. Die Eigentümerin klagte deshalb gegen die Garpener Bergbau-Aktiengesellschaft auf Schadloshaltung. Während das Landgericht Dortmund die Klage abgewiesen hatte, erkannte das Oberlandesgericht Hamm auf die Verurteilung der Klägerin ihren Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt an. In der Begründung hierzu wird ausgeführt, daß der Schadenersatzanspruch der Klägerin allerdings nicht auf die §§ 906, 1004 B. G. B. gestützt werden könne, da einmalige vorübergehende Einwirkungen auf das Eigentum eines anderen als Störungen im Sinne dieser Gesetzesstellen nicht anzusehen seien. In Frage könnte nur der Rechtsgrund der unerlaubten Handlung (§§ 823, 824 B. G. B.) kommen. Die Verwendung von Dynamit an sich könne der Beklagten freilich nicht zum Vorwurf gemacht werden. Auch die Fortschaffung des Dynamits in gestörtem Zustande enthalte kein Verschulden. Wer aber Stoffe von solcher Gefährlichkeit gebrauche oder gebrauchte müsse, habe auch das möglichste zur Beseitigung der entstehenden Gefahr zu tun. Dieser Pflicht sei nun die Beklagte nicht nachgekommen. Zwar stehe nicht fest, daß sie entgegen einer Polizeiverordnung ungesperrte Wagen zur Beförderung des Dynamits verwendet habe. Es hätte der Beklagten aber nicht verborgen sein können, daß das gestörte Dynamit von besonderer Explosionskraft sei und hätte sie deshalb Anordnungen treffen müssen, um die großen Gefahren des Verladens solchen Dynamits zu beseitigen, wie sie etwa das Verladen durch einen höheren Beamten hätte lassen müssen. Das habe sie verabsäumt und habe dadurch § 823 Abs. 1 B. G. B. verletzt. Weiter führt das Oberlandesgericht aus, daß der Unfall durch den Stoß oder Fall einer Dynamitlast bei der Umladung durch Arbeiter erfolgt sei, daß also der Fall oder Stoß auf Angestellte der Beklagten zurückzuführen sei (§ 831 B. G. B.). Die Beklagte hätte deshalb den Beweis erbringen müssen, daß sie bei der Auswahl dieser Verladungsangestellten die nach dem Gesetz geforderte Sorgfalt beobachtet habe. Das sei jedoch nicht geschehen. Die verwendeten Arbeiter seien bisher nur als Maurer und Handlanger beschäftigt gewesen und hätten keine Vorstellung von der Gefährlichkeit ihrer Arbeit gehabt. Auch hätte der als Aufsicher verwendete Vergewaltigte M. als untergeordneter Beamter, der das Abladen leitete, nicht die Auswahl der Arbeiter treffen dürfen. Nach der Polizeiverordnung vom 12. Januar 1895 habe der Betriebsführer selbst die Auswahl von zuverlässigen Leuten bei der Verladung von Sprengstoffen zu treffen. Es habe deshalb die Beklagte gemäß der §§ 831/823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Gegen diesen Urteil hatte die beklagte Bergbau-Aktiengesellschaft Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der VI. Zivilsenat bestätigte jedoch das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm unter Zurückverweisung der von der Beklagten eingelegten Revision.

Wohnungsbedarf und Wohnungswucher in München.

In München ist ein starker Mangel an kleinen Wohnungen eingetreten. Die Bezirkspolizeikommissare, besonders an der Peripherie, haben am Ersten jeden Monats eine Reihe von Parteien aufzuweisen, die bisher ihren Mietzins stets pünktlich bezahlten, aber mit dem besten Willen eine Wohnung nicht aufstreifen konnten. Dichtem Umstand bedingten die Hausagrarier dazu, um die Mieten der Arbeiterwohnungen erheblich zu steigern. Steigerungen der Miete um 5 bis 7 Mark monatlich für Wohnungen von 1—2 Zimmern und Küche sind fast die Regel. Durch eine auf Verreiben unserer Genossen im Rathhaus durchgeführte Wohnungsenquete wurde festgestellt, daß in „Wohnungen“ zwei Familien hausen; die „Räume“ sind nur durch einen Vorhang abgeteilt; außerdem wurden Fälle bekannt, wo sich sogar Prostituierte in den Räumen von Familien bei heranwachsenden Kindern aufhalten. Derartige Zustände wurden amtlich erhoben. Trotzdem haben Staat und Gemeinde nichts getan, um diesen traffen Zuständen zu steuern. Regierung und Stadtgemeinde haben mit verächtlichen Armen zu, wie die Terrainspekulanten in und um München alles aufkaufen. Zurzeit kampieren Familien in Speicher- und Kelleräumen, in Werkstätten und Waschküfern. Dies ist besonders im Westend der Fall, wo die Hausagrarier in Rücksicht auf die Ausstellung, die kommenden Sonnabend eröffnet wird, die kleinen Wohnungen herausreißen und größere Wohnungen für „bessere Herrschaften“ errichten, für die wahre Wunderpreise verlangt werden. Eine liberale starkbesetzte Mieterversammlung im Münchener Künstlerverein sagte nach einem Referat des Landtagsabgeordneten und Magistratsrates Genossen Eduard Schmid einstimmig eine Resolution, in der gegen die weitere Ausbeutung der Mieter gefordert wird: Erlaß eines einschneidenden Wohnungsgesetzes, Erweiterung des Expropriationsrechtes für Zwecke der öffentlichen Wohlfahrt und einer zeitgemäßen, gesetzlich geregelten Wohnungspflege. Als Träger und kraftvolle finanzielle Förderer der letzteren Maßnahmen im Sinne des sozialdemokratischen Gemeindefortschritts können in erster Linie nur Staat und Gemeinde in Frage kommen. Beiden Stellen obliegt die erste Pflicht, billige und gesunde Wohnungen für die Minderbemittelten zu schaffen und für geeignete Verkehrseinrichtungen zu den Wohnquartieren Sorge zu tragen. Die Versammlung erwartet von der Volksvertretung, der Staatsregierung und der Stadtverwaltung rasche und ausgiebige Berücksichtigung dieser Wünsche.

Aus einem „freisinnig“ verwalteten Krankenhaus.

Aus dem städtischen Krankenhaus der „Liberal“ verwalteten Stadt Hof kommen Mittheilungen zur Kenntnis der Öffentlichkeit, die vielfach peinlichstes Aufsehen erregen. Innerhalb vier Wochen begingen zwei zur Beobachtung ihres Geisteszustandes eingelieferte Personen Selbstmord. Vor einiger Zeit wurde die verkaufte Leiche eines neugeborenen Kindes in einem Wäschekorb des Krankenhauses gefunden, ohne daß es gelang, die Herkunft dieses unheimlichen Fundes aufzuklären. Die beiden Selbstmorde der letzten Tage zwangen aber doch den Magistrat, in öffentlicher Sitzung zu der Betriebsweise des Krankenhauses Stellung zu nehmen. Und wahrlich, ungläubliche Zustände kamen dabei zur öffentlichen Kenntnis. Das Krankenhaus hat nur zwei sogenannte „Lobgesellen“, die bis zum Transport nach der Kreis-Heilanstalt Wahrenth als vorübergehender Aufenthaltsort für gemeingefährliche Geisteskranken bestimmt sind. Diese Bestimmung ist aber längst bloße Farsen. Es sind regelmäßig vier bis fünf Geisteskranker viele Wochen lang im Krankenhause stationiert. Da nun, wie schon bemerkt, nur zwei geeignete Räume für sie einen Kranken vorhanden sind, so werden die übrigen ungläublichen in mitten den allgemeinen Krankensälen untergebracht! Dabei ist das Aufsichtspersonal völlig ungenügend. In Frage kommen nur drei Personen: ein Pfleger, ein Krankenwärter und

die Oberkassiererin. So sind die Geisteskranken völlig sich selbst überlassen. Ganz abgesehen von der Gefahr, der dabei die anderen Kranken durch diese unheimlichen Nachbarn ausgesetzt sind, sind die Folgen leicht vorauszu sehen: Es herrscht eine wahre Seelsturmepidemie. Vor einigen Tagen sprang eine dieser unbrauchbarsten Unglücklichen aus dem Fenster und blieb zerstampelt liegen. Kurz vorher hatte sich ein geisteskranker Mann durch Aufschneiden der Pulsader getötet. Die beiden angestellten Verzehe fordern auf's entschiedenste Remedur, die Oberkassiererin will eine Verantwortung nicht weiter übernehmen und drängt nach Ablösung. Jetzt müssen die erschrockenen liberalen Stadtväter Entrüstung über diese Zustände und schreien mit großem Pathos nach Remedur. Sie werden damit niemand imponieren, denn es ist Tatsache, daß sie seit Jahren unterrichtet waren und in geradezu sträflicher Untätigkeit den Dingen ihren Lauf ließen. Und wozu haben sie sich aufgeschwungen? Sie wollen nun mit der Kreisheilanstalt Wahrenth zwecks sofortiger Uebernahme ihrer Geisteskranken in Unterhandlung treten.

Das ist alles! Sollte das Dunkel, das über der Perksunft der Kinderleiche im Wäschekorb des von freisinnigen Stadtvätern geleiteten Krankenhauses schwebt, sich durch die Staatsanwaltschaft nicht heben lassen?

Gastung für Unterschlagung seitens des Unterakfordanten.

Eine interessante Entscheidung fällt dieser Tage das Gewerbegericht in Rürnberg. Ein Längermeister hatte eine größere Arbeit einem Unterakfordanten, einem Italiener, übertragen, der auch die Arbeitslöhne auszahlen sollte. Eines Tages brannte der Unterakfordant mit den Lohngeldern durch. Die Arbeiter klagten nun gegen den Längermeister auf Zahlung des nicht erhaltenen Lohnes. Der Meister weigerte sich, weil er einerseits den Lohn bereits bezahlt habe, und andererseits, weil nicht er, sondern der Unterakfordant der „Arbeitgeber“ im Sinne des Gesetzes sei. Das Gericht beurteilte den Längermeister jedoch zur nochmaligen Zahlung der Löhne, und zwar mit folgender Begründung: Es mag ja richtig sein, daß der Meister dem Unterakfordanten die Arbeiten übertragen habe. Daran brauchen sich die Arbeiter aber nicht zu halten, denn nach dem vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifverträge gibt es für die Arbeiter die Institution der Unterakfordanten nicht mehr, deren Abschaffung im Tarif ausdrücklich niedergelegt ist. — Der Tarifbruch kostet dem Meister einige hundert Mark. Aber wenn auch ohne Tarifvertrag nach dem Gesetze in solchem Falle der Unternehmer zu zahlen hat, so neigt sich leider die Praxis auch an Gewerbegerichten infolge der irigen Rechtsprechung Berliner Gewerbegerichtskammern einer gegenteiligen Auffassung zu.

Hus Industrie und Handel.

Eine Handelskammer gegen Kohlenwucher.

In ihrem letzten Jahresbericht äußert sich die Handelskammer in Rürnberg über die Preispolitik des Niederrheinischen Kohlenhandels folgendermaßen:

Die Verteuerung und Knappheit von Kohle und Holz wie die Preissteigerung vieler Rohmaterialien und Halbfabrikate sind als weitere Ursachen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage anzusehen. Recht drückend sichtbar machte sich in unserem Bezirke das Wirken des Niederrheinischen Kohlenhandels und zwar bei allen industriellen Betrieben, welche durch ihre geographische Lage auf den Bezug von Waldenburger Kohle angewiesen sind. Da fast jede freie Konkurrenz ausgeschaltet ist, haben die Preise für kleine Sortimente eine Höhe erreicht, daß die Waldenburger Industriekohle, an Ort und Stelle geliefert, sich fast so hoch stellt wie ober-schlesische Kohle, obwohl die Fracht von dorthin etwa doppelt so hoch ist. Vielfach ist auch über die schlechte Beschaffenheit der gelieferten Industriekohle berechtigter Klage geführt worden. Dies ist ein Mibstand, der dringend Abhilfe erheischt. Alle Vorteile, welche sich der Industrie durch Kupfarmachung technischer Erzeugnisse unter großen Opfern zu verschaffen sucht, werden durch die mit gewohnter Regelmäßigkeit einsetzenden Kohlenpreiserhöhungen vollständig illusorisch gemacht.

Die Handelskammer befindet eine merkwürdige Auffassung. Sie scheint der Ansicht zu sein, die Syndikate mühten, weil sie unter der Devise „Schutz der nationalen Arbeit“ segeln, auch wirklich eine den Allgemeininteressen dienende Geschäftspraxis betreiben. Das ist ein Irrtum! Das Ausschlagbild dient nur als Dekoration für die räuberische, durch die Praxis der Regierung wirksam unterstützte Ausplünderung der Konsumenten zugunsten einiger Kohlenbarone.

Submissionsblüte.

Der Magistrat von Spandau hatte zum 11. Mai eine Submission auf Lieferung von Eisenbahnschienen für das Anschlußgleis der Hafenbahn ausgeschrieben. Das niedrigste Angebot auf neues Material gab mit 13 145 M. die Vereinigte Königs- und Laurahütte ab. Das vom Stahlwerksverband Düsseldorf abgegebene Angebot lautete auf 24 507,43 M. Insgesamt wurden 14 Angebote abgegeben. Die Artur Koppel-Aktiengesellschaft war mit 60 205,60 M. die Höchstfordernde.

Elektrizität im Staatseisenbahnbetriebe.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Vereins für die bergbauischen Interessen des Oberbergamtsbezirks Dortmund für 1907 enthält folgende Mittheilung: Die Einrichtung von elektrischen Staatseisenbahnbetrieben im hiesigen Bezirke hat im Berichtsjahre festere Form angenommen, so daß voraussichtlich schon das Jahr 1908 eine Verwirklichung dieses Planes bringen wird. Das Projekt ist auf einen ministeriellen Erlaß zurückzuführen, nach welchem die Eisenbahndirektionen überall dort mit der Einrichtung von elektrischen Betrieben vorgehen sollen, wo elektrischer Strom so billig zur Verfügung steht, daß eine Hebung der Rentabilität bei zum mindesten gleicher Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes zu erwarten steht. Für den elektrischen Betrieb ist von der königl. Eisenbahndirektion zu Offen zunächst die Strecke Osterfeld-Heizen-Gattungen und zwar einstufigen nur für den Personenverkehr, in Aussicht genommen worden. Dergleichen ist auch das Projekt einer elektrischen Vollbahn durch die Eifel, welche den Verkehrsverhältnisse zwischen dem Ruhrgebiet und dem Saarrevier und Vorbringen vermitteln soll, aufgetaucht. Wegen der verhältnismäßig großen Schwierigkeiten und Kosten hat man diesen Plan aber bisher noch nicht verfolgt; vermuthlich sollen erst die Erfahrungen auf der vorerwähnten Strecke Osterfeld-Heizen-Gattungen abgewartet werden. Sollte die Eisenbahnverwaltung Erfolg mit der Einführung elektrischer Kraft im Bahnbetriebe haben, so wäre ihrer weiteren Kupfarmachung auch für den Güterverkehr namentlich in den Rangierbahnhöfen im Interesse einer besseren Ausnutzung der Betriebsmittel mit unüthlicher Beschleunigung näher zu treten.

Die amerikanische Wirtschaftskrise.

Die Statistik von 36 amerikanischen und kanadischen Wagenbauanstalten weist nach einer Zusammenstellung im Organ des Vereins deutscher Ingenieure folgende Produktionsziffern auf: Es wurden erzeugt:

Jahr	Wagen für Fracht und Personen	Locomotiven
1900	117 267	3153
1901	139 005	3384
1902	164 547	4070
1903	155 203	3153
1904	62 950	3441
1905	168 008	5491
1906	243 670	6962
1907	289 645	7862

Diese Zahlen geben nur die Durchschnittsziffern für das ganze Jahr an. In Wirklichkeit ist der Sturz nicht erst im Jahre 1904 eingetreten, sondern hat schon Ende 1903 eingelegt. Ebenso verhält es

sich mit den Ziffern für das Jahr 1907; hier hat sich die Krisis schon im Herbst 1907 durch starkes Abflauen bemerkbar gemacht, wenn auch statistisch erst der Niedergang für das Jahr 1908 sich ausdrückt. Immerhin zeigt die Tabelle ein regelmäßiges Aufsteigen und ein plötzliches Abfallen. Die obige Zahlenreihe 1905—07 wird für 1908 das ähnliche Resultat ergeben, wie es für 1900—1903/04 gewesen ist.

In einem anderen Beispiel wird ebenfalls die jetzige Wirtschaftskrise erkennbar.

Für die Ueberwachung des Kupfervollens des Wagenparkes der Bahngesellschaften hatte sich ein ständiger Ausschuß, die American Railway Association, gebildet. Im Juli 1907 mußte der Ausschuß zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten, um den plöthlich fehlbaren Wagenmangel der von ihr vertretenen Bahnen entgegen zu wirken. Für jeden Tag, den der Wagen sich auf dem Bahnhöfen fremder Bahnen befand, wurde deshalb eine Wagenvergütung festgelegt. Der Ausfall der Fracht infolge der wirtschaftlichen Krise erfolgte dann aber so schnell, daß sich folgende Tabelle ergab:

Zeitpunkt	berlangt	Wagen leer
30. Oktober 1907	90 000	—
13. November 1907	57 000	12 000
27. November 1907	18 000	40 000
24. Dezember 1907	4 500	110 000
8. Januar 1908	—	341 000
22. Januar 1908	—	339 053

Während am 30. Oktober 1907 noch 90 000 Wagen verlangt wurden, waren schon am 22. Januar 1908 rund 330 000 Wagen als beschäftigungslos vorhanden.

Einen Grabmesser der Geschäftslage der elektrischen Industrie bildet u. a. der Stand des Kupfermarktes. Während des Jahres 1907 verbrauchten die drei bedeutendsten amerikanischen Elektrizitätsfirmen etwa 84 000 Tonnen Kupfer bei einem Warenumsatz im Wert von 153 Millionen Dollar gegen 70 000 Tonnen Kupferverbrauch und 162,5 Millionen Dollar Warenumsatz im Jahre 1906. Der jetzigen Geschäftslage würde jedoch ein ungefährender Kupferverbrauch von nur etwa 38 400 Tonnen Kupfer entsprechen, was bei anhaltender Geschäftskrise einem Ausfall von etwa 43 Proz. gleichläme.

Der Kapitalismus ist international. Die Krisis in ihren mannigfachen Erscheinungsformen, wie sie sich drüben in Amerika abspielt, hat auch ihre nachhaltigen Wirkungen auf das europäische Festland und nicht zuletzt auf Deutschland.

Verfammlungen.

Die Generalversammlung der Freien Volkshöhe für das zweite Winterquartal fand im Generalkonferenzsaal. Kurt Eisner, das frühere Ausschußmitglied, hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Kunst im Leben Freuen“. Den Geschäftsbericht erstattete der Vereinsvorsitzende Konrad Schmidt. Im Berliner Theater wurden Konrad „Der Arzt seiner Ehre“, Katerlindas „Das Wunder des heiligen Antonius“ und in besonders guter Aufführung „Der ledige Hoi“ von Anzenberger gespielt. Im Neuen Schauspielhaus folgt auf die Vorstellung von Henri Bernheims interessantem Charakterstudium „Die Straße“ als Abschluß der Saison Jordans Lustspiel „Durchs Ohr“ und Mirbeaus ägende Satire „Der Dieb“. Der Besuch der Abendserien, in denen zuletzt die beiden Mozartopern „Hochzeit des Figaro“ und „Entführung aus dem Serail“ und von Dramen Fuldas „Robinson“ und Halbes „Mutter Erde“ gegeben wurden, hat sich gegen das erste Quartal gehoben. — Herr Winkler gab die Uebersicht über die finanziellen Verhältnisse. Die Gesamteinnahmen des Vereins vom 1. Januar bis 31. März belaufen sich auf 50 543 M., die Ausgaben auf 47 927 M., der Bestand am 1. April auf 2616 M. Auf Antrag des Revisors Jonas erteilt die Versammlung dem Kassierer Deharge. — In der Diskussion macht Markus Einwendungen gegen die Wahl des „Heiligen Antonius“ zur Aufführung. Auch sei die Goethefeier „Iphigenie“ vielen Mitgliedern nicht recht verständlich gewesen. Die Einrichtung der Abendvorstellungen habe man in überstürzter Weise vorgenommen; es empfehle sich, die Zahl der vier Abendserien in der nächsten Saison auf zwei herabzusetzen. — Herr Kahler führt einen Fall an, wo Mitglieder in die abendliche Opernvorstellung wegen durch Gastkarten verursachter Ueberfüllung keinen Einlaß gefunden hätten. Gleichzeitiger befürwortet er, daß die Zutrittskommenden, um Störung zu vermeiden, während des Spiels nicht mehr ihre Sitze sollen aufsuchen dürfen. — Deharge, der Versammlungsleiter, verspricht, daß dieser Anrede noch pünktlicher wie früher Folge geleistet werden solle. — Winkler erörtert die Verhältnisse, die jene unbefriedigbaren Uebelstände, von denen Kahler gesprochen, verursacht hätten. Es wird Vorfrage getroffen werden, eine Wiederholung derselben unmöglich zu machen. Nach Beantwortung einiger weiteren Anfragen wurde die Versammlung bald nach 11 Uhr geschlossen.

Die Arbeiter-Bildungsschule Berlin konnte ihre letzte Generalversammlung nicht wie üblich vor Beginn des Quartalsunterrichts stattfinden lassen, da sie diesen, des späten Osterfestes wegen, gleich im Anschluß an den des 1. Quartals beginnen lassen mußte. Nach dem von Genossen Weidner gegebenen Vorstandsbericht wurden neben den Unterrichtskursen im 1. Quartal drei Vorstandssitzungen und drei Sonntagsvorlesungen abgehalten. An künstlerischen Veranstaltungen sind das Stiftungsfest und ein Schumannabend zu verzeichnen. Die höchste Teilnehmerzahl an den Unterrichtskursen hatte auch dieses Mal mit 254 ein geschriebenen Schülern der Kursus in Nationalökonomie. Zu dem gleichen Kursus in Tempelhof hatten sich nur 53 Teilnehmer eingefunden. Eines guten Besuchs erfreute sich auch der Kursus in Redeübungen mit 173 Schülern. Naturkenntnis hatte 161, Gesetzkunde 89 Personen. Von den Geschäftskursen hatte der Berliner 97, der Steglitzer 65 Schüler aufzuweisen. Der Kursus in Literaturgeschichte war von nur 38 Schülern besucht und wird dieser, gleich dem Kursus in Nationalökonomie, in Tempelhof im laufenden Winterjahre nicht weiter abgehalten. Im 1. Quartal hatte die Schule 1335 Mitglieder, darunter 93 Damen. Von diesen beteiligten sich an fünf Kursen zwei, an vier Kursen sechs, an drei Kursen einundzwanzig, an zwei Kursen zweiundzwanzig. Nur einen Kursus besuchten 620 Mitglieder. Aus dem Kassierbericht ist zu entnehmen, daß die Schule in den Monaten Januar—März eine Einnahme von 1940,90 M. und eine Ausgabe von 2969,94 M. hatte. Am 1. April betrug der Kassenbestand 2376,65 M. Die Bibliothek war an 60 Abenden geöffnet und es wurden 1072 Bücher ausgeliehen. Der Bücherbestand beträgt zurzeit 1830 Bände. Es ist zu bedauern, daß von 10 Lesern die Bücher, trotz wiederholter Mahnung, nicht zurückgebracht wurden, sondern aus den Wohnungen der Entleihenden abgeholt werden mußten. Den Bibliothekaren wie dem Kassierer wurde Deharge erteilt. Für die statutenmäßig ausstehenden Revisoren wurden Haumerßen wieder- und Schöber neugewählt. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag Markus „vor jeder Generalversammlung einen Vortrag stattfinden zu lassen“ abgelehnt. Sodann erfolgte Schluß der nicht gerade gut besuchten Versammlung.

Eine Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter fand am Donnerstagnachmittag im Fieders großen Saal, Kappensstraße, statt. Eugen Brückner hielt einen Vortrag über das Thema: „Hat die Arbeiterklasse im heutigen Staate Gleichberechtigung?“ Der Redner fand mit seinen Ausführungen über die großen Ungerechtigkeiten, unter denen die Arbeiter im heutigen Staate leiden müssen, den lebhaftesten Beifall der gulebesuchten Versammlung. In der Diskussion verglich ein Redner die Arbeitslosigkeit der reichen Müßiggänger mit den Zuständen, unter denen die armen Arbeiter leiden, die auf der Suche nach Arbeit verzweifeln. Ein anderer Redner forderte zu einer eifrigen Agitation zu den Landtagswahlen auf, um Vertreter der Arbeiter im Landparlament zu haben. Die Diskussion wurde bald geschlossen und verschiedens Bandenangesessenen kamen darauf zur Erörterung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 15. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.

Königl. Schauspielhaus. Der geschiedene Krug. Die Dienstboten. Anfang 8 Uhr.

Berliner Hofoper. Neues. Ramon, der Abenteurer. Deutsches. Die Räuber. Kammerstücke. Frühlings Erwachen.

Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.

Kleines. 2 mal 2 = 5.
Romantische Oper. Die Landknecht. Der Floh im Ohr. Leistung. John Gabriel Borkman. Heibel. Vom Tode. Die Stärkere. Mit dem Feuer spielen. Lustspielhaus. Sein Mißli. Der Brandstifter.

Schiller u. (Wallner-Theater.) Ohne Geläut.

Schiller Charlottenburg. Hans Hucklebein.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Des Pastors Rieke. Thalia. Die Brunnensymphie. Weisen. Ein Halbtier.

Neues Operetten-Theater. Der Mann mit den drei Frauen. Luken. Kutter Erde. Trianon. Seine erste Frau. Bernhard Hoie. Die Lorelei. Metropoli. Das muß man seh'n. Apollo. Die süßen Grisetten. Spezialitäten.

Kleines. Der Brandstifter. Wintergarten. Spezialitäten. Vauvau. Spezialitäten Dr. Rüdte. Gustav Behrens. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Theater an der Spree. Der Comboh.

Sollis Bergere. Spezialitäten. Blane d'Or.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Sollis Caprice. Variations Nr. 69. Das ruhige Heim.

Urania. Tanzcafé 18/49. Abends 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden. Steruante. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Kopfenraths Erben.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:

Ramon, der Abenteurer
Sonnabend und Sonntag: Die Hemser.
Montag: Der Dieb.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Vater und Sohn. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Frei ist der Dursch.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der geschiedene Krug. Siegfrieds Tod.
Abends 8 Uhr: Frei ist der Dursch.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Luftschiffbrücke.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:

Der Floh im Ohr.
Schwanke in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf Jacoby.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: Der Brandstifter.
Vorher: Sein Mißli.

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Geschlossene

Vereins-Vorstellung der Freien Volkshöhne.
Sonnabend: Der Weg ins Verderben.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Am Hause der Umbe. Abends 8 Uhr: Der Weg ins Verderben.
Montag: Der Weg ins Verderben.

Sanssouci, Kaffeehaus
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Norddeutsche Sänger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5. wochentl. 8 U.

Residenz-Theater.
Abends 8 Uhr:
Geschlossene

Responsible Editor: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Ohne Geläut.
Schauspiel in drei Aufzügen von Hedor v. Hobelitz.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hans Hucklebein.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Traumulus.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

ZOOLOGISCHER ZARTEN
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Hebbel-Theater. Königgräßer
Str. 57/58.
Abends 8 Uhr: **Vorm Tode.**
Die Stärkere.
Mit dem Feuer spielen.
Drei Einakter von August Strindberg.

Theater an der Spree.
Köpenicker Straße 68.
Täglich 8 Uhr:

Der Cowboy.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Lorelei.

Metropol-Theater
Zum 257. Male:
Das muß man seh'n.
Neue in 12 Bildern m. Ges. u. Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Bierfelder Erfolg!
Ballett:
Die Töchter der Terpsichore.
Spezialitäten:
Franz Rühlig. X. Grotto Gailus.
Karl Bretschneider. X. D'Osta-Trio.
Enrico Caruso durch das Mikrophon
d. deutschen Grammophon-Gesellschaft.
Operette:
Die süßen Grisetten.
Von H. Reinhardt.
In Szene gef. vom Dir. Rudolf Selter.
Pantomime:
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel-Tangel.
ausgeführt von Bert. Bernards.
Original-Pantomimen-Kompagnie.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Otto Reutter.

Orford's Elephanten.
Palace Girls. Englische Gesangs- und Tanztruppe.
Niards. Akrobaten.
Hagedorns Wundergrotte.
Lilli Schreiber, Soubrette.
Ferry Corwey. Musik. Clown.
Guyer und Crispi. Amerikanische Excentrics.
Perezoff-Truppe. Jongleure.
Toquid. der Hund als Reiter, Equilibrist und Jongleur.
Tambo and Tambo. Banjo-Jongleure.
Biograph.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das größte Phänomen aller Zeiten!
Dr. Rückle
Das Tagesgespräch Berlins!

Kasino-Theater.
Lohreinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Der urförmliche Mätker und das erstklassige Mai-Programm.
Der **Brandstifter.**
Drama von H. Heijmans jr.
Sonntag 4 Uhr: Ein Dorfroman.

Passage-Panoptikum.
Zum ersten Male in Berlin!
Die lange Dora
Das größte Riesenschild
Gesamtlänge 2 Meter 19.
:: Kunsttaucher ::
Kapit. Gröbl. **Riesensassin.**
in seinem
Neapolitanische-Brigant-Kapelle.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Sonnabend: **Extra-Vorstellung.**
Führe uns nicht in Versuchung
Großes Schauspiel in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19, 20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
Die neuen großartigen
Mai-Spezialitäten.
Amüsantes Programm.
Im Tunnel: Konzerte.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Konzert - Theater - und Spezialitäten-Vorstellung
Gustav Schappel — Hedwig Ooring
Julius Wilms, Bros Dorsan, Robin Trio.
Fidele Lumpen.
Bosse mit Ges. in 3 Akten v. Reiffingen.

Brunnen-Theater
Sadtstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Freitag, den 15. Mai 1908:
Das Leben ein Traum.
Vorderlauf vorm. 10—12 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Variete-Sterne.
Burleske von Weysel.
Anfang
Sonnabends
8 Uhr.
Anfang
Sonntags
7 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Des großen Erfolges wegen prolongiert
Die schöne Wih. Belverde mit ihren
dressierten Varen.
Neu! **Unsere Marine.** Neu!
Lebensbild mit Gesang und Tanz.
Neu! Graf Zappolin mit seinem leib-
baren Luftballon Nobel 1906.
Außerdem Dustes Vitrograph und
20 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Jenensia-Räder! Mod. I.
10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
2428L*
Phänomen-Räder!
Groskurth's Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Kastanienwäldchen Schönholz
2 Min. v. Bahnh. Schön-
holz. Umbauarbeiten der
Linien 56 und 37.
Herrmann Ramlow.
Neben Sonntag: **Garten-Konzert** bei freiem Eintritt.
Großer schattiger Garten. Zwei neue verdeckte Regalbahnen. Kaffeehäuschen.
Im Partell-Spiegel-Saal **Großer Ball** bei hartbelegtem
von 4 Uhr.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine
Votabilität, Saal mit Theaterbühne zu Sommerfestlichkeiten.

6. Wahlkreis.
Sonntag, den 17. Mai 1908, abends 6 Uhr:
2 öffentliche Versammlungen Männer u. Frauen
bei Bernhard Raabe, Kolberger Straße 23 und bei Fritz Wilske, Brunnenstraße 188.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Die Frauen und das Wahlrecht. 2. Diskussion.
Referenten: Die Genossen J. Gatz und J. Hildenbrandt.
Zu zahlreichem Besuch laden ein
Die Abteilungsleiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsjefte Berlin. Haupt-Bureau:
Hof I. Amt III. 1239. Charléstraße 3. Hof III. Amt III. 1987.

Sonntag, 17. Mai, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 4:
Versammlung
aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Rohrleger
und Helfer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Tarif. 2. Diskussion.
Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung und da in dieser Versammlung
auch ein entscheidender Beschluß betreffs unserer Tarifangelegenheit gefaßt wird, ist es Pflicht eines
jeden von Ihnen, alle Kollegen, welche im Deutschen Metallarbeiter-Verbande organisiert sind, auf
diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe keinen Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hans Hucklebein.
Schwanke in drei Akten von Oskar
Thunemann u. Gustav Kadelburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das vierte Gebot.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.

Passage-Panoptikum.
Zum ersten Male in Berlin!
Die lange Dora
Das größte Riesenschild
Gesamtlänge 2 Meter 19.
:: Kunsttaucher ::
Kapit. Gröbl. **Riesensassin.**
in seinem
Neapolitanische-Brigant-Kapelle.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Sonnabend: **Extra-Vorstellung.**
Führe uns nicht in Versuchung
Großes Schauspiel in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19, 20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
Die neuen großartigen
Mai-Spezialitäten.
Amüsantes Programm.
Im Tunnel: Konzerte.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Konzert - Theater - und Spezialitäten-Vorstellung
Gustav Schappel — Hedwig Ooring
Julius Wilms, Bros Dorsan, Robin Trio.
Fidele Lumpen.
Bosse mit Ges. in 3 Akten v. Reiffingen.

Brunnen-Theater
Sadtstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Freitag, den 15. Mai 1908:
Das Leben ein Traum.
Vorderlauf vorm. 10—12 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Variete-Sterne.
Burleske von Weysel.
Anfang
Sonnabends
8 Uhr.
Anfang
Sonntags
7 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Des großen Erfolges wegen prolongiert
Die schöne Wih. Belverde mit ihren
dressierten Varen.
Neu! **Unsere Marine.** Neu!
Lebensbild mit Gesang und Tanz.
Neu! Graf Zappolin mit seinem leib-
baren Luftballon Nobel 1906.
Außerdem Dustes Vitrograph und
20 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Jenensia-Räder! Mod. I.
10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
2428L*
Phänomen-Räder!
Groskurth's Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Kastanienwäldchen Schönholz
2 Min. v. Bahnh. Schön-
holz. Umbauarbeiten der
Linien 56 und 37.
Herrmann Ramlow.
Neben Sonntag: **Garten-Konzert** bei freiem Eintritt.
Großer schattiger Garten. Zwei neue verdeckte Regalbahnen. Kaffeehäuschen.
Im Partell-Spiegel-Saal **Großer Ball** bei hartbelegtem
von 4 Uhr.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine
Votabilität, Saal mit Theaterbühne zu Sommerfestlichkeiten.

6. Wahlkreis.
Sonntag, den 17. Mai 1908, abends 6 Uhr:
2 öffentliche Versammlungen Männer u. Frauen
bei Bernhard Raabe, Kolberger Straße 23 und bei Fritz Wilske, Brunnenstraße 188.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Die Frauen und das Wahlrecht. 2. Diskussion.
Referenten: Die Genossen J. Gatz und J. Hildenbrandt.
Zu zahlreichem Besuch laden ein
Die Abteilungsleiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsjefte Berlin. Haupt-Bureau:
Hof I. Amt III. 1239. Charléstraße 3. Hof III. Amt III. 1987.

Sonntag, 17. Mai, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 4:
Versammlung
aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Rohrleger
und Helfer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Tarif. 2. Diskussion.
Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung und da in dieser Versammlung
auch ein entscheidender Beschluß betreffs unserer Tarifangelegenheit gefaßt wird, ist es Pflicht eines
jeden von Ihnen, alle Kollegen, welche im Deutschen Metallarbeiter-Verbande organisiert sind, auf
diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe keinen Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 17. Mai 1908, vormittags 10 Uhr, bei Kern,
Weinstraße 11:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Aufsichtsmitglieder. 2. Stellungnahme zur Beitragsfrage.
3. Unsere Arbeitsvermittlung. 4. Verbandsangelegenheiten. 5/8
Die Hilfsarbeiter werden ersucht in dieser Versammlung ebenfalls recht
zahlreich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
Der Vorstand.

Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.
Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.
Sonntag, den 17. Mai 1908, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Delegierten vom letzten Verbandstage. 2. Verbands-
angelegenheiten. 3. Bericht des neuen Mitglieds.
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen wird um reger Besuch gebeten.
Der Vorstand.
19/3

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Zementierer, Einschaler, Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1).
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Gruppenvorstand. 137/30

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter
Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Sonntag, den 17. Mai, finden in folgenden Lokalen
Mitglieder-Versammlungen
statt:
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter
vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7);
Sektion der Staker
vorm. 10 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c;
Sektion der Putzerträger
vorm. 11 1/2 Uhr bei Obiglio, Schweiber Straße 23.
Montag, den 18. Mai:
Sektion der Töpferträger
abends 8 Uhr bei Wohlfahrt, Rosenhaler Straße 57.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Zweigvereinsvorstand. 90/14

Tischler-Verein. (E. H. 89.)
Herrenpartie
am Sonntag, den 17. Mai, nach Bernau
und Umgegend. — Abfahrt: Früh 7 1/2 Uhr vom
Stettiner Vorortbahnhof. Der Vorstand.

Dampferstation Michaelbrücke.
Ueberrnorgen, Sonntag, den 17. Mai, erste diesjährige Extrafahrt
mit Wuffst zur Baumbühne nach der
Berliner Schweiz und Schillerwarte.
Dabei: **Konzert und Tanz.**
Abfahrt vorm. 9 Uhr und 2 1/2 nachm. Hin und zurück 75 Pf. Rind.
50 Pf. Einlage Fahrt 20 Pf. Bei günstigen Wetter findet auch Montag
9 Uhr eine Extrafahrt für nur 50 Pf. statt. G. Zachow, Reder.
NB. Bis zur Fertigstellung des Neubaus der Robbingen
Dampferbrücke finden die Abfahrten von hier aus statt. 205/48

Dachdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die außerordentliche Generalversammlung des

Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine

findet am

Sonntag, den 17. Mai, mittags 12 Uhr, in den „Germania-Sälen“, Chausseestr. 110 statt.

Tagesordnung:

- 1. Die Aufstellung der Kandidaten Groß-Berlins zur Landtagswahl 1908.
2. Die Landtagswahl 1908. Referent: Genosse Paul Singer.
3. Partei- und Verbandsangelegenheiten.

Eintritt zu den unteren Räumen der „Germania-Säle“ haben nur die durch ihre Karten legitimierten Delegierten. Ohne Karte kein Zutritt.

Eine beschränkte Zahl Gastkarten sind den Kreiswahlvereinen zugegangen.

Der Zentralvorstand.

Zur Landtagswahlbewegung.

Rixdorf-Schöneberg.

Rixdorf. Wie allgemein bekannt, hat die Rixdorfer Behörde alle Einsprüche der Wähler gegen die Anwendung des niedrigeren Steuerjahres vom Vorjahre als unberechtigt zurückgewiesen. Die Folge davon ist, daß eine große Anzahl der Wähler in der dritten Abteilung verbleiben, die sonst in die zweite oder auch erste Abteilung aufgerückt wären.

Die öffentliche Auslegung der Abteilungslisten zu jedermanns Einsicht erfolgt am

Sonntag, den 17. Mai, von 12-5 Uhr nachmittags, Montag, den 18. Mai, von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Dienstag, den 19. Mai, von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Die Abteilungslisten liegen für alle Bezirke an denselben Stellen aus, an denen die allgemeinen Urwählerlisten ausgelegt haben. Und zwar für die Bezirke:

- 1-21 in der Turnhalle, Wefestr. 12/13.
22-42 in der Turnhalle, Am Herbergplatz.
43-63 in der Turnhalle, Emfer Straße.
64-83 in der Turnhalle, Lessingstr. 39.
84-103 in der Turnhalle Erstr. 27/28.

Da uns durch eine Anzahl von Beamten bei der Auslegung der allgemeinen Listen Schwierigkeiten bereitet wurden, hat das Wahlkomitee beschlossen, dieses Mal keine besonderen Protestzettel anfertigen zu lassen; wir fordern vielmehr unsere Parteigenossen auf, daß jeder persönlich seinen Einspruch zu Protokoll gibt.

Die Beamten sind verpflichtet, ein Protokoll aufzunehmen, gleichviel, ob sie persönlich den Einspruch für berechtigt oder unberechtigt halten. Es ist nicht Sache der Beamten, darüber zu entscheiden. Lasse sich also niemand abweisen. Sollte es hier oder dort dennoch geschehen, so benachrichtige man auf dem schnellsten Wege das Wahlkomitee davon.

Die Parteigenossen des 74. Urwahlbezirks werden nochmals auf die am Freitag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, bei Gellert, Steinmehlr. 113, stattfindende öffentliche Wählerversammlung aufmerksam gemacht.

Schöneberg. Die bevorstehende Landtagswahl war das Thema, über das Genosse Roth in einer bei Fraßer tagenden öffentlichen Versammlung referierte. Redner besprach in großen Zügen den Einfluß, welchen die im Landtag dominierenden Junker auf die gesamte Reichspolitik ausübten. Nur wenn deren Macht gebrochen, könne eine freie politische Entwicklung gedacht werden.

Das Vereinsrecht sei ja nun den Staaten entzogen, aber schon die Ausführungsbestimmungen zum neuen Vereinsgesetz zeigen, daß wir uns in Preußen schlechter befinden als bisher.

Auch die Gewerbebesetzung sei Reichsangelegenheit; der Staat stelle aber die Gewerbeinspektoren an, regule auch sonst alles übrige, in welcher Weise, das zeige die Verfügung des Eisenbahnministers, daß die Eisenbahnwerkstätten nicht der Aufsicht der Gewerbeinspektion unterliegen. Die Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz wird noch ganz im Landtag geregelt. In den Städten wird durch das Hausbesitzerprivileg den Haus- und Grundbesitzern die Hälfte der Mandate überlassen, in den Landgemeinden sei dies aber noch schlimmer. Auf solchen Organen wird dann die Kreis- und Provinzorganisation aufgebaut. Daß da nicht viel Ersprießliches herauskomme, liege klar vor Augen. Hier könne nur die Aenderung des Wahlrechts helfen. Bei dieser Aenderung sei jedoch nur auf die Arbeiter zu rechnen; aber auch die Frauen werden und müssen Hand anlegen. Wenn früher befürchtet wurde, daß wenn die Frauen das Wahlrecht erreicht hätten, sie dasselbe in reaktionärem Sinne gebrauchten, so sei dies nicht zu erwarten. Sollte dies trotzdem eintreten, so sei das allgemeine Stimmrecht ein Ermittelungsmittel, die Frauen würden noch und noch die Waffe

des Stimmrechts voll und ganz zu gebrauchen wissen. Die Beteiligung aber an den jetzigen Wahlen müsse eine starke sein, die Arbeiterklasse dürfe sich die Entrechtung nicht länger gefallen lassen. — Genosse Kötter sprach dann im Sinne der beiden Redner, ersuchte ebenfalls energisch an den Wählerarbeiten, an der Ausklärung der Wählermassen teilzunehmen, wies auf die Notwendigkeit der politischen Organisation hin und schloß mit der eindringlichen Aufforderung, am Tage der Wahl nur sozialdemokratischen Wahlmännern die Stimme zu geben.

Die Wahrheit kommt ans Licht.

Schöneberg. Am Dienstagabend fand eine von der freisinnigen Volkspartei einberufene Wählerversammlung statt, die für ihren Landtagskandidaten Herrn Justizrat Reinbacher Propaganda machen sollte. Den Namen dieses Herrn wird man sich von jetzt ab merken müssen, denn er gab am Dienstag Enthüllungen zum besten, die geradezu epochenmachend wirken müssen — für die Naturgeschäfte des Freisinn. Und das kam so.

Das Referat des Abends hatte — an Stelle des angeblich erkrankten Herrn Biemer — der Rektor Kopisch übernommen. Herr Kopisch kam und Art sind in deutschen Landen so bekannt, daß wir es uns ersparen können, hier nochmals seinen Ruhm zu singen. Begnügen wir uns mit der Feststellung, daß er eine echte — Kopfschreie hielt. Das Vereinsgesetz konnte er — gewiß sehr zu seinem Bedauern — nicht ganz unerwähnt lassen; denn da sozialdemokratische Debatteredner anwesend waren, so mußte er von vornherein deren Nachweis, daß den Freisinn stärken die Reaktion stärken heißt, zu entkräften suchen. Also erzählte er mancherlei von den vielen „Verbesserungen“, die angeblich das neue Gesetz gegenüber dem annoch geltenden Zustande bringe, und weinte so dann die üblichen Kopfschreien über den Sprachenparagrafen, den ja seine Fraktion auch viel lieber nicht gesehen hätte, den sie aber doch hätte annehmen müssen, um die sonstigen „Segnungen“ des Gesetzes nicht zu verlieren.

Kaum hatte Herr Kopisch geendet, so nahm er Hut und Stock, verließ das Lokal und ward nicht mehr gesehen. Anderweitige Verpflichtungen riefen ihn, wie der Vorsitzende in einem viel späteren Stadium der Verhandlungen dem geehrten Publikum mitzuteilen für gut befand.

Aber das hätte nicht kommen müssen. Man kann sich denken, daß die sozialdemokratischen Debatteredner nicht glimpflich mit den Kopfschreien verfahren. Die innere Unwahrscheinlichkeit der ganzen Rede wie des Freisinn überhaupt wurde unarmherzig von ihnen aufgedeckt. Insbesondere wiesen sie nach, daß der Freisinn jetzt gezwungen ist, die geringen Verbesserungen, die das Vereinsgesetz wirklich bringt, ins Ungemessene zu übertreiben und andererseits keine Rücksicht mehr zu nehmen auf die natürliche die Gefährlichkeit dieser Maßnahme, insbesondere des Sprachenparagrafen, bei der bekannten preussischen Verwaltungspraxis noch bedeutend vergrößert werden.

So war es 1 Uhr nachts geworden, bis die Debatte sich erschöpfte. Aber Herr Kopisch war nicht da, und dem Kandidaten Reinbacher fiel die Aufgabe zu, die Schlußrede zu halten. Und hierbei entpuppte er sich als ein wahres enfant terrible der Freisinnigen. Während nämlich Herr Kopisch — wie alle „vorsichtigen“ Redner seiner Partei — Tränen des Schmerzes vergossen hatte über den leidigen Sprachenparagrafen, den man blutenden Herzens habe mit in den Kauf nehmen müssen, schlug der wahrheitsliebende Herr Reinbacher ganz andere Töne an. Aus einem Zeitungsblatt las er vor, daß die Polen die gar erschreckliche Absicht hätten, „den preussischen Staat zu besitzeln“ (hul), und folgerte daraus, daß der preussische Staat sich in der Notwehr befinde. „Dafür kämpfen die Polen“, so rief Herr Reinbacher voll Empfindung, „und da sollen wir es uns gefallen lassen, daß das auch noch in die Versammlungen getragen und die Leute vergiftet werden?“

Aber besser Herr Reinbacher, wie durften Sie nur so die innersten Herzensgeheimnisse ihrer vereblichen Parteileitung ans Tageslicht gerren! So was tut man wohl, aber so was sagt man doch nicht. Also jetzt wissen wir, daß alle die Tränen der Herren Kopisch, Biemer und Konsorten die pure Heuchelei waren. Jetzt wissen wir — aus dem Munde eines offiziellen Kandidaten der freisinnigen Volkspartei! — daß der Freisinn dem Sprachenparagrafen nicht wider Willen und „schweren Herzens“ zugestimmt hat, sondern mit der Absicht und zu dem Zweck, die polnische Propaganda, d. h. die polnische Meinungsfreiheit, zu unterdrücken. Wenn die Polen sich begnügen, das zu reden, was dem Freisinn beliebt, dann will er ihnen gnädigst Redefreiheit gestatten. Sobald sie sich aber unterheben, eigene Pläne zu verfolgen und eigene Ideale zu propagieren, da greift der Freisinn — zu altersschwach, um ihnen mit Rede und Schrift Abbruch zu tun — zum Polizeiknüppel.

Teltow.

Aus seinem Herzen keine Würdegrube

machte am Montagabend der freisinnige Agitator Herr Roter Jakobson in Ostensee. Dort fand eine vom „Sozialliberalen Verein“ — d. h. von der Partei-Gruppe — einberufene Urwählerversammlung statt, in der Herr v. Gerlach das Referat hielt. Eine kleine Anzahl Biemer-Jünger — übrigens fast ausschließlich ältere Herren — brachte während der Diskussion durch ihre Wischensprüche und ihr sonstiges Benehmen einen richtigen Sabotagecharakter in die Versammlung. Herr Jakobson unternahm es, zur Verherrlichung der Biemerpolitik, die nach seiner Meinung ansehnlichen Ertragsverlusten des neuen Vereinsgesetzes zu preisen. Als man ihm zwischenrief: „Ausschluß der Jugendlichen“, da entschlüpfte dem Gehege seiner Zähne die bedeutungsvolle Worte: „Ich bin allerdings der Meinung, daß nicht jeder dumme Junge in die Versammlungen zu laufen braucht!“

Man merke sich dieses Wort, denn es kennzeichnet den Freisinn. Zwar die politischen Kenntnisse des Herrn Jakobson sind uns unbekannt. Allzu groß scheinen sie nicht zu sein, der Herr wußte nicht einmal, daß in Preußen von jeder Frauen an öffentlichen politischen Versammlungen teilzunehmen berechtigt sind. Aber auf die Person dieses einzelnen Agitators kommt es auch gar nicht an. Hauptsache ist, daß der Freisinn hinter der Redensart von den „dummen Jungen“ die schwere Schädigung des Koalitionsrechts verbirgt, die er begangen hat. Die Öffentlichkeit soll nicht merken, daß durch den Ausschluß der Jugendlichen die Arbeit der Gewerkschaften ungemein erschwert wird zu Ruh und Frommen des Kapitals.

Von Interesse ist noch eine Mitteilung, die in derselben Versammlung gemacht wurde. Danach hat am letzten Sonnabend in einer konservativen Versammlung des Kreises Teltow-Beeskow ein Scharfmacher den Ausschluß getan: „Wenn die Arbeiter noch lange auffällig sind, wollen wir sie mal drei Monate lang hungern!“

Der Ausspruch zeigt ebensoviele die traffe Brutalität wie die blöde Unwissenheit der Konservativen.

Steglich. Schlafburschen sind nicht wahlberechtigt, so hatte unser Gemeindevorsteher die Beamten instruiert, die die Einschreibung der Urwählerlisten überwachten. Zweifelte irgendeiner dieser „minderwertigen“ Menschen diese kühne Behauptung an, dann las ihm der Beamte aus dem Wahlgeseh vor, daß nur „selbständige“ Preußen wählen könnten. Er knippte daran die Behauptung, daß Schlafburschen nicht „selbständig“ seien — und damit basta. Man hielt es deshalb auch für überflüssig, einen Protest zu Protokoll zu nehmen. Ränder Schlafbursche mag auf diese Weise sein Wahlrecht eingebüßt haben. Andere, die sich um Auskunft an unsere Parteigenossen wandten und dann ihre Eintragung in die Wählerliste beantragten, haben

jeht die Genugtuung, sich ihr Wahlrecht erkämpft zu haben, da sie infolge ihres Einspruchs in die Listen aufgenommen wurden. Öffentlich vergibt unser Gemeindevorstand bis zur nächsten Landtagswahl nicht wieder, daß Schlafburschen doch wahlberechtigt sind.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Spreewaldbesucher! Die unterzeichnete Landagitationskommission ersucht die Parteigenossen, Gewerkschaftskollegen, Gesangs-, Turn- und Radfahrervereine, sowie auch einzelne Genossen, die die Absicht haben, eine Spreewaldpartei zu unternehmen, um sich an den dortigen Naturschönheiten zu erfreuen, sich wie im Vorjahre nur an den Unterzeichneten zu wenden. Derselbe vermittelt dort uns freundlich gestimmte Führer, unter denen wir Verbindung suchen und zum Teil auch gefunden haben, um endlich einmal tiefer in diese konservative Domäne einzudringen. Weiter soll auch verhöhet werden, daß die Ausflügler betreffs des Fahrpreises übers Ohr gehauen werden. Bitte aber dringend, eventuelle Anträge mindestens 4 bis 5 Tage vorher an mich gelangen zu lassen, damit ich Zeit zum vermitteln habe.

Die Landagitationskommission.

Wilhelm Sachow, Rottbus, Klosterstraße 56, II.

Brü-Budow. Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 6 Uhr, findet bei A. Klein, Budow, Chausseestr. 12, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Handel über: „Die Landtagswahl“. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Frauen und Männer erwartet. Der Vorstand.

Alt-Osternide. Samstagabend, den 16. Mai, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Genossen Sack, Grünauer Straße, eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Kasienbericht. 2. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Wollersdorf. Am Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Volksmannschen Lokale eine öffentliche Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die Landtagswahl und ihre Bedeutung für das Volk. Referent: Genosse W. Düwells-Berlin. Genossen, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung. Die Handzettelverbreitung findet von der bekannten Stelle aus statt. Der Vorstand.

Weiskese. Die Genossen, welche sich an der Landagitation am Sonntag, den 17. Mai, beteiligen, treffen sich früh 7 Uhr beim Genossen Hohlkopf, König-Chaussee 88. Pflcht eines jeden ist es, sich hieran zu beteiligen. Der Vorstand.

Neuenhagen und Umgegend. Am Sonntag, den 17. d. M., findet für den ganzen Bezirk in Frederdorf bei Max Girtz, nachmittags 6 Uhr eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Artur Stadthagen über die preussischen Landtagswahlen referieren wird. Pflcht aller Genossen ist es, für die Versammlung zu agitieren. Ebenso wird erucht, daß sich die Genossen an der „Fackel“ und Handzettelverbreitung beteiligen.

Bezirk Waldmannslust. Sonntag, den 17. Mai, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Es ist Pflcht jedes Genossen sich hieran zu beteiligen. Die Hermsdorfer Genossen treffen sich im „Horshaus“, die Waldmannsluster im „Schwartzhaus“, die Wittenauer bei A. Schulze, Hauptstraße, und die Vorkingwalder bei Reuter. Am Samstagabend, den 16. Mai, Mitglieder-Versammlung bei A. Schulze, Wittenau, Hauptstraße. Anfang 8 1/2 Uhr. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Hohen-Neuenhof und Stolpe a. d. Nordbahn. Am Sonntag, den 17. Mai, vormittags 9 Uhr, findet im Lokale des Genossen Bergemann in Stolpe der Pflcht statt. Am Montag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Der Abteilungsleiter.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Den Stadtverordneten war gestern eine reichhaltige Tagesordnung vorgelegt worden, die eine lange Sitzung verhieß, aber sie bewältigte die Arbeit in verhältnismäßig kurzer Zeit.

Ueber die Arbeitslosenfrage, deren Erörterung im Winter mit dem bekannten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion anhub, war in der gestrigen Sitzung wiederum Beschlus zu fassen. Debattiert wurde aber nicht mehr. Was der Ausschus in nochmaliger Beratung endlich zustande gebracht hat, ist nicht viel. Doch konnte die sozialdemokratische Fraktion diesmal darauf verzichten, auf neue zu sagen, welche Pflchten auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge der Gemeinde zugewiesen werden müssen. Die ganze Sache bleibt ja noch in Fluß; sie weiter zu fördern, werden unsere Genossen Gelegenheit haben in der gemischten Deputation, die sich mit ihr noch beschäftigen und eine Arbeitslosenversicherung für Berlin herbeiführen soll. Die Aufforderung an den Magistrat, mit den Stadtverordneten in gemischter Deputation hierüber zu beraten, gehört zu den Beschlüssen, die vom Ausschus gefaßt worden sind und vom Plenum gutgeheißen wurden.

Zur Frage der Speisung hungernder Schulinder wurde gleichfalls ein Beschlus gefaßt, von dem man sich eine Förderung dieser Angelegenheit versprechen darf. Ueber den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Speisung auch auf die Sommermonate auszu dehnen, hatte ein Ausschus beraten. Er hatte sich überzeugen müssen, daß diese Forderung nur zu begründet ist, und empfahl nun dem Plenum, ein diesbezügliches Ersuchen an den Magistrat zu richten. Genosse Borgmann rügte gestern nochmals, daß der Magistrat Ende März die Speisungen ohne weiteres eingestellt hat, und daß es immer wieder für nötig gehalten wird, die von der Lehrerschaft angestellten Ermittlungen erst noch durch die Armenverwaltung nachprüfen zu lassen. Herr Cassel erklärte, solche Nachprüfung sei keineswegs überflüssig; er fürchtete, daß vielleicht doch mal ein Kind ohne Not aus den Suppenküchen der Stadt mißkessen könnte. Die Vorschläge des Ausschusses wurden angenommen.

Ueber die Vorlage betreffend die neuen Geschäfts-anweisungen der Bauverwaltung und die Aenderung ihrer Submissionsbedingungen sprach sich die Versammlung noch nicht aus. Nach einer kurzen Debatte, die eigentlich nur formale Bedeutung hatte, wurde diese Vorlage einem Ausschus überwiesen.

Um ihr Wahlrecht gekommen

sind zahlreiche Personen durch die Bestimmung des preussischen Wahlgesehes, nach der stimmberechtigter Urwähler ist, wer in

der Gemeinde seit 6 Monaten seinen Wohnsitz hat. Wer also etwa im Januar, Februar oder gar Anfang März von Berlin nach einem Vorort oder von da nach Berlin gezogen ist, dem wird die Ausübung seines Wahlrechts unmöglich gemacht. Wer beispielsweise nach Mitte März seinen Wohnsitz geändert hat, dem wird in seinem bisherigen Wohnort erklärt, er könne nicht in die Wählerliste aufgenommen werden, weil er zurzeit der Aufstellung der Liste nicht mehr da gewohnt habe und im neuen Wohnort wird die Aufnahme in die Wählerliste verweigert unter dem Vorwand, daß der Neuzugezogene noch keine 6 Monate in der Gemeinde wohne. Auf diese Weise kommen zahlreiche Personen um ihr ohnehin winziges Staatsbürgerrecht. Wer öfter das Recht hat, gerade bei einer bevorstehenden Landtagswahl umziehen zu müssen, kann unter Umständen nie in seinem Leben zur Ausübung seines Wahlrechts zum Landtag gelangen. Auch eine Schönheit des elenden Dreiklassenwahlrechts.

Ein Menschenfreund! Ein Arbeiter, dem's schlecht ging, weil er keine Beschäftigung fand, las in einem bürgerlichen Blatte eine Annonce, die kurz und bündig versprach: „Menschenfreund hilft wirklich Leidenden“. Im ersten Augenblicke war er freudig überrascht, aber dann stellte sich sofort ein Mißtrauen ein. Er sagte sich, daß hinter solchen Ankündigungen zumeist Schwindler stecken, die es darauf abgesehen haben, den Leidenden noch ihre allerletzten Groschen und Pfennige aus der Tasche herauszuholen. Oder sollte er's doch mal probieren, sich bei dem Menschenfreund zu melden und ihn um Hilfe zu bitten? Name und Wohnung dieses hilfsbereiten Mitmenschen waren nicht angegeben, die Annonce nannte nur eine Adresse, unter der die Meldungen eingeschickt werden sollten. Was konnte sich dahinter verbergen? Wer konnte es sein, der noch Geld verwarf, um Leidende zu ermitteln, denen er helfen wollte? Ein Kerl vielleicht, der nach bekanntem Muster dem Hilfsuchenden schreiben wollte, er solle mal erst soundsoviel M. schicken, dann werde postwendend „geholfen“ werden! In seinem Arbeitslosen gelang es, diese sich ihm aufdringenden häßlichen Gedanken von sich abzuwickeln. Er überwand sein Mißtrauen, schickte sich hin und schrieb dem Menschenfreund, er leide wirklich Not und bitte um Hilfe.

Es dauerte nicht lange, da kam auch schon ein Antwortschreiben vom Menschenfreund. Erwartungsvoll öffnete ihn der Empfänger. Na, was war's? Gedruckte Blätter lagen darin, drei kleine Blätter, weiter nichts. Ueber dem einen stand: „Eine Zahlungsanweisung, die stets gültig bleibt“; das andere war überschrieben: „Der rettende Freund“; am Kopfe des dritten stand: „Hilf Du Frieden?“. Traktätschen waren es, verfaßt von einem „General von Siebahn“, verlegt von der „Deutsch-Evangelischen Buch- und Traktatgesellschaft, Berlin, Ackerstraße 142“. Das also war die „Hilfe“, die der rätselhafteste Menschenfreund für die Leidenden bereit hielt! Und hierfür hatte der Arbeitslose, durch die lödende Annonce verleitet, noch Porto ausgegeben! Nun konnte er sehen, ob die Letztäre des erbaulichen Geschreibsel's ihn jaht machen werde. Unter der „Zahlungsanweisung“, die stets gültig bleibt“, versteht das Traktätschen die „Verheißungen Gottes“, von denen die Bibel spricht. „Die Bibel ist“, so belehrt den Hilfsuchenden das Traktätschen, für jeden Glaubenden ein Schatzbuch der Verheißungen Gottes. Nimm, welches Verheißungswort Du willst, das Gott dem Glauben gab, halte es in demütigem Flehen Gott vor, fordere getrost die Auszahlung. Der allmächtige, dreieinige Gott ist keine banterotte Firma, wie viele Menschen denken — nein, Er zahlt!“ Auch eine Probe der göttlichen Zahlungsfähigkeit ist gleich beigelegt, ein Geschichtchen, das über ein diesbezügliches Erlebnis eines „zuverlässigen Gewährsmannes“ berichtet. In Not war auch er; wegen 60 Mark, die er nicht zahlen konnte, wurde er gefaßt. Aber er vertraute auf Gott. Und siehe, zwei Tage vor dem Termin, der für den Verkauf der Gegenstände festgesetzt war, machte ein Kaufmann seinen gewohnten Spaziergang ins Feld und fiel von einem Herzschlag getroffen tot um. Da kriegte der Ausgepfändete den Auftrag, für den Verstorbenen den Sarg zu machen, und man zahlte ihm genau 60 Mark dafür, so daß er noch im letzten Augenblick den Verkauf der Pfandstücke abzuwenden vermochte.

Ja, es sieht merkwürdig aus in den Verstandskästen der Frommen! Das Erlebnis dieses auf Gott vertrauenden Mannes, dem durch Gottes Fügung zu rechter Zeit ein Mittel an die Hand gegeben wurde, so daß er ihm dann den Sarg anfertigen konnte, erinnert uns an ein ganz ähnliches Geschichtchen. Irren wir nicht, so war's der brave Stöder, der einmal öffentlich erzählte, das Gottvertrauen eines Leidenden sei dadurch belohnt worden, daß er — Geld fand, das ein anderer verlorren hatte. Und mit solchen Späßen wollen diese Menschenfreunde den Hunger der Leidenden beschwichtigen!

Neues Fernsprechverzeichnis. Von dem Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen in Berlin und Umgegend hat die Kaiserliche Oberpostdirektion eine neue Ausgabe veranstaltet, die in den nächsten Tagen zur Verteilung kommt. Neu aufgenommen sind in den Vorbemerkungen die Fernsprechautomaten auf den Bahnhöfen, in Theater-, Gerichts-, Hochschule- und anderen Gebäuden. Solche Automaten gibt es in Berlin auf 26 Bahnhöfen, in 17 Theatern und Zielstätten, bei den Gerichten, in der Handelshochschule, in der Landwirtschaftlichen Hochschule und im Patentamt. In den Vororten haben zum Teil auch die Krankenhäuser Automaten. In die Vorbemerkungen aufgenommen ist ferner eine Empfehlung der Bezeichnung Amt Roabit statt Amt 2 zur Vermeidung von Verwechslungen der Zahlen 2 und 3 bei der Anmeldung von Verbindungen. Verbindungen mit den Selbstanschlußstellen werden jetzt durch Amt 1a vermittelt. Ueber Ferngespräche mit Gesellschaftsanschlüssen in Ostpreußen, denen einzelne Teilnehmer mit römischen Zahlen bezeichnet werden, ist die Bemerkung aufgenommen, daß Gespräche damit auf 3 Minuten beschränkt sind. Infolge der Vermehrung der Anschlüsse ist das Buch wieder um 56 Seiten gewachsen. Es umfaßt jetzt 1408 Seiten. Es wird allmählich ein recht stattlicher Band.

Eine Frau verbrannt.

Ein schweres Brandunglück hat sich in der vorletzten Nacht in der Elisabethkirche 14 zugetragen. Dort wohnt im Dachgeschoß ein beachtliches Ehepaar Schmidt. Der Mann ist in einem Restaurant in der Friedrichstraße angestellt und kommt abends erst spät nach Hause. Gegen Mitternacht bemerkte man nun aus der Schmidt'schen Wohnung Rauch dringen und den Rauchschicht daher die Feuerwehr. Als diese die Wohnung gewaltsam öffnete, fand man die 60jährige Frau Schmidt tot in der Küche liegend vor. Der Körper war über und über mit Brandwunden bedeckt. Nach dem ganzen Befund scheint die Petroleumlampe umgefallen zu sein. Die Leiche wurde der Polizei übergeben. Das in der Küche ausgekommene Feuer, das die Möbel und den Fußboden ergriffen hatte, konnte bald gelöscht werden.

Ein schrecklicher Straßenunfall hat sich gestern Abend an der Ecke der Voigt- und Nipper Straße zugetragen. Der 7jährige Schüler Willi Thiel aus der Reitenloferstraße hatte an der erwähnten Kreuzung mit anderen Kindern gespielt. Er achtete dabei nicht auf das Herannahen eines hochbeladenen Bretterwagens und rannte gegen das Fuhrwerk. Der Knabe wurde unter die Räder gerissen, die ihm über beide Unterschenkel hinweggingen. Der linke Fuß wurde dem Kinde vollständig germalmt, so daß er in dem Krankenhause am Friedrichsbain amputiert werden mußte. Auch der rechte Unterschenkel war teilweise zersplittert worden. Außerdem hatte 2. innere Verletzungen davongetragen.

Zwei schwere Betriebsunfälle haben sich wiederum in den Vororten in Tegel ereignet. Am Dienstag früh 8 Uhr geriet der Gashäuser Dirl so unglücklich zwischen eine mit Eisen besetzte Locomo-

und eine eiserne Wand, daß er eine schwere Quetschung des Beckens davontrug und in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Augencheinlich schlimmer erging es am Mittwoch dem Ankleifer Schallert. Er hatte einen Kran zu beobachten. Dabei wurde er von dem sich horizontal bewegenden Schlitzen einer Hobelmaschine gegen eine unvorschriftsmäßig stehende Feilbank gequetscht. Dem Unglücklichen wurde das ganze Gesicht zerrissen. Blutüberströmmt wurde er nach der Verbandsstation und von da nach einem Krankenhaus gebracht.

Bemerkenswert sei, daß die Feilbank schon öfter der Hobelmaschine im Wege stand, einmal sogar hochgeklippt wurde. Aber erst muß ein Unglück passieren, ehe die Feilbank an einen anderen Platz gestellt wird.

Nach uns gewordenen Mitteilungen scheint es in dem Riefenbetriebe an allen Ecken und Enden an Platz zu mangeln. Dieser Platzmangel ist auch die Ursache der schweren Unfälle. Hier sollte der Gewerbeinspektor einmal eingreifen und Anordnungen treffen, die geeignet sind, die Arbeiter vor den schwersten Gefahren zu schützen.

Aus dem Polizeibericht. Am Mittwoch sprang der wohnungslose 45 Jahre alte Tischler Adolf W. von der Schloßbrücke in den Spreekanal, wurde aber noch lebend an Land gezogen und mittels Droschke der Unfallstation in der Brüderstraße und dann dem Krankenhaus Roabit zugeführt. Als Beweggrund gab W. Nahrungssorgen infolge Arbeitslosigkeit an. In seiner Wohnung in der Pringelstraße wurde vormittags der 31 Jahre alte Vater Wilhelm R. mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe aufgefunden. Nach einem hinterlassenen Briefe ist der Selbstmord auf Krankheit und aus Gram darüber, daß eine beantragte Rente abgelehnt worden ist, zurückzuführen.

Wer ist der Tote? In der Nacht vom 3. zum 4. Mai d. J. gegen 4 Uhr wurde ein ungefähr 45 Jahre alter Mann, 1,80 Meter groß, dunkelblondes Haar, graumeliertes Schnurrbart, schwarze Jacke, schwarzgestreifte Hose, gestickte Gummijuchstiefel, in der Lärnküche des Hauses Keibelstraße 41 bewußtlos aufgefunden. Derselbe wurde mittels Krantransportwagens nach dem Krankenhaus am Friedrichsbain gebracht, woselbst er am 5. d. M. gestorben ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Derjenige, welcher zur Ermittlung des Unbekannten zweckdienliche Angaben machen kann, wird ersucht, in der Zeit von 8 bis 2 Uhr vormittags im Königl. Polizeipräsidium, Zimmer 324, sowie in jedem Polizeiviertel zu J. N. 2888 IV 50 08 Mitteilung zu machen.

Die Linienstraße von der Prengler Straße bis zur Vartelstraße wird behufs Asphaltierung sofort bis auf weiteres für Fußworte und Reiter gesperrt.

Übermal's Feuer in einer Asphaltfabrik. Nachdem erst am Mittwoch die Fabrik der Aktiengesellschaft für Asphaltierung und Dachbedeckung vormals Johannes Jeserich, am Salzwasser 18/19, von einem Brande heimgesucht wurde, kam gestern früh 6 Uhr in derselben Fabrik ein neues Feuer zum Ausbruch. Diesmal brannte die Teerfabrik 2 in größerer Ausdehnung. Auf mehrmaligen Alarm hin war Branddirektor Bahrdt bald mit dem Löschzuge aus der Charlottenburger Hauptfeuerwache und dem Automobilöschzuge aus der Schloßwache in der Sunegstraße zur Stelle. Angesichts der bedrohlichen Situation wurden sofort vier Schlauchstellungen in Tätigkeit gesetzt. Trotzdem dauerte es fast zwei Stunden, bevor die Feuerwache wieder abrücken konnte. Ein Teil der Dachkonstruktion ist mit vernichtet. Eine Betriebsstörung wird auch nach diesem Brande nicht eintreten.

Vorort-Nachrichten.

Rummelsburg.

Aus dem hiesigen Krankenhaus, mit dessen Mängeln wir uns schon öfter beschäftigen mußten, gelangen immer wieder Klagen an uns. Ein Schloffer A., der eine Woche hindurch dort gelegen hat, berichtet uns jetzt, daß er eines Morgens von einem Wärter angewiesen worden sei, den Reaktopf auszutragen. Er antwortete, das sei doch wohl nicht das Amt der Patienten, sondern des Wärters selber; wenn der Wärter die ihm zugeteilte Arbeit nicht bewältigen könne, so sollte man eben mehr Personal anstellen. Da hatte A. nun freilich einen munden Punkt berührt; denn im Krankenhaus zu Rummelsburg wird an allen Ecken und Enden möglichst mit den Ausgaben gespart. Am Abend desselben Tages erfuhr der Arzt diesen Patienten durch den Wunsch, ihn mal zu untersuchen. Als die Untersuchung beendet war, erklärte der Arzt: „Sie können arbeiten, Sie werden entlassen!“ A., der an den Folgen eines ihm sechs Wochen vorher zugezogenen Unfalles (Schenkelaufriss) litt, wunderte sich. Seine Wiederherstellung kam ihm ziemlich unerwartet, weil er sich nicht erinnerte, daß der Arzt sie ihm als nahe bevorstehend angekündigt hätte. Noch mehr aber erstaunte A., als der Arzt im Anschluß an diese fröhe Botschaft ihm in erregtem Tone vorhielt, A. habe gegenüber dem Personal sich „Frechheiten“ erlaubt. Dem wider Erwarten rasch aus dem Krankenhaus erlösten Patienten ist nicht recht klar, was für „Frechheiten“ denn das gewesen sein können, über die der Herr Doktor sich so sehr erschauert hat. Und auch das begreift er nicht, welchen Anlaß der Arzt haben konnte, ihm die angeblichen „Frechheiten“ just in dem Augenblicke vorzuhalten, wo er ihn für arbeitsfähig erklärte und seine Entlassung verfügte.

Treptow-Baumschulweg.

Ein aufregender Vorfall spielte sich vorgestern nachmittags oberhalb des Restaurants „Gierhäuschen“ ab. Gegen 5 Uhr sprang dort ein vierzigjähriger Mann, in welchem später der Arbeiter Schlesinger erkannt wurde, in selbstmörderischer Absicht aus einem Rietboot in die Spree. Schiffer, die mit ihren Jollen die Stelle passierten, unternahmen sofort Rettungsversuche, die sich jedoch dadurch außerordentlich schwierig gestalteten, daß sich Sch. mit aller Gewalt dagegen sträubte und sich den Händen der Schiffer zu entziehen versuchte. Erst nachdem der Arbeiter die Bestimmung verloren hatte, konnte er aus den Fluten gezogen werden. Der Gerettete, der sich bald wieder erholt, erklärte, daß er einer schweren Krankheit wegen, an der er schon seit anderthalb Jahren leide, sich habe das Leben nehmen wollen.

Gerichts-Zeitung.

Anklage wegen Auftretens gegen Vertragsbruch.

Der Wädereggelle Pfefferkorn hatte sich am Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Die Anklage fand dieses Verbrechen darin, daß Pfefferkorn Flugblätter hatte verteilen lassen, in denen zum Zwecke des Boykotts die Geschäfte bezeichnet wurden, welche die Forderungen der im Streit befindlichen Wädereggellen nicht bewilligt hatten. Der Angeklagte machte durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann geltend, daß der § 153 schon deshalb keine Anwendung finden könne, weil die Wädereggellen durch den Streik lediglich die Innehaltung des von den vertragsbrüchigen Innungsmeistern gebrochenen Tarifvertrages und die Erfüllung der durch die Arbeiterkündigungsgesetzgebung statuierten Vorschriften erstrebt haben. Sei dies aber der Fall, so scheidet der § 153 aus. Von dessen Anwendung könne aber schon deshalb keine Rede sein, weil er nur Drohungen gegen den auf derselben Seite der Lohnbewegung Stehenden bestraft, nicht angebliche Drohungen gegen den Gegner im Lohnkampf. Um solche

handle es sich aber hier, wo durch die Arbeiter die Wädereggelle bedroht seien.

Das Gericht schloß sich entgegen dem Antrage des Staatsanwalts diesen Ausführungen an und sprach den Angeklagten frei. Kurios, daß die Staatsanwaltschaft gegen Arbeiter vorgehen zu müssen glaubt, gleichviel, ob sie Innehaltung oder Kündigung von Vertragsvorschriften anstreben, aber gegen die Wädereggelle erst eingeschritten ist, nachdem das Kammergericht dies angeordnet hatte. Die Anklage gegen die Wädereggelle wegen gebliebener Verleumdungen und Verurteilungen soll am 15. Juni zur Verhandlung gelangen.

Ungerechte Anklage.

Auf wie schwachen Füßen Anklagen stehen, die gegen Arbeiter erhoben werden, zeigte wieder eine Anklage, die das Rigdort'sche Schöffengericht beschäftigte. Unter der Anklage der Aufwiegelung, der gefährlichen Körperverletzung und des Verfehls mit Mauersteinen hatten sich die Maurer Ernst Hoffmann und Hermann Gostschan zu verantworten. Die beiden Angeklagten erklärten auf die schwere Anklage, daß sie sich keiner Schuld bewußt seien. Der Tatbestand, der zur Anklage geführt hat, ist kurz folgender: Am 21. November v. J. wurde auf dem Neubau des Schulgrundstückes in der Vouchstraße in Treptow gestreift. An diesem Tage gingen die Arbeitswilligen Kfordmurer Erljan, Gajewski, Semlinger und Jähardt sowie der Arbeiter Diste wie sonst trotz des Streiks auf den Neubau. Die Arbeitswilligen wurden beschimpft, bedroht, geschlagen und mit Steinen bombardiert. Von wem, konnte jedoch nicht festgestellt werden. Der Polizeistatist Claus vom Schulneubau gab der Polizei gegenüber an, Hoffmann könne möglicherweise der Anführer und Aufwiegler sein, da er mit seinem Fahrrad Streifenposten „fuhr“. Außerdem sei ein gewisser Gottschall (nicht Gostschan) dabei gewesen. Für die Polizei und die Staatsanwaltschaft genügt dies, um gegen die beiden Angeklagten das Verfahren einzuleiten. In der Verhandlung erklärten sämtliche Zeugen unter ihrem Eide, die Angeklagten überhaupt nicht zu kennen. Die Täter seien groß und corpulent gewesen und nicht so schwächlich wie die Angeklagten. Der Amtsanwalt sah sich nach breiter Beweisaufnahme selbst genötigt, die Freisprechung der Angeklagten zu beantragen. Das Urteil erfolgte auch dementsprechend.

Damit ist aber dem allgemeinen Rechtsempfinden keineswegs Genüge geschehen. Wird gegen diejenigen, die für Erhebung einer solchen Anklage verantwortlich sind, Anklage oder Disziplinarverfahren eingeleitet werden?

Der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft.

Bei Gelegenheit des Schlofferstreiks im Jahre 1906 sollten die Schloffer Erner und Mertens einen Arbeitswilligen Hannemann beleidigt und bedroht haben, um denselben zum Ausbruch des Streiks zu bewegen. Das Schöffengericht hatte beide Angeklagten freigesprochen. Wegen dieses Urteils legte der Staatsanwalt Berufung ein. In der Berufungsinstanz, woselbst erst jetzt die Sache zur Verhandlung kam, behaupteten nicht nur zwei Streifenposten, daß nicht die Angeklagten den Hannemann, sondern daß dieser die Angeklagten beleidigt habe. Als letztere ganz ruhig und höflich den Hannemann auf das Bestehen des Streiks aufmerksam machten, sagte dieser sofort: „Wenn Sie mich nicht gehen lassen, so habe ich Ihnen euid in die Presse.“ Letztere Tatsache wurde auch von einem völlig unbeteiligten Kaufmann, der zufällig den Vorfall wahrnahm, bestätigt. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt auf Grund der Aussage Hannemanns gegen die beiden ganz unbescholtenen Angeklagten eine Gefängnisstrafe von je zwei Wochen! Auf Antrag des Verteidigers des Angeklagten, des Rechtsanwalts Heinemann, wurde gegen den Protest des Staatsanwalts das Strafregister Hannemanns erfordern und verlesen, wobei sich herausstellte, daß dieser ungezählte Male wegen ehrenrühriger Delikte, u. a. mehrfach mit Zuchthaus wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft war. Das Gericht erkannte in Uebereinstimmung mit dem Schöffengericht an, daß hiernach dem Hannemann keinerlei Glauben beizumessen sei und sprach beide Angeklagte frei.

Wenn ein „Ritter von“ unter Anklage steht.

Der Sohn des bekannten österreichischen antisemitischen Reichsrats von Schönerer, Studiosus Ritter von Schönerer, hatte in Halle im „Neuen Theater“ im Winter durch bezahlte Nummern eine Vorstellung, in der eine ihm nicht genehme Schauspielerin auftrat, stören lassen. Er fand am Mittwoch wieder wegen Beamtendebildung vor dem Hallenser Schöffengericht. Er war eines Rechts in stark angelegter Stimmung. Am in Arm mit mehreren Kommissionen singend und jöhend durch die Gerichtstraße gezogen. Als ein Polizeibeamter um Ruhe bat, wurde der Ritter froh und rief dem Beamten zu: „Halten Sie die Schnauze, wir machen das, wie wir das wollen.“ Vor Gericht entschuldigte er sich mit hochgradiger Trunkenheit und mit dem Venerken, seine Aeußerungen hätten ihm leid; er würde sie widerrufen, wenn er könnte. Das Gericht vertagte hierauf die Verhandlung, um dem reumütigen Ritter ohne Furcht und Tadel Zeit und Gelegenheit zu geben, bei der Polizeibehörde eine Jurisdiction des Straftrages zu erwirken. — Würde man mit einem Arbeiter auch so viel Unfälle machen? Weißt man doch ausländische Arbeiter, die nichts Strafbares getan haben, nicht raddastieren, sondern arbeiten wollen, aus.

Aus der Frauenbewegung.

Verboden — genehmigt.

Der Herr von Stubenrauch rettete kürzlich den preussischen Staat; er „verbot“ den Frauenwahlverein! Michel schlaf! Zwar reicht diese Tat nicht an die Genialität heran, die der neue Polizeipräsident beim Bau des Zeltowlans besunden hat, dafür war der Schlag gegen die Frauen aber auch viel weniger schmerzhaft, als für etliche kanakbeglückte Gemeinden Stubenrauchs Kanalkommissar. Manche Kommune muß blechen, daß ihr das Wasser bis an den Hals steht, und schlaue Grundstückspekulanten machen den Reibach. Das hat von Stubenrauchs Latendrang nicht gehemmt. Er verbot Wahlrechtsdemonstrationen und war zu weiteren Tatbeweisen bereit. Man könnte fast auf den Gedanken kommen, er habe als den schon oft ersehten Mann mit den starken Nerven und der erforderlichen robusten — Logik sich in empfehlende Erinnerung bringen wollen.

Wie bei der vorigen Wahl gründeten die Genossinnen nach Ausschreibung der Landtagswahl auch diesmal einen Frauenwahlverein. Da war zu fühner Tat Gelegenheit. Frauen dürfen politische Vereine nicht gründen und solchen auch nicht angehören. Also befohl Berlins Polizeipräsident. Aber es gab Leute, die es unternehmen, die polizeipräsidiale Konsequenz auf die Probe zu stellen. Einige von denen gründeten einen „Allgemeinen sozialdemokratischen Wahlverein“, der auch Frauen als Mitglieder aufnehmen sollte. So steht's in den Statuten und so in der Aufforderung zum Beitritt.

Und siehe da, Herr v. Stubenrauch genehmigte die Statuten! Zunächst hatte der Verein nur sechs männliche Mitglieder. Weiter

schreit seine Anziehungskraft auf das männliche Geschlecht nicht erreicht zu haben. War auch nicht nötig. Bald aber liefen zahlreiche Anmeldungen von Frauen ein. Genosse Ernst, der Vorsitzende des Vereins, konnte Herrn Stubenrauch schon nach einigen Tagen eine Mitgliedsliste unterbreiten, die 150 Namen zählte, aber darunter war kein Repräsentant des Geschlechts, dem der Herr bisher das Recht der Mitgliedschaft gütigst zugesprochen hatte. Ob er sich mittlerweile eines anderen bemessen hat, oder sonst was passiert ist, wer weiß, jedenfalls: er hatte selbst die Bewogenheit, durch Bescheinigung der Anmeldung die Befähigung der weiblichen Mitgliedschaft anzuerkennen.

Da es jedoch nicht ausgeschlossen erscheint, daß nur ein Versehen vorliegt, Herr Stubenrauch immer noch auf dem von uns als falsch erachteten Standpunkte steht, wir aber zu gutmütig sind, zu dulden, daß ihm durch Irrtum Unannehmlichkeiten erwachsen, machen wir auf die widersprechenden Entscheidungen der obersten Behörde an dieser Stelle aufmerksam, damit Herr v. Stubenrauch seine Reputation event. retten kann, indem er nun auch den „Allgemeinen sozialdemokratischen Wahlverein“ schleunigst auflöst.

Genossinnen!

Nur noch zwei Wochen trennen uns von der Wahl. Unsere Pflicht ist es, alles aufzubieten, um der Reaktion einen Schlag zu versetzen, der herrschenden Klasse zu zeigen, daß das Proletariat nicht länger rechtlos und machtlos im Staate sein will.

Genossinnen! Wecht die Indifferenten! Märt die Unwissenden auf! Zeigt ihnen, daß wir nur kämpfend vorwärts dringen, nur durch eigene Kraft bessere Zustände erringen können. Sagt den Gleichgültigen und Lauen, die beiseite stehen und meinen, auf sie komme es nicht an, daß nur der Zusammenschluß vieler eine starke Kampforganisation schafft.

Der „Allgemeine sozialdemokratische Wahlverein für Berlin und Umgegend“ hält am Dienstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr, bei Rabe, Fichtestraße 29, eine Versammlung ab, in der Genossin Wurm über das Thema:

„Die Frauen und die Landtagswahlen“

sprechen wird. Gäste sind sehr willkommen.

Genossinnen! Agitiert für regen Besuch. Zeigt durch zahlreiches Erscheinen in der Versammlung, daß die Proletarierinnen mitstreifen im Kampfe um das geheime, allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, im Kampfe der Rechtlosen und Ausgebeuteten gegen die Mächtigen und Besitzenden. Die Vertrauensperson.

Wertschätzung der weiblichen Arbeit.

Eine Privatlehrerin schreibt uns: Unlängst wurde im „Lokal-Anzeiger“ ein gebildetes Fräulein mit französischen Sprachkenntnissen zur Beschäftigung eines schulpflichtigen Knaben verlangt, und für eine tägliche Beschäftigung von fünf bis sechs Nachmittagsstunden das grobhartige Gehalt von 20 M. monatlich geboten — „ohne Kost“ war noch ausdrücklich dabei erwähnt. Da die Annonce sich nicht wiederholt hat, muß man wohl annehmen, daß sich trotz dieses niedrigen Salars eine Reflektantin dafür gefunden hat.

Ein bekannter Naturheilkundiger, der häufig öffentliche Vorträge über Hygiene, Gesundheitspflege, Lebensreform, naturgemäße Behandlung verschiedener Krankheiten usw. gehalten hat, suchte vor längerer Zeit durch ein Zeitungsinserat eine Lehrerin, welche seine Tochter bei den Schularbeiten beaufsichtigen sollte. Als ich mich meldete, fand er meine Ansprüche zu hoch und bot mir bei einer täglichen, mehrstündigen Beschäftigung ganze — 25 M. monatlich. Aus dem Engagement wurde natürlich nichts. Mehrere Wochen später besuchte ich einen Vortrag dieses Herrn, in welchem er hauptsächlich gegen die gesundheitswidrige, unhygienische Lebensweise des weiblichen Geschlechts zu Felde zog. Unter anderem ließ er sich auch über die mangelhafte Ernährung der ärmeren Volksschichten, insbesondere der auf ihr eigenes Verdienst angewiesenen, alleinlebenden Frauen und Mädchen, mit vollem Recht maßgebend an diesem Uebelstand der geringen Bezahlung der weiblichen Arbeit bei, indem er die Folgen der Unterernährung, die gesundheitlichen Störungen, die beeinträchtigte Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen krankhafte Einflüsse in den schwärzesten Jahren malte. Der Redner drückte dabei sein lebhaftes Bedauern über diese trübe Erscheinung im Wirtschaftsleben aus und schloß daran den dringenden Wunsch, daß in absehbarer Zeit eine Besserung in der Bezahlung der Frauenarbeit eintreten möchte. Als die zahlreiche Schaar der Zuhörer aus dem Lokal strömte, hörte ich zufällig in meiner Nähe, wie sich zwei junge Leute über den Vortrag unterhielten und der eine mit fastakademischem Nachsatz sagte: „Hier kann er gut über die schlechte Bezahlung der Frauenarbeit schimpfen. Dabei gibt er selbst einer Lehrerin, die seine Tochter alle Tage ein paar Stunden bei den Schulaufgaben beaufsichtigen muß, nicht mehr als 12 M. monatlich.“

Einmal erkundigte ich mich infolge eines Inserates, durch welches eine gebildete Fräulein mit englischen und französischen Sprachkenntnissen zur Beschäftigung mit Kindern und zur Beaufsichtigung ihrer Schulaufgaben für den ganzen Nachmittag verlangt wurde, nach den Bedingungen. Für eine Arbeitszeit von 1 Uhr mittags bis 9 Uhr abends wurde mir 30 M. und Nachmittagslohn geboten. Daß ich mich mit diesem grobhartigen Gehalt, das im schreienden Mißverhältnis zu der langen, achtstündigen, täglichen Arbeitszeit stand, nicht zufrieden geben möchte, fand die Dame des Hauses „unerhörte“. Zufällig sind 30 bis 35 M. monatlich das Durchschnittsgehalt für eine Lehrerin, die sich den ganzen Nachmittag mit den Kindern abquälen muß und dafür noch genötigt ist, sich immer anständig und adrett zu kleiden.

Nicht selten liest man in den Zeitungen, daß eine Gesellschaftlerin oder Stütze ganz ohne Gehalt bei Familienanschluss oder, wie der schöne Ausdruck lautet, „ohne gegenseitige Vergütung“ gesucht wird. Nächstens wird man von den Frauen verlangen, daß sie für das Recht, arbeiten zu dürfen, noch zugahlen. Unter dem weiblichen Bureauarbeitslohn gibt es eine nicht geringe Anzahl, die, bei ihren Eltern wohnend, nicht für ihren Lebensunterhalt zu sorgen braucht und, sich daher mit einem bescheidenen Taschengeld als Salär begnügt, als ewige „Anfängerinnen“ jahraus, jahrein nicht mehr als 25 oder 30 M. monatlich erhält und daher für ihre Notleistungen, die von ihrer Arbeit leben müssen, eine gefährliche Konkurrenz bedeuten.

Ein junges Mädchen, das als Empfangsdame und zur Hilfe im Operationszimmer bei einem Zahnarzt angestellt und bei zweistündiger Mittagspause täglich von 9 Uhr morgens bis nach 6 Uhr abends beschäftigt war, erhielt für ihre Mühe als Entschädigung 25 M. monatlich, ohne Kost. Als sie auf ihre Bitte nach einem solchen Jahre keine Zulage bekam, verließ sie ihre Stellung und meldete sich bei einem anderen Zahnarzt, der eine Empfangsdame suchte. Zu ihrer nicht geringen Enttäuschung wurde ihr derselbe knappe Lohn geboten, mit dem sie sich bisher begnügen mußte, trotzdem sie die Branche bereits gelernt hatte und darüber ein vorzügliches Zeugnis aufweisen konnte.

Von einem Universitätsprofessor, der mit dem Ertrag seiner schriftstellerischen Arbeiten zusammen eine Jahreseinnahme von 9000 bis 10000 M. erzielt, wurde mir erzählt, daß er häufig Damen zu „unterstützen“ pflegt, indem er sie mit dem Abschreiben seiner wissenschaftlichen Werke beschäftigt, vorausgesetzt, daß sie eine gute Handschrift besitzen. Dann erhalten die Damen 1 M. täglich, bei einer Arbeitszeit von neun bis zehn Stunden.

So wird weibliche Arbeitskraft — bezahlt.

Weibliche Irrenärzte.

Aus Paris kommt die Nachricht, daß dort das erste „Fräulein Doktor“ vom Ministerium des Innern die Genehmigung erhalten hat, an öffentlichen Irrenanstalten als Assistentärztin zu fungieren. Im nördlichen, bürokratischen Deutschland sind wir natürlich noch lange nicht so weit. Immerhin bedeutet dieser französische Präzedenzfall einen wichtigen Schritt vorwärts in der allgemeinen Irrenpflege und Irrenbehandlung. Bei der gewaltigen Ausdehnung, die dieses medizinische Spezialgebiet in den letzten Jahren gewonnen hat, aber auch angesichts der traurigen Tatsache, daß die Zahl der Unglücklichen, deren Geist im Kampfe ums Dasein zerrütet wird, sich erschreckend mehrt, ist die Anstellung weiblicher Irrenärzte eine zwingende Notwendigkeit. Es wird dies mit einem Schlage klar, wenn wir uns vorhalten, daß der Irrenarzt ja weit mehr Seelenarzt als Mediziner sein soll. Wer ist aber besser geeignet, in die unendlich fein verzweigte Seele des weiblichen Bewusstseins hineinzuleuchten, als die Frau selbst! Der moderne Psychiater behandelt und beurteilt seine Kranken leider noch viel zu wenig individuell. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, namentlich das deutsche Irrenwesen in öffentlichen Anstalten jahrelang an der Quelle studiert hat, ohne jede Voreingenommenheit und ohne Rücksicht auf den medizinischen Gesichtskreis, der muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß auch auf diese „geistigen Begräbnisplätze“ nur zu gut der Ausdruck „summarisches Verfahren“ paßt. Schon dem männlichen Kranken gegenüber wird die psychiatrische Wissenschaft die selbst Bichow als „keine exakte“ bezeichnet hat, häufig zur Stümperei. In Tausenden von Fällen ist der auf seine Kunst außerordentlich stolze, vielleicht zu stolze Psychiater viel zu sehr Arzt, anstatt fühlender Mensch zum Menschen zu sein. Vor der Kranken Frauenseele versagt diese Kunst oft vollständig, weil selbst sehr geschulte Irrenärzte, das heißt geschulte im rein fachwissenschaftlichen Sinne, zu wenig oder gar kein Begriffsverständnis mitbringen für die harten Momente, an denen der empfindliche Frauenkopf sich gestoßen hat. Wenn irgendwo die Liebe zum Mitmenschen ein wesentlicher Heilfaktor ist, dann sicher hier. Wie soll man aber von einem seelenranken Weibe, das an der Liebe halb zugrunde gegangen ist, verlangen, daß es seine heiligsten Gefühle enthüllt vor dem, der selbst als Arzt doch immer ein fremder Mann bleibt. An dieser Schranke der natürlichen, echt weiblichen Scheu, die sich selbst im Krankheitsstadium meist nicht verleugnet, bleibt der allzu kühle Verstand des männlichen Irrenarztes ratlos stehen. Welche Perspektiven eröffnet dagegen das Eindringen der gesunden Frauenseele in die Seele der Kranken Mißwester! Was die Geisteskräfte dem Manne vielleicht niemals entdeckt, das spricht sie vor dem Weibe, indem sie mit dem feinen Instinkt so vieler Seelenranken die ebrliche Quelle ahnt, rühmlos aus. Lehren doch Tausende von Fällen, daß gerade solche Kranke vor dem Arzte eine unüberwindliche Scheu, ja fast eine Abneigung offenbaren, während sie sich an eine einfache Wärterin mit dem Herzen förmlich schklammern. Erst auf diesem Umwege wurde der geistige Kontakt geschlossen. Daß aber die einfache Wärterin, trotzdem sie ihrer Mißwester das größte Mitgefühl entgegenbringt, nicht die geeignetste Kraft ist, um die Punkte herauszufinden, an denen der kranke weibliche Seelenmechanismus anzugreifen ist, bedarf wohl keiner Beweisführung. Selbstverständlich wird in den meisten Krankheitsfällen die Behandlung weiblicher Geisteskranker seitens des männlichen Arztes vollkommen ausreichen. Die Irrenärztin soll also vorläufig nur als wertvolle Ergänzung des wissenschaftlichen Heilapparates gedacht sein. Ehe es bei uns in Deutschland zu einem solchen großzügigen Ausbau des modernen, überaus morschen Irrenwesens kommt, wird freilich noch manches Jahr vergehen.

Vermischtes.

Zehntausend Chinesen ertrunken.

Große Verbererungen scheint der vor einigen Tagen im Chinesischen Hafen Hankau wütende Sturm angerichtet zu haben. Der in Seattle aus China eingetroffene Dampfer „Titan“ brachte, wie die „Köln. Zig.“ aus New York meldet, die Nachricht, kürzlich habe eine Springflut an der Mündung des Jangtsekiang einen großen Teil der Hafensstadt Hankau zerstört. Zehntausend Chinesen seien umgekommen.

Auch in Louisiana hat, wie aus New York gemeldet wird, der Wirbelsturm großen Schaden verursacht. Der Ort Gilliam ist fast ganz zerstört, drei Menschen sind umgekommen. Auch Olney (Kentucky) und Bollinger (Missouri) wurden schwer geschädigt. In Bollinger wurden ebenfalls drei Personen getötet.

Lieberfallen und brannt. Wie aus Augsburg berichtet wird, wurde der Kaufmann Brenner von dort von einem Unbekannten überfallen und beraubt. Brenner wurde mit getrimmter Schwere aufgefunden. Der Räuber hat sein mit dem Tode ringendes Opfer in den Kanal geworfen, aus dem es als Leiche geborgen wurde.

Ein Baumstamm hat sich gestern früh in Erfurt ereignet. Nach einer Meldung von dort stürzten auf dem Neubau der Oberrealschule infolge Brechens eines Brettes sechs Arbeiter aus dem zweiten Stockwerk in die Tiefe. Drei von ihnen wurden schwer verletzt, die anderen drei erlitten leichtere Verletzungen.

Berschüttet wurde beim Spielen auf einer Stiege am alten Weitendorfer Weg bei Feldberg in der Prignitz die dreijährige Tochter des Fabrikarbeiters Delbeck aus Feldberg. Während ihr Bruder noch lebend aus den Sandmassen herausgegraben werden konnte, war das Mädchen schon eine Leiche.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 33. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Die Partei der Weiblichen. Von Helmi Schütz. — Die Philosophie des Individualismus und die bürgerliche Gesellschaft. Von H. Joffe. — Die Zukunft der Jugendorganisationen. Von Ludwig Brand. — Zur Taktik bei den preussischen Landtagswahlen. Von Emil Wolff. — Literarische Rundschau: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter von Hannover, Linden und Umgegend. Von G. Thomaier. — Robert Michels, Proletariat e Borghesia nel movimento socialista italiano. Von O. L. — Briefwechsel.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Redaktionsnummern stehen jederselbst zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und soeben Nr. 10 des 18. Jahrgangs eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Zur Steuerpflicht des Wahlrecht — Schulbildung. Von Luise Kautsky. I. — Auf in den Wahlkampf! Von Oskar Hoff. — Die dritte sozialdemokratische Frauenkonferenz in Oesterreich. — Die Berge steigen. — Von M. K. — Auch eine Heldin. Von Anna Bloß. — Liberalismus und Frauenfrage. Von K. D. — Frauenleben in den böhmisches Irrenanstalten. Von m. g. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. — Die Weiblichen im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gemeindefürsorge. — Rotgeniet. — Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Gewerbes. — Sozialistische Frauen-

Bewegung im Ausland. — Feuilleton: Die Werkstatt. Von Morris Rosenfeld. (Beibl.) — Grete Rose. Aus Leben und Liebe des Proletariats. Von Lu. Ritten. — Beilage: Flugblatt zu den preussischen Landtagswahlen. Für unsere Kinder: Der junge Schiffer. Von Friedrich Heibel. (Beibl.) — Die Eladerei im Alterum. Von K. D. — Der sterbende Madiator. Von Vermonst. (Beibl.) — Die Sage vom Hirschjäger. Von Wilhelm Hauff. (Fortsetzung.) — Oben und unten. Von Wagemann. (Beibl.) — Raum für alle hat die Erde. Von Brand. — Frühlingsgedenken. Von Julius Sturm. (Beibl.) — Aus dem Jüngerreich. Märchen von M. S. D. — Der kleine Kelter! Nach einem böhmischen Kinderlied. Von Franz Rüdiger. (Beibl.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 65 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Sinderstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 Uhr abends bis 7 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabends begann die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Gedanke und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. 3. 6. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden Paul Uffin, Remelerstraße 67. — Wittenwalderstr. 1. Evangelisch; es genügt zu schreiben: Ich beschlätze, aus der evangelischen Landeskirche auszutreten. — D. U. 42. Das Mobiliar ist der Frau herausgegeben. — Vötker 11. Sie haben Anspruch auf Schadenersatz, denselben haben Sie bei der Eisenbahnverwaltung geltend zu machen. — Sperlingsnatur. Die Beschuldigung hätte innerhalb sechs Monaten nach dem Schlichtertermin ange stellt werden müssen. Jetzt sind leider die damaligen Gründe nicht mehr nachgehend. Nach dem erscheint es, daß Sie aus einem anderen Grunde zum Beispiel wegen Ehebruch, namentlich von neuem Schlichtertermin beantragen und dann die Ehecheidungsfähigkeit anfechten. Auch wenn Ihnen das Vermeid nicht bewilligt werden werden sollte, sollten Sie mit der Klage nicht mehr zögern. Die Kosten der Klage hat der Mann vorzuzahlen.

G. G. 100. Wenden Sie sich an die Klagen- oder an irgend einen Privatprofessor. — G. G. 100. 1. und 2. Wenden Sie sich direkt an die Physikalisch-technische Reichsanstalt, Charlottenburg, 8. und nicht bekannt. — Schlo 40. Legen Sie den Sachverhalt schriftlich dar, fügen Sie das Schreiben des Orlsprofessors bei, beantragen Sie die Stellung eines anderen Vermittlers und lassen die Eingabe von der Mutter unter schreiben. Die Mutter erhält dann schriftlichen Bescheid seitens des Vormundschaftsgerichts und könnte eventuell gegen denselben Beschwerde einlegen. — Seglerwerk. Der Verein Berliner Segler, Bootschlößchen, Schmöldersweg und der Seglerklub „Fischerklub“ Sanderstraße.

— Brosche. Ja, am Dienstag. — W. R. 21. 1. und 2. Ja. 2. Die Versicherung ist beschlützt. — W. 2. 6. 1. Nein. 2. Das hängt vom Inhalt der Statuten ab. 3. Nein. — G. 8. 08. Wenden Sie sich an die „Rumme“. — D. 2. 279. 1. Die Dienstboten sind nicht frantenversicherungspflichtig, die Herrschaft ist aber verpflichtet, für die Dauer von sechs Wochen für Kur und Verpflegung Sorge zu tragen. Die hierfür beantragten Kosten darf sie auf den für diese Zeit einfallenden Lohn anrechnen. 2. Wenn nichts weiter vereinbart ist, als 14 Tage, so kann sowohl am 15. wie am 1. gekündigt werden. 3. Leider nicht. — W. 3. 50. 1. Eine Klage auf Rückforderung wäre nur nach erweiter Majorität und auch nur dann mit Aussicht auf Erfolg anzustellen, wenn das Mädchen nach erweiter Majorität die Forderung anerkennt. 2. Nein. — M. G. 49. Sie würden mit Aussicht auf Erfolg klagen können. — W. 3. 99. Nein.

G. 100. Der Antrag ist an den Polizeipräsidenten zu richten und hat Aussicht auf Erfolg. — Triples. Wenden Sie sich an einen Arzt. — W. 3. 85. Leider hat Herr Mutter ein Anspruchs nicht. — G. 3. 13. Zahlen Sie an keinen, sondern hinterlegen Sie die Miete. — G. 3. 30. Die Gesellen haben Anspruch auf den vollen Lohn und würden diesen mit Aussicht auf Erfolg beim Gewerbegericht geltend machen. — G. 159. Ja.

G. 3. 13. 1. und 2. Nach der Kündigung muß angemessene Zeit zum Arbeitsnachsuchen gegeben werden. Kommt eine Einigung über die Vorentscheidung nicht zustande, so ist das Gewerbegericht anzuzuführen. 3. 14 Tage. — G. 3. 57. Der Vertrag wäre bei einem Antritt zu beenden. — W. 24. 116. 1. bis 3. Die Leistung des Oberbauangehebers hat keinerlei weitere Wirkung, als daß der Schuldner ebdlich angeordnet hat, was er besitzt. Er kann soweit er will neu erwerben. 4. Nein.

G. 3. 100. Beantragen Sie schriftlich bei der Strafammer Fällung der Zeugengebühren unter Hinweis darauf, daß Sie den entsprechenden Antrag bereits früher gestellt haben. — W. 3. 29. 1. Eine Fällung einbringen können Sie nicht. 2. Eine bestimmte Zahl kennt das Gesetz nicht. 3. Die Klage gegen Ehebruch müßte innerhalb sechs Monaten nach Kenntnis von demselben angekrengt werden. — G. 3. 18. Eine Ehecheidungsfähigkeit wegen der von Ihnen angeführten Umstände und wegen ebdlicher Verletzung hätte in Ihrem Falle Aussicht auf Erfolg. — Veria 21. Legt kein Testament vor, so erhält die Frau ein Viertel, die Kinder zwei Viertel des Nachlasses. Die von Ihnen angeführten Beträge sind zum Nachschuß nicht zugerechnet, wenn sie der Witwe als solcher und nicht etwa als Vertreterin der Erben gezahlt sind. — G. 117. Sie müßten bei der Vollstreckung anfragen, wobei der Betreffende gezogen ist, und müßten bei der Polizei des Ortes, der Ihnen dann genannt wird, abermals anfragen.

G. 3. 31. 1. Wenn Sie bei der Bestellung bereits majorem waren, so würden Sie im Falle der Klage verurteilt werden. 2. In diesem Falle würde die Frau mit Aussicht auf Erfolg für den Fall der Fällung die Interventionsklage erheben können. 3. Der Beschlagnahmebescheid gilt bis zur Befriedigung des Gläubigers. Es muß Ihnen wohl gelassen werden, als zum Hausbesitzigen Unterhalt Ihrer Familie erforderlich ist. Wieviel das ist, ist von Fall zu Fall durch Gericht festzusetzen eventuell auf Beschwerde gegen den Beschlagnahmebescheid vom Richterbegehrt.

Grammatik 99. Deutsche Grammatik (Verlag: Deutscher Buchhandlung, Hannover) 1,60 M.; Lyon, Deutsche Grammatik (2. ummalt) (Verlag) 80 Pf. Beide Schriften auch zu beziehen durch die Buchhandlung Wasmuths, Lindenstr. 69. — G. 2. 3. 1. Die Hälfte der antilichen Sternographen im Reichstag über die nach dem System Solms, die andre nach dem System Gabelberger. 2. Bei zwei nebeneinander 10 Minuten lang die Rede auf 18 M. pro Sitzung. 4. Bei Wochenlohn die höchste Marke (96 Pf.), sonst richtet sich die Marke nach der Höhe des für die Krankeinstufe maßgebenden Tageslohnes. — M. R. 1001. Für den Fall einer Klage würde Beurteilung erfolgen.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft reger, Preise auf. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft etwas reger, Preise befristet. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhafter, Preise für Butter fallend. Gemüse, Obst und Saiskrücker: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 14. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temperatur	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temperatur
Stutensee	756,0	SW	4 mäßig	11	11	Caparanda	759,5	SW	2 mäßig	1	1
Hamburg	757,0	SW	4 befristet	9	9	Belersburg	758,0	SW	3 befristet	4	4
Berlin	758,0	SW	3 mäßig	12	12	Seibitz	747,0	SW	4 mäßig	11	11
Frankfurt	760,0	SW	3 befristet	10	10	Aberdeen	754,0	SW	2 befristet	8	8
München	760,0	SW	4 befristet	11	11	Paris	758,0	SW	4 mäßig	10	10
Wien	761,0	SW	1 befristet	15	15						

Wetterprognose für Freitag, den 15. Mai 1908. Zunächst ziemlich heiter, am Tage wärmer bei mäßigen südlichen Winden; später wieder Trübung, etwas Regen und Gemitterregen. Berliner Wetterbureau.

Zentralkranken- u. Sterbekasse der Tapezierer. Filiale Berlin 1. Am 9. d. M. starb plötzlich unser Mitglied Emil Matthes. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Gellert-Kreuz Kirchhof in Mariendorf statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Die Ortsverwaltung.

J. Baer Badstr. 26. Ecke Herren- und Knaben-Haus, Borusskloster, El-Paletos u. Havoclocks Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß. Allerbilligste, streng feste Preise. Englischen Unterricht, einzeln und im Paket, erteilt Gertrud Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 67, III.



**Macht das schmutzigste Metall
spiegelblank und schmiert nicht.**

Nur echt
mit Schutzmarke
„KAOL“

In Glas-Flaschen à 10, 20, 30
u. Blech-Flaschen und 50 Pf.
Überall zu haben.
Fabrik Lubzyski & Co., Berlin NO.



Bolero
Ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste 2 Pf.-Zigarette.
Garantiert Handarbeit!

Einzelverkauf an Private
Begründet 1873. Begründet 1873.

v. Filz-, Strohh- u. Zylinderhüten, Chapeau claque, neueste Moden zu außergewöhnlich billigen und streng lesenden Preisen

findet nach wie **Spezial-Hut-Engroslager**
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.



Petzold & Ranke
Markenkirchen i. S.
Verteilhafte Bezugsquelle für alle
Sorten Musik-Instrumente und
Saiten. Kein Risiko. Umtausch
oder Geld retour, falls Instrument
nicht nach Wunsch.

„Flora“ Spandau, Wichefbergr. 39.
Sonntags Gr. Ball.
Anfang 3 Uhr.
Familien können Kaffee trinken!
Emil Koepnick.

Zur Frühjahrs- und Sommer-Saison
Ist das fauende Publikum zur Vertheilung mein in großer
Auswahl u. nur aus Reubetten beiteb. Warenlager in Herren- u.
Knaben-Garderoben ergebnis ein. Besichtigung ohne Kaufzwang.
Rein seit 1888 als reek bekanntes unter der Firma

Heinrich Ferester
Befehendes Herren u. Knaben-Garderoben-Geschäft,
welches sich nach teie vor nur allein

8 Reinickendorfer Straße 8
vis-a-vis der Dankeskirche, neben der Markthalle am
Weddingplatz befindet.

bietet b. fauenden Publikum Zuschau vor Lieberbortellung, denn

Der Verkauf der Herren- und Knaben-Garderoben geschieht zu den denkbar billigsten, aber streng festen Preisen. Jeder Gegenstand ist mit fottgedrucktem, für jeden Käufer sichtbarem Verkaufspreis deutlich versehen.

Kein Vorschlag! Kein Abhandeln! Keine Uebervortellung!
Lieferant des Rnhalt-Spar-Vereins „NORDEN“.



Urbin
Bester Schuh-Putz

In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

6. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 14. Mai 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

81 231 535 717 989 1034 [500] 379 541 45 406 97 609
47 87 765 803 979 2104 81 88 93 450 596 696 801 [1000]
82 79 3185 319 387 432 52 60 61 561 [10 000] 86 891 923
27 75 4993 361 95 703 46 988 5048 211 86 343 452 583 636
889 307 6947 215 19 643 760 7133 213 414 639 806 927
[500] 8010 48 114 218 230 48 538 978 9228 388 500 [500]
636 741 81 806
10045 [1000] 50 130 633 785 934 [1000] 11237 83
837 70 417 567 732 801 13 82 988 12009 217 490 648 833
81 13020 93 137 727 963 33 14049 117 23 501 806 [500]
84 15345 461 819 70 813 16085 288 442 521 648 80 810
82 17442 743 943 [500] 55 18131 230 348 [1000] 456 849
[1000] 712 911 19079 542 821 786
20237 330 712 2123 247 [500] 247 448 78 728
848 979 22094 231 [500] 494 563 79 607 715 23258 456 500
24007 [500] 81 231 432 [1000] 423 999 25327 498 608
[1000] 813 19 26010 69 225 74 577 [1000] 514 656 [1000]
799 [500] 27097 123 374 [500] 28288 78 323 429 873 754
873 940 42 81 29095 99 [500] 188 802 771
30005 89 595 961 31141 92 338 450 [1000] 629 32089
100 25 29 331 496 721 33129 90 362 444 821 77 971 34341
445 90 88 [1000] 829 630 758 907 95 35070 537 607 40 78
[500] 758 807 48 890 36087 383 233 [500] 91 81 823 83
692 738 43 [1000] 848 914 37085 123 239 87 816 839 [500]
38837 238 340 71 423 58 80 508 [1000] 85 734 [500] 897
898 39250 309 [500] 85 485 837 824 87 743
40067 167 385 632 [500] 84 861 41129 698 [500] 887
42071 [1000] 281 808 478 723 [1000] 86 807 860 43114 75
83 214 54 88 95 343 92 899 773 43173 307 83 254 658
[1000] 71 600 [500] 749 897 942 45136 241 388 746 84
[500] 906 15 41 46394 443 811 715 47077 116 70 783
[500] 48288 457 118 21 870 [1000] 86 907 49103 820
[1000] 538 873
50119 23 282 711 33 650 51066 71 341 539 699 87
803 81 52032 118 839 39 445 91585 25 693 [500] 709 873
605 53011 136 31 261 803 59 421 719 856 57 54479
[1000] 721 917 55346 [1000] 817 113 835 56254 84 271
717 [1000] 813 [1000] 800 [500] 57006 23 114 813 [500] 29
[1000] 817 97 639 706 896 970 85 58495 707 60 873 59047
234 64 339 64 468 619 604 50 728
60070 710 67 61111 [500] 438 98 [1000] 543 883
62063 714 [1000] 70 341 69 258 48 724 856 63127 277
603 635 718 70 745 64034 211 [1000] 29 56 [500] 434
89 513 [1000] 621 [1000] 762 813 65156 294 501 84 848 83
66209 123 381 461 507 685 67222 [500] 82 317 96 59
80 496 [500] 698 633 45 113 [500] 676 68236 440 563 697
707 872 69138 454 441 923
70128 [1000] 68 77 359 [1000] 79 841 85 908 71 7108
397 312 78 80 496 606 87 [1000] 833 72024 [1000] 184 234
411 42 127 989 73232 53 497 49 833 897 74086 19 906 29
29 75153 25 97 [500] 370 [500] 76585 153 81 603 649 804
77064 246 373 564 366 612 822 930 78488 639 760 79100
253 379 447 794 324 35 48 903 [1000]
80235 493 641 79 719 78 [500] 73 81088 123 828 808
17 82112 568 623 83123 218 507 [1000] 649 [10 000] 68
[1000] 94 967 84664 144 914 518 894 [1000] 84 978 85396
20 417 [1000] 286 [1000] 574 635 830 84039 106 [10 000]
88129 456 698 763 81923 [1000] 318 704 877 633
90154 27 41 63 874 78 734 85 846 73 91095 190 378
213 414 425 98 702 943 92177 447 85 891 94 93020 27
104 264 89 371 529 42 46 49 635 835 [1000] 91 910 94023
83 153 77 225 34 694 744 48 [500] 871 95214 949 648
805 71 932 96147 97 238 517 [500] 889 97909 498 801
98123 225 507 751 846 99221 86 340 481 84 544 697 [500]
87 [500] 87 987
100208 596 [500] 650 750 874 988 [1000] 101200
[500] 78 553 559 776 803 923 102198 446 578 811 [500]
23 [1000] 97 993 103027 898 [500] 643 681 812 104088
878 561 72 710 15 902 105008 80 126 37 280 285 562
625 729 106073 208 60 313 630 58 961 107864 456
789 [1000] 898 108173 348 534 630 328 109214 60 622
49 81 963
110286 87 523 [500] 649 60 829 111024 387 [1000]
403 112159 88 356 850 74 83 881 645 829 950 113218 44
409 35 168 613 34 757 87 114327 304 38 413 878 115143
410 65 59 [1000] 115 156 [500] 30 718 848 872 116085 101
25 [1000] 20 263 305 467 738 861 72 117148 82 234 77
445 543 657 78 749 72 908 67 118019 23 56 325 23 431
505 77 119027 71 521 30 622 756 [10 000]
120010 128 83 654 64 [1000] 741 800 35 121065
104 219 330 418 85 [1000] 98 525 122389 41 59 600 80
82 817 [1000] 123081 140 265 81 84 [1000] 248 95 484 74
246 679 [500] 723 809 942 [500] 79 124043 80 197 808
65 97 618 [500] 716 23 125013 83 127 266 95 906 30 883
126386 396 [500] 535 823 83 849 127111 23 217 478
688 504 128183 328 747 73 841 60 95 903 129054 263
[500] 529 628 729 924
130070 128 153 [1000] 340 84 607 [500] 709 23 48
[500] 824 928 74 32 [1000] 131188 80 455 692 77 132087
208 94 432 24 133098 185 228 488 570 [500] 650 54 15
758 73 [1000] 850 82 [1000] 948 134267 537 480 541
135390 444 83 842 800 81 136084 157 137046 105 277
22 146056 155 [10 000] 882 96 979 79 138067 133 85 908
139256 [1000] 341 73 791 909
140055 584 841 84 141094 119 38 41 85 806 434
698 28 142123 302 [500] 9 389 64 599 800 143085 99
219 322 430 23 613 90 758 74 813 144118 211 527 823
738 809 862 145004 188 88 [1000] 811 80 463 [1000] 819
22 146056 155 [10 000] 882 96 979 79 138067 133 85 908
147049 127 [1000] 53 573 850 854 148075 [500] 127
[1000] 56 309 17 488 234 [1000] 64 622 928 29 149434
880 829 59 979 [1000]

6. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 14. Mai 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150543 723 88 151421 [500] 29 25 [1000] 892 84
607 74 823 152023 118 214 85 821 783 153150 45 [1000]
245 71 83 818 74 [500] 527 619 [500] 715 810 154028
110 215 58 301 87 491 866 930 52 155021 414 69 543 54
692 805 [1000] 156088 85 173 208 12 30 50 [1000] 325
558 91 721 63 816 [1000] 157033 702 814 158123 70
287 357 [500] 415 569 777 858 83 915 [1000] 84 159718
884 917 50
160088 107 258 217 587 [500] 807 30 [500] 890 [500]
161008 255 [500] 879 535 [500] 38 606 20 877 [500]
162043 803 80 81 28 [1000] 731 163187 387 89 448 [500]
168 164005 208 25 327 935 54 165881 33 812 812
166481 856 71 [500] 891 167099 292 [1000] 473 543
635 82 729 168304 321 63 169043 122 64 [1000]
947 [1000]
170063 [1000] 101 81 87 [500] 288 89 497 171082
718 470 509 721 849 88 172073 446 786 [1000] 523
173089 133 789 589 174303 14 [1000] 96 679 87 876
838 40 24 175018 208 38 480 536 [1000] 447 [1000] 35
176010 141 48 328 99 177590 473 536 823 53 108
[1000] 178020 321 474 811 179099 [1000] 187 890 427
628 895 923
180010 179 [1000] 217 388 [500] 87 95 431 57 539
[500] 71 181126 30 [1000] 68 215 [1000] 905 13
182135 86 287 487 612 43 71 708 [500] 885 90 183293
[500] 473 509 23 65 91 935 [1000] 184197 498 592 197
838 970 185087 118 90 [1000] 213 383 84 470 569 750
864 227 186128 218 67 377 887 187327 83 647 805
[1000] 89 [500] 188207 [500] 85 309 850 [1000] 777
189146 [500] 59 [1000] 207 65 83 419 26 87 543 639
718 56 826 66 938
190003 53 145 90 84 281 502 335 90 191114 92
218 95 369 529 30 873 75 798 [500] 848 192002 287
538 11 88 720 193023 286 603 194049 114 75 86 481
656 678 798 948 195150 711 [1000] 845 54 196066 290
[1000] 847 641 87 810 58 83 870 197715 [500] 329 431
113 198051 230 43 [1000] 470 754 81 811 199363 458
516 84 973
200023 247 55 86 443 713 67 805 85 934 [1000] 22
201212 202104 49 [1000] 311 88 545 628 761 [500]
202 203919 58 398 545 426 718 [1000] 885 [1000] 71
713 [1000] 87 204009 245 48 [500] 412 18 29 81 872
205178 88 272 450 52 81 650 989 206087 477 507 789
833 95 207043 [500] 113 229 45 343 72 85 438 315 30
807 [500] 208007 214 297 209168 216 411 429 [500]
[500]
210110 25 80 294 221 435 78 627 42 [500] 85 60 715
883 211097 684 [500] 212071 117 70 599 631 [1000]
48 228 213045 601 17 [1000] 832 214141 87 207 533
47 623 [500] 745 [1000] 215083 478 681 757 58 216231
86 544 83 563 82 [1000] 687 683 [1000] 217333 412
[1000] 823 50 85 737 857 883 [1000] 217375 500 [500]
846 218213 503 12 41 87
220178 288 647 90 [1000] 814 221180 286 [1000]
559 715 997 [1000] 83 222055 274 894 808 223130 417
37 79 557 723 801 895 224050 69 94 116 [500] 42 229
675 688 704 759 225216 417 613 851 226113 [1000] 203
432 [500] 724 77 852 78 227150 498 [500] 682 754 215
228198 [1000] 82 [500] 341 489 600 [500] 828 804
229120 234 234 407 501 808 753 [1000] 500 929
230028 40 176 379 485 551 632 887 889 231222 78
487 232203 [500] 94 [1000] 122 37 479 844 233165
386 418 708 78 862 64 925 234221 23 73 [1000] 325
95 744 848 235119 28 [1000] 348 845 85 88 622 894
236013 48 69 433 44 [1000] 29 60 622 704 [1000] 817
24 237065 [1000] 59 128 43 598 [1000] 238443 [500]
239000 139 336 78 858 68 730
240181 89 243 531 70 877 79 375 241108 [1000]
48 601 13 [1000] 40 605 716 34 843 242090 314 250
484 [1000] 87 87 457 832 243063 [1000] 107 [1000] 23
399 308 487 671 [1000] 802 901 97 244143 82 466 [500]
558 628 752 87 84 245043 330 439 81 [500] 661 71 822
[500] 73 755 65 902 25 72 246071 [1000] 830 85 403
628 788 980 247097 208 [500] 41 80 829 54 792 95 846
[1000] 248009 292 371 [1000] 521 75 81 678 785 249079
125 [1000] 271 96 [500] 437 [500] 998
250473 504 5 [1000] 13 607 780 251007 182 306
889 711 20 25 30 363 252458 75 [500] 90 509 828 253312
66 893 781 89 275 [500] 58 919 254150 283 513 641
78 859 [500] 255190 [1000] 50 90 92 374 82 308 447
60 [1000] 802 957 256087 416 [1000] 81 817 669 706
804 257489 618 706 54 838 975 258500 [1000] 81 178
259 [500] 419 577 705 259494 99
260098 508 800 97 [500] 973 261088 128 298 91
261448 704 [500] 271 262170 350 429 969 263808 848
264805 453 598 265098 87 790 448 [500] 813 [1000] 228
27 268079 345 818 847 971 267075 113 40 855 79 432
43 641 268370 81 448 [1000] 504 8 [1000] 899 345
269000 121 448 375 708 30
270060 84 96 [500] 172 302 [1000] 256 96 868 829
87 271237 284 486 [1000] 674 650 81 [1000] 83 737 84
97 845 78 272028 79 162 744 808 19 31 273821 279
274078 167 674 [500] 350 501 45 [500] 945 275079
109 73 [1000] 315 439 743 893 276110 462 867 700 [500]
277047 844 498 634 64 76 868 278023 148 257 885 834
906 279124 81 839 431 [1000] 5

Der Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Leipzig, 13. Mai.

In der heutigen Vormittags-Sitzung wurde zunächst die Debatte über die Geschäftsberichte fortgesetzt und zu Ende geführt.

Plannerer-München meint, daß es ein sehr schlechtes Licht auf die Verhältnisse in Norddeutschland werfe, wenn man erkläre, daß die Stellnerinnen dort Eigenschaften hätten, die sie geradezu unfähig zur Organisation machten.

Im übrigen wurde in der Debatte von vielen Rednern über die höchst mangelhafte Durchführung und gänzlich unzureichende Kontrolle der Bundesratsverordnung geklagt.

Hierzu lagen folgende Anträge vor, die beide der Hauptverwaltung zur Berücksichtigung überwiesen wurden:

Kürnberg: Es möge der Verbandstag dahin wirken, daß die Fabrik- und Gewerbeinspektion mehr wie bisher auf unter Gewerbe ausgedehnt wird, damit die Ruhezeiten besser wie bisher eingehalten werden und wir mehr Ausbülfsen unterbringen können.

Stettin: Die Hauptverwaltung wird beauftragt, eine einheitliche Petition für sämtliche Ortsverbände ausgearbeitet, die von den einzelnen Verwaltungenstellen an die maßgebenden Behörden einzureichen ist, daß bei Kontrollierung der Bundesratsverordnung Angestellte im Gastwirtsgerwerbe hinzugezogen werden.

Dem Hauptvorstand bestimmten Auftrag zu geben, diesen Anträgen entsprechend vorzugehen, davon wurde Abstand genommen, weil man sich erst im vorigen Jahr mit derselben Sache an die Behörden, auch an sämtliche Gewerbeinspektoren, gewandt hatte.

Der Antrag Niedermeier-München, soweit er zum Ziele hatte, daß die Hauptverwaltung bei Errichtung von Ortsbüros des Verbandes die Hälfte der Unkosten tragen sollte, wurde abgelehnt, nachdem man zu der Ueberzeugung gekommen war, daß eine derartige allgemeine Regel nicht zweckmäßig noch durchführbar ist, und die Ortsverbände schon bisher nach Bedürfnis von der Hauptverwaltung Zuschüsse erhalten.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung Stellenvermittlung

wird folgende Resolution vorgelegt:

In Erwartung eines gesetzgeberischen Eingriffs gegen die Stellenvermittlung fordert der 5. Verbandstag in Leipzig:

1. Eine Aenderung der Gewerbeordnung dahingehend, daß die Erlaubnis zur Ausübung der gewerbsmäßigen Arbeits- oder Stellenvermittlung nicht mehr erteilt wird und bereits genehmigte Konzessionen am 1. Oktober 1913 als aufgehoben gelten.

In der Zeit vom Tage der Inkraftsetzung dieser Gewebenebelle bis zum 1. Oktober 1913 ist zu verbieten, von Stellensuchenden oder in Stellung vermittelte Personen Gebühren zu fordern oder anzunehmen.

2. Durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß mit dem 1. Oktober 1913 jedwede Arbeits- und Stellenvermittlung, auch die unentgeltliche von Verbänden, Vereinen und Innungen, eingestellt werden muß.

3. Auf dem Wege der Gesetzgebung durchzuführen, daß in allen Gemeinden von 20000 Einwohnern und mehr staatliche oder städtische Arbeitsnachweise errichtet werden.

Die Kosten dieses Arbeitsnachweises trägt der Staat oder die Gemeinde. Die Anstellung aller Arbeitsnachweisbeamten erfolgt durch die beteiligten Berufsorganisationen — Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereine —, denen weitgehendste Selbstverwaltung einzuräumen ist.

Mit der Errichtung eines staatlichen oder städtischen Arbeitsnachweises sind die Behörden zur Inanspruchnahme derselben verpflichtet. Sie haben auch im Vertragswege zu veranlassen, daß die Inhaber fiskalischer oder auf fiskalischem Boden errichteter Betriebe und auch solche Unternehmer diesen Arbeitsnachweis benützen müssen, die für den Staat oder die Gemeinde Aufträge auszuführen haben.

Der Referent Staatsk. Berlin führt hierzu u. a. aus, daß eine ausführliche Schilderung der Schandthaten der Stellenvermittler nicht notwendig sei, da diese Mißstände ja den Delegierten hinreichend bekannt sind, man sich ja auch auf früheren

Verbandstagen und Kongressen damit befaßt habe. Sowohl die Arbeitsnachweiskonferenz in Wiesbaden (1905) wie der Kölner Verbandstag (1906) haben Beschlüsse auf gesetzliche Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung und Einführung staatlicher oder städtischer Arbeitsnachweise mit öffentlich-rechtlichem Charakter angenommen. Man gelte es, auf dem bereits beschrittenen Wege weiterzukommen. Der Redner weist ferner darauf hin, daß der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen der einzige ist, der seinen Schild hinsichtlich der Stellenvermittlung rein gehalten hat und rein hält. Wohl haben sich von Gehilfenorganisationen auch der Stellnerbund wie der Genfer Verband für gesetzliche Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung erklärt, aber sie selbst lassen die Vermittlung gewerbsmäßig betreiben. Von Prinzipalorganisationen hat der Redner die einzig rühmliche Ausnahme hervor, daß der Internationale Verein der Hotelbesitzer eine unentgeltliche Stellenvermittlung unterhält und sich auch grundfänglich gegen die gewerbsmäßige Vermittlung erklärt hat. Leider handeln die Ortsvereine dieser Organisation nicht alle danach, wie z. B. der Hamburger Verein, der einen neuen Arbeitsnachweis gründete, um die Organisation der Hotelbesitzer zu vernichten, was allerdings nicht gelang. Der Redner bemerkt auch, daß in Paris das gesetzliche Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung zur Folge gehabt hat, daß die Stellenvermittler Vereine gründeten, die nun die Stellen gegen hohe Beiträge vermitteln und so zu einer schweren Plage für die Stellner usw. geworden sind.

Die Debatte über diesen Punkt wurde auf morgen vertagt. Der Nachmittag des heutigen Tages wurde durch Kommissions-Sitzungen ausgefüllt.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 13.5., 12.5., seit am 12.5. and 11.5. It lists water levels for various locations like Weisel, Zittau, Regal, Ansbach, Weichsel, Thorn, Oder, Ratibor, Krosen, Frankfurt, Barthe, Schrum, Landberg, Rege, Vordamm, Elbe, Leimnitz, Dresden, Barmby, and Magdeburg.

+) + bedeutet Zufluß, - Fall, - *) Unterpegel.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (Bezirk Groß-Berlin.) Hiermit diene den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Pader Ernst Brike am 12. d. M. verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. Die Ortsverwaltung i.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher Gustav Behrendt gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Dankjagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines unvergeßlichen herzensguten Mannes und Vaters Lorenz Hansen sage ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Frau Hansen.

Dankjagung. Allen Freunden, Bekannten und Kollegen sage für die rege Teilnahme am Begräbnis meiner lieben Frau meinen herzlichsten Dank. Hermann Forstmann.

Dankjagung. Für die liebevolle Teilnahme und vielen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau Luise Hahn sage ich allen Verwandten und Freunden, besonders den Kollegen der Firma Schuster, Böhme u. Co. sowie dem Gesangsverein „Sorgenfrei“ für den Gehalt am Grabe meinen herzlichsten Dank. Paul Hahn.

Neu erschienen ist: Der deutsche Bauernkrieg von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Elegante Ausstattung. Preis brosch. 1.50 M.

Das Proletariat und die russische Revolution. Von A. Tschelowanin. Mit einer Vorrede von H. Roland-Holst und einem Anhang vom Uebersetzer S. Lowitsin. Preis 2.- M. Stille Ausg. brosch. 1.20 M. geb. 1.50 M.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. Lindenstraße 69. Laden.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Südost). Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Hermann Zeising verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Freitag, den 15. d. M., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Nitzdorf, Hermannstraße, aus statt. 30/13 Um rege Beteiligung ersucht Der Zweigvereinsvorstand.

Allen Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Dienstag, den 12. Mai, mein lieber Mann, unser guter Vater, der Pianofortmacher Karl Klapper nach langen schweren Leiden sanft entschlafen ist. Am stillen Beileid bitten Katharina Klapper nicht stören. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 16. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sankt Michael-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder und Onkel Hermann Gefeller am 12. d. M. nach langem Leiden gestorben ist. Am stillen Teilnahme bitten Familie Gefeller. Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Thomas-Gemeinde aus statt. 20526

Wollen Sie etwas Feines rauchen? Dann empfehlen wir Ihnen „Salem Aleikum“ Garantiert natürlich-aromatische, rein türkische Cigarette. Diese Cigarette wird in No. 8 nur lose, in den Nummern 4 bis 10 auch in einfachen Kartons à 20 Stück Inhalt, ohne Kork, ohne Goldmündstück verkauft. Preis: No. 3 4 5 6 8 10 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. das Stück Nur echt, wenn auf jeder Cigarette die volle Firma steht: Orientalische Tabak- u. Cigarettenfabrik „YENIDZE“ Inhaber: Hugo Zietz. 130/20* Deutschlands größte Fabrik für Handarbeit-Cigaretten. — Ueber 1400 Arbeiter.

Neuerscheinungen! Der Klassenkampf des Proletariats von Parvus. 2. Aufl. 3. Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus. Preis 25 Pf. Vorher erschienen sind: Heft 1. Der gewerkschaftliche Kampf. 15 Pf. Heft 2. Die kapitalistische Produktion u. das Proletariat. 30 Pf.

Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage. Heft 3. Die sozialdemokratischen Wahl-anträge für die Reichstagswahlen 1881, 1884, 1887 von August Bebel. Preis 1 M. Die vorhergehenden Hefte behandeln: Heft 1. Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871—1874 von A. Bebel. Preis 60 Pf. Heft 2. Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1874—1876 von A. Bebel. Preis 1 M.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden. Allen Sportsgenossen zur Nachricht, daß Hasselwerder-Nieder-Schöneweide der beste Hühnerplatz ist für Rabler. Mit Freigabe Bruder Wilhelm.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik. Kein Laden! Nach beendeter Engros-Saison auch Einzelverkauf enorm billig Uebergangs-Paletots Capes Jacketts Staubmäntel Kostüme Kostüm-Röcke Mädchen-Paletots Robert Baumgarten Hausvogel-Platz 11, I. Etage (an der Jerusalemstraße). Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet. Auch Sonntags geöffnet.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Haben Sie Stoff? Maß-Anzüge, Paletots 25 M.! fertigen für prima Futter, garant. Sitz! Lieferung prompt!! Bekleidungs-Industrie Grüner Weg 8, I. links Zahn-Klinik. Preise beliebige Teilzahlung. Olga Jacobson, Invalidenstraße 145.

Auf Teilzahlung Wöchentlich nur 1 Mark! Große Auswahl Uhren, Goldwaren jeder Art. Zithern, Phonographen, Grammophone, Musikwerke usw. Verkauf von prima Platten und Walzen. Juhre & König, Warschauer Straße 68, I. Etage, und Reinickendorfer Straße 101, I. Etage.

Nur für Zigarrenhändler billigste Einkaufsquelle von Zigarren, Zigaretten und Tabaken. Alle bekannten eingeführten Sorten zu Original-Fabrikpreisen. BERLIN NO. 18, dicht am Alexanderplatz Max Ziegenhals, Keibelstr. 20, Telefon: Amt VII, 3047.

HERREN KLEIDUNG KNABEN KLEIDUNG S. LEVY CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein Mitglied des Arbeiter-Radsport-Bundes „Solidarität“. Touren zum Sonntag, den 17. Mai. 1. Abt. früh 7 Uhr: Stoltebusch; nachm. 1 Uhr: Pöhlgenheim. Start: Bölowstraße 68. 2. Abt. früh 6 Uhr: Streifzüge durch den Blumental; nachm. 1 Uhr: Knutsdorf (Hamm). Start: Fontane-Promenade 15. 3. Abt. früh 7 Uhr: Ostbahnhof „Eben“ bei Dransburg; nachmittags 1 Uhr: Birkenwerder. Start: Mariannenplatz. 4. Abt. früh 5 Uhr: Beelitz; nachm. 1 Uhr: Bannsee (Pöhlitz). Start: Röllinger Platz. 5. Abt. nachm. 2 Uhr: Familien-tour nach Hirschgarten (Waldburg). Start: Elysum. 6. Abt. früh 7 Uhr: Müdersdorf; nachm. 1 Uhr: Wilhelmshagen. Start: Döberberger Straße 25. 7. Abt. früh 7 Uhr: Bollersdorf (Schloß Bollersdorf); nachm. 1 Uhr: Friedrichshagen (Riedow). Start: Grenzstr. 21. 8. Abt. früh 7 Uhr: Krummen; nachm. 2 Uhr: Quedlinburg. Start: Siemensstraße 3. 9. Abt. nachm. 1 1/2 Uhr: Beßendorf (Nied). Start: Schillingstr. 15/16. 10. Abt. früh 7 Uhr: Saarmund; nachm. 1 1/2 Uhr: Beßendorf. Start: Köhlering-Str. 37. Motorfahrer. Früh 9 Uhr: Löwenberg. Start: Bahnhof Gesundbrunnen. 11/13 Montag, den 18. Mai: Vorstandssitzung.

Altes Teilzahl-Geschäft für Brennabor-Räder! Kein Laden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

